

# DER KAMPF

Jahrgang 3

1. April 1910

7. Heft

## Friedrich Austerlitz: Wandlungen des Parlamentarismus

### I.

Das österreichische Abgeordnetenhaus teilt das Schicksal aller Nachgekommenen: dass man ihm das, was das Kennzeichen der ganzen Epoche, was überhaupt das Gesetz der Entwicklung ist, als individuelles Laster vorwirft. Denn jene „Verfallserscheinungen“, die die oberflächlichen Kritiker an dem österreichischen Parlamentarismus in so reicher Fülle wahrnehmen und die sie als seine Eigenschaft und Eigentümlichkeit angeben, die sind durchaus nicht auf diesen Spätling unter den europäischen Parlamenten beschränkt. Vielmehr ist die Klage über den Niedergang des Parlamentarismus ganz allgemein, und es gibt kein Parlament in Europa, das von ihr, die auch eine Anklage sein will, verschont geblieben wäre. Selbst der Deutsche Reichstag, dieser Musterknabe unter den Parlamenten, dem das Gefühl für Ordnung auch die Leidenschaften dämpft, und von dem das Bewusstsein der Verantwortung jede Betriebsstörung fernhält, selbst dieses die alten Vorstellungen noch am getreuesten widerspiegelnde Parlament muss sich Klagen über Verfall und Niedergang gefallen lassen. Und wie steht es erst um die französische Kammer, die von rechts und links, von den zielbewussten Feinden und den unverlässlichen Freunden der Republik, als Ausbund der politischen Verderbnis geschildert wird! Alles, was unsere Kritiker als eine österreichische Spezialität diagnostizieren möchten: das Ueberwuchern der lokalen Dinge, die Unfruchtbarkeit der Gesetzgebung, die Laxheit in der Kontrolle der Verwaltung, den leichten Sinn beim Geldausgeben, kurz das Uebergewicht der Mandatsinteressen über die Staatsinteressen, alles das wird mit eben solcher Emphase dem französischen Parlament vorgeworfen, mit dem gleichen Hohn an den Deputierten geahndet, die dort schon längst das Objekt für den billigen Spott der Possendichter geworden sind. Aber selbst in dem Lande des klassischen Parlamentarismus, in England, gleitet das Unterhaus von der überragenden und unangezweifelten Stellung, die es einstmals besass, immer mehr herab. Das Unterhaus, sagt Sydney Low, „macht die Entwicklung durch, der die meisten anderen politischen Organismen eines nach dem anderen anheimfallen“. „Vieles von seiner Wirksamkeit ist an andere Faktoren übergegangen. Seine Suprematie wird eingeschränkt durch das Wachstum rivalisierender gesetzlicher Gewalten. Seine eigenen Diener sind in mancher Hinsicht seine Herren geworden. Die Krone ist zum mindesten ebenso mächtig, wie sie war, als eine zurückgezogen lebende königliche Dame den Thron innehatte. Das Kabinett ist mächtiger und hat viele Attribute an sich gebracht, die das Unterhaus noch zu besitzen sich einbildet. Und interne Ursachen haben es einiger seiner Funktionen beraubt und die Ausübung anderer beschränkt.“ Die Heroenzeit des überlieferten Parlamentarismus ist überall unwiderbringlich dahin.

Nun hat diese Veränderung in der Aufgabe und der Tätigkeit der Parlamente, die man mit wenig Recht ihren Niedergang nennt, natürlich überall ihre eigenen Gründe, die durch die Struktur des betreffenden Staates bestimmt sind; aber eine allgemeine und entscheidende Ursache ist dennoch zu erkennen. Das Wesen des Parlamentarismus ist heute nämlich ein völlig anderes als in jenen Tagen, die für das parlamentarische Leben das Vorbild sein sollen. Von seinem Ursprung an bis tief in unsere Zeiten be-

deutete das Parlament, um die Gegensätze auf den kürzesten Ausdruck zu bringen, den Kampf des Volkes gegen die Dynastie und ihre absolute Gewalt. Schon die Einsetzung des Parlaments bedeutet eine Anerkennung der Macht des Volkes, und die Aufgabe des Parlaments ist es, diese Macht zu stärken und zu erhöhen, den Absolutismus zurückzudrängen und einzuengen. Dieser Kampf um die Eroberung der politischen Macht für das Volk war der eigentliche und wichtigste Inhalt des bürgerlichen Parlamentarismus. Wohl ist das „Volk“ vorläufig nur die eine, gerade aufstrebende Klasse, aber das hindert nicht, dass das Parlament als die Vertretung der Gesamtheit wirkt, seine Ansprüche als die Ansprüche des Volkswillens gelten, die Mehrung seiner Macht als die Mehrung der Volksmacht erscheint. Das Parlament ist seinem Ursprung nach und in seiner Aufgabe eine Einheit, und es wirkt auch als solche: als die geschlossene, zielbewusste Vertretung des Volkes gegenüber dem Absolutismus, der noch nicht besiegt, noch nicht auf sein Altenteil der konstitutionellen Monarchie reduziert ist, der immer wieder abgewehrt, zurückgeschlagen, beschränkt werden muss. Dieser Kampf hatte, so mannigfach er sich auch gliedert, ein Ziel und ein grosses Ziel; deshalb schon wirkte er harmonisch und konnte, obwohl er nur von einer Klasse und für eine Klasse geführt ward, wahrhaft volkstümlich werden.

Aber die ökonomische Entwicklung setzt diesem Kampf ein Ende. Einesteils entschleiert sie das Mysterium jener Volksherrschaft, die sich immer deutlicher in das Vorrecht einer Klasse verwandelt, und andernteils macht die Trägerin dieses Kampfes, die Bourgeoisie, von der Furcht vor den nachrückenden Klassen gepeinigt, bald Frieden mit den absolutistischen Elementen: Mit der Dynastie, deren Macht in der Beschränktheit neu auflebt, mit dem Adel, dessen Lebensgewohnheiten die bürgerlichen Helden nachäffen, mit Säbel und Weihwedel, die zum Range nationaler Güter erhoben werden. Das einstige Ziel, aus dem die Institution des Parlaments hervorgegangen ist, verflüchtigt sich immer mehr, bis es in einem faulen Kompromiss ganz entschwindet; das bürgerliche Parlament, das von der Vorstellung getragen ist, die einheitliche Vertretung des Volkes zu sein, wodurch es befähigt wird, als Einheit zu wirken, das wird jetzt immer klarer als die Verkörperung von Privilegien erkannt, die mit dem erwachten Bewusstsein der nachrückenden Klassen unverträglich sind. Der Kampf um die Konstitution wird von dem Kampf um das Wahlrecht abgelöst; die Frage, welche Macht dem Parlament zufallen soll, wandelt sich in die Frage um, wem das Parlament gehören soll. Diese Frage wird nun die Lebensfrage der Parlamente; vor ihrer Gewalt zerstiebt aller erworbene Ruhm, und alles Pochen auf bewahrte technische Tüchtigkeit, um sich der Beantwortung der Frage zu entwinden, ist vergeblich. Wohl werden Parlamente, die als der verkörperte Widerspruch zu der ökonomischen Entwicklung erkannt sind, auch technisch unfähig, siechen in Erschöpfung und Verkümmern aller Lebensorgane dahin; wie man es an dem österreichischen Kurienhaus gesehen hat und es an dem ungarischen Reichstag sieht. Aber auch, wenn sie ihre ganze „Lebensfähigkeit“ bewahrt hätten, so sichert sie das nicht vor dem Verdikt der Entwicklung, dass sie unmöglich geworden sind. Dem preussischen Dreiklassenparlament dürften die technischen Fertigkeiten noch nicht ganz abgestorben sein und seine Verhandlungen mögen den Schein aufrechter Kraft vortäuschen können, sein Betrieb mag ganz intakt sein und man könnte dort auch auf der Höhe der parlamentarischen Künste stehen: es ist doch nur noch das Parlament der Dreiklassenschmach, das vor dem Ingrimm der Klassen, die sein Dasein entrechtet, verfolgt und geächtet wird. Mit dem Heldenzeitalter der bürgerlichen Parlamente räumt die wahre Gewalt der Geschichte auf: die ökonomische Entwicklung.

Aber damit entschwindet auch jenes ästhetisch-schöne Schauspiel, das unsere Väter so entzückt hat und das man dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts so gern als Vorbild und Vorwurf vor die Seele rückt. Wohl war es zuweilen nur ein Schauspiel; aber das eigentliche Missverständnis besteht darin, dass man die grundlegende Veränderung im Wesen und Inhalt des Parlamentarismus übersieht. Das Parlament unserer Vorfahren, das Parlament vor dem erwachten Klassenbewusstsein des Proletariats, welches die wahre Hedschra ist, von der die neue Zeit sich rechnet, dieses Parlament war die Vorstellung der Vertretung des Volkes und

konnte deshalb als Einheit wirken. In dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts, das diese Vertretung wirklich ist, sind die Klassegegensätze reproduziert, die die sagenhafte Volkseinheit zerspalten; dieses Parlament ist also keine Einheit mehr, noch vermag es sie vorzuspiegeln. War die Bestimmung des bürgerlichen Parlaments der Kampf des Parlaments gegen die Krone, so ist das Schicksal des demokratischen Parlaments der Kampf im Parlamente: der Kampf der Klassen, der Parteien untereinander und gegeneinander; aber diesem Kampfe ist der holde Schein versagt. So wunderbar dieses Paradoxon auch anmutet, es ist doch so: dass dem demokratischen Parlament die Volkstümlichkeit schlechthin unerreichbar ist, die dem bürgerlichen in so reicher Fülle beschieden war. Das bürgerliche Parlament war als Vertretung des Volkes wohl nur eine Fiktion, aber da diese, wenigstens an den Ursprüngen und bis in die kapitalistische Zeit hinein, nicht oder nicht nachdrücklich genug bestritten war, so schien es als diese Vertretung zu fungieren und konnte in dem Kampfe gegen die Fürstengewalt als diese auch tatsächlich wirken. Mit seiner Demokratisierung wird aber das Parlament immer mehr in die Linie des Klassenkampfes gerückt, in den Streit der Partei verwickelt. Nun wirkt es nicht für das „Volk“, wirkt nur für die Klassen, und das Urteil über seine Tätigkeit, über jede seiner Handlungen und Unterlassungen, über alle Abstimmungen und Beschlüsse wird von keinem allgemeinen Volksgefühl gesprochen, wird diktiert vom Klassenbewusstsein. Das demokratische Parlament wird begriffen als jene unerlässlichste Notwendigkeit, die sich aus der ökonomischen Entwicklung ergibt; aber Begeisterung zu erwecken, jenen Ueberschwang der Gefühle zu finden, den die so fragwürdigen bürgerlichen Parlamente nicht gar selten ausgelöst haben, darauf kann es nicht rechnen. In der harten Wirklichkeit der Klassegegensätze musste jener magische Schimmer verblassen, und statt der gefühlsmässigen allgemeinen Popularität, die den bürgerlichen Parlamenten in ihrem zaghaften und niemals ausgekämpften Kampfe gegen die absolute Fürstenmacht ward, begegnen die demokratischen Parlamente, in denen der Kampf der Klassen tobt, der düster-schweres Leben, aber kein ästhetisch-harmonisches Schauspiel ist, der kalt-kritischen Prüfung ihrer einzelnen Taten, über die jede Klasse ein anderes Urteil spricht.

Selbst scharfsinnige Betrachter des modernen Parlamentarismus sind unvermögend, diesen grundlegenden Unterschied im Sein und Wirken des bürgerlichen und des demokratischen Parlaments zu erkennen und fordern von diesem, was es, seinem Wesen und seiner Aufgabe gemäss, niemals leisten kann. Dem demokratischen Parlament ist nur selten vergönnt, auf eine ideologische Frage zu stossen, in deren Lösung gleichsam ein Gesamtinteresse verwoben ist, und diese Gelegenheiten werden immer spärlicher. Als Regel ist es in das Dickicht der materiellen Interessen der Klassen verstrickt und mit der Erfüllung von Klasseninteressen ist eine unterschiedlose Popularität, ist Volkstümlichkeit nicht zu erwerben. Das demokratische Parlament ist der Kampf der Klassen um die politische Macht in Permanenz; aber das ist eine zu ernste Sache, um Liebesgefühle erregen zu können.

Ist aber schon jedem modernen Parlament, das, um ein mögliches zu sein, eben ein demokratisches sein muss, der Glanz eine aprioristischen Beliebtheit versagt: wie erst dem österreichischen Abgeordnetenhaus, das nicht bloss durch die Gegensätze der Klassen gespalten, sondern daneben und überdies durch die noch heftigeren der Nationen zersetzt ist! Alle Klagen und Beschwerden über die demokratischen Parlamente lassen sich darin zusammenfassen, dass in ihnen die allgemeinen Interessen, die Staatsinteressen zurücktreten, die lokalen, die Mandatsinteressen den Vorrang gewinnen. Aber diese Erscheinung ist nur natürlich: weil es „allgemeine“ Interessen überhaupt nicht mehr gibt, was im Parlamente nach Geltung ringt, nur noch Interessen der Klassen sind. Aber in Oesterreich wird diese natürliche Entwicklung, die darum jede moralische Einschätzung ausschliesst, durch die nationale Verschiedenheit verschärft: hier streitet gegen den Staat noch das Nationsinteresse, das nur unter Zurückdrängung, ja Verneinung des Staatsinteresses durchsetzbar erscheint. Wohl hat die österreichische Demokratie ihre spezifischen Laster, die die Beschränktheiten der Menschen sind, aber alle Gebrechen des demokratischen Parlaments haben trotzdem ihre letzte Wurzel in der nationalen Struktur des Staates. Jedes demokratische Parlament spürt das Gegeneinanderwirken

der in ihm eingeschlossenen Kräfte, und jedes erleidet dadurch Abbruch an seiner Leistungsfähigkeit. Aber der nationale Gegensatz, aus dem heraus jede wirkende Kraft durch eine ebenso grosse Gegenkraft paralysiert wird, der kann die Verminderung der Leistungsfähigkeit bis zur totalen Unfruchtbarkeit steigern. Jeder Schritt aus dem gegebenen nationalen Verhältnis führt ins Uferlose: also ist die Folge, dass kein Schritt gemacht werden kann und jeder, bei der Gefahr stärkster Wirren, unterlassen werden muss.

Produktive Arbeit kann das Parlament des Nationalitätenstaates nur auf neutralem, also dem Streite der Nationen entrücktem Gebiet leisten. Aber dazu gelangt es nur und erst, wenn es seine wahre Natur gleichsam verleugnet, sich über sie erhebt; zu dieser heldenhaften Anstrengung ist aber auch ein Parlament nur in seltenen Ausnahmefällen fähig. Man wirft den Abgeordneten vor, dass sie nur Sinn für ihre Wähler haben, für die sie alle erdenklichen Vorteile anstreben, des Staates und seiner Notwendigkeiten jedoch ganz vergessen. In gewissem Umfang ist das überall der Fall; aber wie könnte es in Oesterreich anders sein, wo die Wähler, als die Erscheinung der Nation, das Wirkliche sind, der Staat nur ein Abstraktum? Sicherlich steckt in der Dienstmännlichkeit der Abgeordneten erklecklich viel von gemeiner Mandatsgier und in der Begeisterung für Portefeuilles nicht wenig an persönlicher Streberei. Aber da die Erfüllung der Wählerwünsche, sei sie die Zuwendung von Vorteilen für den Wahlbezirk, oder die Ergatterung persönlichen Nutzens für den Protektionswähler, immer auch die Befriedigung der Interessen von Nationsgenossen auf Kosten des antinationalen Staates ist, so findet dieses bei der unreifen Demokratie schier unvermeidliche Laster in Oesterreich an dem nationalen Gegensatz eine besondere Nährquelle: deshalb auch ist es hier gar so verbreitet und steht als legitime nationale Tätigkeit in gutem Ansehen. In dem Unverstand der oberflächlichen Kritiker klagt der Staat die Demokratie an, dass sie ihm nicht leiste, was zu leisten ihr Vorsatz war und ihre Aufgabe sei, dass also das allgemeine Wahlrecht die Erwartungen getrogen hätte, die man auf seine Einführung gesetzt habe und setzen durfte. Aber es ist umgekehrt richtig: die Demokratie hat über diesen schrecklichen Staat zu klagen, dass dessen Unnatur sie verderbe und ihr jedes erspriessliche Wirken unmöglich mache, dass seine Widernatürlichkeit ihre Kraft um Wirkung und Ertrag bringe.

Nun soll betrachtet werden, wie sich diese allgemeinen Hemmungen des demokratischen Parlamentarismus im Oesterreichischen darstellen, welche Gestalt sie in dem jungen, unerprobten Hause des allgemeinen Wahlrechtes annehmen.

## II.

Die treibende Kraft der Politik in Oesterreich ist die Demagogie. Die politischen Wörterbücher bieten mannigfache Definitionen dieser politischen Entartung; aber sie alle geben den eigenartigen Zustand nicht wieder, den wir hiezulande wahrnehmen. Dieser ist nun, dass den Abgeordneten vor allem und fast ausschliesslich der Wille beherrscht, wiedergewählt zu werden, und dass in logischer Folge dieser Geistesverfassung des Abgeordneten die Haltung und Stellung der Parteien von dem Wunsche bestimmt ist, bei den Wahlen keine Niederlagen zu erleiden. Diesen Wunsch haben natürlich Abgeordnete auch anderswo, und Parteien, denen Wahlniederlagen gleichgültig wären, die sich also darum keinen Gedanken machen würden, wie sie in den Neuwahlen abschneiden, gibt es nirgendwo. Der Unterschied ist nun der, und er ist ausreichend, um den ganzen Charakter des parlamentarischen Lebens zu verändern, dass anderswo die Abgeordneten auch anderen Erwägungen folgen als nur der rein demagogischen, und ist der, welches wieder der Unterschied zwischen Oesterreich und konsolidierten Staaten ist, dass anderswo die Demagogie bei den Wählern doch nicht oder wenigstens nicht immer und überall den entscheidenden Ausschlag gibt. Deshalb setzt die „Wahlpolitik“ in anderen Parlamenten erst ein, wenn sich dieses seinem Ende nähert; da ist sie freilich eine unvermeidliche Erscheinung. Jeder Kenner der parlamentarischen Tätigkeit weiss, dass Parlamente zu Beginn und zum Schlusse der Legislaturperiode ganz verschiedene Körperschaften sind, dass der zu Beginn so tratable Abgeordnete zum Schluss

ganz hockbeinig werden kann, und dass das gefügigste Haus, wenn einmal die Neuwahlen in Sicht, über die Stränge zu schlagen pflegt. Aber bei uns beginnt die Wahlpolitik eigentlich mit dem Augenblick der Erählung. Die Flitterwochen des gewählten Mandatsinhabers sind die denkbar kürzesten; eigentlich nur die kurze Spanne Zeit, bis der neue Reichsrat zusammengetreten ist. Bis dahin mag er sich seines Mandates sorglos freuen; aber kaum dass das Haus zusammengetreten ist, beginnt die Unruhe, geht die Sorge und Unrast an, wie es wohl das nächstmal sein werde. Und nun starrt der Abgeordnete durch die sechs Jahre hindurch, um das Wort Ferrys zu gebrauchen, wie hypnotisiert auf den Tag der Neuwahl: nur danach sinnend und daran denkend, wie er es anzustellen habe, das Mandat auch das nächstmal zu behaupten. Und dieses sein Sinnen und Trachten wird auch seiner Partei eingepflegt; es wird seine Politik, es wird die Politik seiner Partei.... Man wird mich nicht missverstehen, dass ich mit dieser Schilderung etwa das Porträt jedes Abgeordneten zeichnen will. Es gibt natürlich auch Ausnahmen und sie sind auch nicht selten; aber ein Typus ist der Mann, dessen Gedanken ununterbrochen um den Tag der Neuwahl kreisen, im österreichischen Abgeordnetenhaus ohne Zweifel. Und dass er auf die Führung der Geschäfte und auf die Gestaltung der Politik den allergrössten Einfluss ausübt, kann am wenigstens dort gelehnet werden, wo man diese unerfreuliche Erscheinung beseitigen möchte.

Wie nun diese demagogische Politik den Gang der parlamentarischen Tätigkeit beeinflusst, lässt sich im ganzen Umkreis gar nicht schildern; gibt es doch kein Gebiet, wo sie nicht bemerkbar wäre. Nehmen wir zum Exempel die Hinauflizitierung des Nationalismus zum sinnlosen Chauvinismus, die Entstellung eines an sich ganz verständlichen Gedankens zur vernunftlosen Fratze. Wie ist sie zu erklären? Es glaubt doch von den Chauvinisten niemand an diese sich überpurzelnden Phrasen; kein zurechnungsfähiger Deutscher wird an die Möglichkeit der Unterdrückung der Tschechen, kein Tscheche mit gesunden Sinnen an die der Deutschen glauben, obwohl die vorgespiegelten Programme nicht weniger als diese Möglichkeit vorgeben. Warum haben aber diese unfruchtbaren Redensarten dennoch so grossen Kredit? Da das politische Leben durchaus auf den Nationalismus gestimmt ist, so erhofft jeder die Probe vor den Wählern am sichersten zu bestehen, wenn er den Nationalsten und Uebernationalsten mimit; woraus es sich erklärt, dass die „Strammheit“ der nationalen Gesinnung immerzu neue Steigerungen erfährt und die „radikalste“ Partei immer noch von einer radikaleren abgelöst wird, bis die berühmte Klimax erreicht ist: stramm bis zur Bewusstlosigkeit! Warum vermögen die nationalen Parteien, obwohl ihre wirklichen Differenzen in Wirklichkeit so geringe sind, dass die Einigung sachlich kein schweres Ding wäre, und obwohl sie von der Unfruchtbarkeit des ziellosen Streites und von der Notwendigkeit der Einigung innerlich völlig überzeugt sind, zu keiner Vereinbarung, selbst zu der geringsten nicht, zu gelangen? Weil dann der letzte Radikale, jener, der hart beim Aberwitz hält, vor den Wählern das Argument des „nationalen Verrates“ hätte und weil jeder die Vernunftlosigkeit der nationalen Wähler fürchtet, deren Produkt er doch selber ist. Dieser unfruchtbare Nationalismus, der nur für sich da ist, also sich Selbstzweck ist, der könnte, weil seine absolute Sterilität durch tausendfältige Erfahrungen bezeugt, keinen Bestand haben, wenn ihn die schreckliche „Wahlpolitik“ nicht immer von neuem gebären würde.

Das ist nur ein Exempel, man sieht aber diese Kraft im Parlament überall wirken. Man macht es den Abgeordneten des allgemeinen Wahlrechtes zum Vorwurf, dass sie ihre Tätigkeit zu sehr in die Erfüllung von Sonderwünschen einzelner Wähler auflösen, Kirchturmsinteressen ihres Wahlbezirkes zu stark untertänig sind, wogegen sie für allgemeine Interessen, insbesondere für die Interessen des Staates nur schwache Gefühle offenbaren. Nun ist bei solchen Vorwürfen weise Vorsicht geboten, denn einesteils wäre es auch kein idealer Zustand, wenn der Abgeordnete für den Bezirk, den er doch schliesslich „vertritt“, kein Interesse hätte, und andernteils sind jene Notwendigkeiten des Staates, für die man den Abgeordneten so gern Begeisterung einpauken möchte, in der Regel nichts wie neue Steuern, neue Rekruten, überhaupt Ansprüche des Militarismus, die in Oesterreich, wo Staat und Nation nie und nirgends zusammenfallen, selbst bei den bürgerlichen Parteien nur eine skeptische Aufnahme gewärtigen können.

Aber soweit jene natürliche Entwicklung über das Mass des Nützlichen hinausgeht — und es ist schon der Fall — so ist sie eben eine Folge der demagogischen Politik. Der Abgeordnete will wieder gewählt werden, das hat er sich vorgenommen; bei dem Abgeordneten, den wir als Typus auffassen, ist es überhaupt das einzige, was er sich für seine parlamentarische Tätigkeit vorgenommen hat. Wie kann man nun erwarten, dass er Wählern nein sagen werde, dass er etwas nicht für sachgemäss erachten wird, was einflussreiche Wählerkreise seines Bezirkes als notwendig erklären? Dass er schwanken könnte in der Wahl zwischen Wählern und Staat? Dass ihm das fa belhafte Staatsinteresse wichtiger sein könnte als jenes Interesse, das ihm das wichtigste sein muss, weil es eben sein eigenes ist: seine Wiederwahl? Dieser Abgeordnete hat allmählich auch die gesamte Geschäftsführung des Hauses umgestaltet. Wo sind die Abgeordneten hingekommen, die durch die ganzen sechs Jahre treu und fleissig schwiegen, immer brav stimmten, deren Namen kein Zeitungsblatt kündete, und die doch darauf rechnen konnten, in den Neuwahlen wiedergewählt zu werden? Die Zeiten sind schlecht geworden und das politische Brot wird schwer verdient. Nun muss jeder Abgeordnete sprechen, jeder Anträge einbringen, Interpellationen stellen, muss wirken und schaffen, damit die Wähler befriedigt sind und nicht glauben, ihre Gunst einem Unwürdigen geschenkt zu haben. Wie viel Reden müssen gehalten werden, für die ein sachliches Interesse kaum aufgetrieben werden könnte, die nur Wiederholungen sind und die Verhandlung nicht fördern, die Debatten nur belasten, müssen gehalten werden, weil kein Abgeordneter mehr schweigen darf? Daraus folgt auch jene Massenproduktion von Anträgen, deren Ueberfülle das ganze Initiativrecht der Abgeordneten illusorisch macht; jene Anhäufung von Interpellationen, aus deren Massenhaftigkeit sich die Minister von der Pflicht der Beantwortung entbunden fühlen. Diesem Betätigungsdrange und -zwange verdankt das Haus auch die grossen Ausschüsse, deren Arbeitsfähigkeit in schreiendem Gegensatz zu ihrem Umfang steht. Und wie viel Dringlichkeitsanträge, von den nackten Obstruktionsanträgen ganz abgesehen, die aber alle wieder nur Demagogie der Wahlpolitik sind, müssen gestellt werden, weil sich die Parteien den demagogischen Bedürfnissen ihrer Mitglieder nicht entziehen können? Wohl gemerkt und immer wieder wiederholt: die Wahlpolitik ist, soweit sie die mittelbare Einwirkung der Wähler auf die Ausübung des Mandates, also auf die Führung der Politik ist, eine nicht bloss berechtigte, sie ist eine notwendige Sache, ist die ungehemmte Kontinuität in der Wirksamkeit des demokratischen Prinzips. In der „Wahlpolitik“ aber, deren Bild wir hier nach der Wirklichkeit malen, wirkt aber nicht die Wählerschaft auf den Abgeordneten, mit ihr will der Abgeordnete auf die Wählerschaft wirken. Und deshalb muss so oft der Schein die echte Wirklichkeit ersetzen.

Nun treten die oberflächlichen Kritiker auf und erklären: Die Abgeordneten „sollen“ die demagogische Politik aufgeben, sie „sollen“, wie es ja auch die Verfassung sagt, sich als Vertreter der Gesamtheit fühlen. Nur eben, dass mit dem schönen Imperativ nicht viel getan ist. Im Abgeordneten ist der Lebenswille so lebhaft wie in allem Lebendigen, und auch in seinem Bewusstsein hat der Wille das Primat über die Vernunft. Und wenn schliesslich der eine die Unvernünftigkeit seines Tuns einsehen wollte, Einkehr hielte und sich besserte: wer bürgt ihm dafür, dass es auch der andere tut? Dann könnte ja der „Gebesserte“ der Dupierte werden, und die Partei, die auf die demagogischen Reizmittel verzichten würde, käme in die Gefahr, um ihrer Solidität willen die Wahlzeche zu zahlen. Ueberhaupt ist der Gedanke, mit moralischen Ermahnungen solche im tiefsten Lebenswillen steckende Kräfte umbilden zu können, eine unerhörte Einfältigkeit. Die Idee, dass die Abgeordneten die Mandatsdemagogie, die ihr ganzes Bewusstsein erfüllt, urplötzlich aufgeben und sich in treue Abgeordnete des Staates verwandeln werden — eines Staates überdies, der nur in der Welt der Begriffe existiert — und ihr Bewusstsein derart umgestalten werden, weil ihnen die Verwerflichkeit ihrer Auffassung in erbaulicher Weise dargetan ward, die Idee ist so kindlich, dass sie nur auf dem Felde österreichischer Politik erwachsen konnte.

Um so kindischer, weil die Demagogie als Triebkraft der Politik in Oesterreich durchaus kein böswilliger Zufall ist, sich vielmehr als der Niederschlag der gesamten Entwicklung ergibt. Der Nationalitätenstaat ist keine Einheit; also fällt hier vorweg die staatsbürgerliche Einheit, die der Auflösung in Wahlbezirke entgegenwirkt. Dann fehlt auch die geschichtliche Wirksamkeit der Parteien, die die Wähler über die

Wahlbezirke hinweg verknüpft; mehr als Parteiströmungen ist in der österreichischen Verfassungsgeschichte nicht zu erkennen und zu „Parteien“ werden die Gewählten erst im Parlamente. Das allgemeine Wahlrecht bahnt hier eine gewisse Wandlung an, indem es die Wegspur auch der bürgerlichen Parteien vertieft; bisher war aber jeder Wahlbezirk eine Welt für sich, und jeder Kandidat focht seine eigene und isolierte Schlacht aus. Eine Ursache dieser Entwicklung ist auch, dass in diesem Staate nichts erreicht wird denn durch Protektion, also wurde der Abgeordnete der natürliche „Intervenient“ seines Wahlbezirkes, sein Protektionswerber: und einmal begründet, musste die Verschmelzung des Abgeordneten und des Wahlbezirkes immer inniger werden, bis sie jenen Grad erreichte, wo sich der Abgeordnete eben nur von der Wahlpolitik leiten lässt. Alles das hat das demokratische Parlament vom bürgerlichen geerbt. Dass aber in dem Parlament des allgemeinen Wahlrechtes die Abgeordneten mit dem Drange, wiedergewählt zu werden, noch stärker behaftet scheinen, das hat seinen letzten Grund wohl in der Jugend des allgemeinen Wahlrechtes. Es ist noch alles zu sehr in Bewegung, im Fluss, um schon die Wirksamkeit des Festen und der Veränderung nicht Unterworfenen besitzen zu können. Da wird schon die Zeit die meisten Uebel heilen.

Doch ist es auch zweifellos möglich, dem Krieg der Mandate, aus dem die parlamentarische Demagogie hervorgeht, die nötigen Einschränkungen im Wahlsystem zu bereiten. Das Problem ist, den Abgeordneten die innere Freiheit zu geben, die ihnen die Demagogie verkümmert hat.

---

## Michael Schacherl: Was machen wir mit den Landtagen?

Hie Reichsrat — hie Landtag! Zentralismus oder Föderalismus! Stärkung des Reichsgedankens oder Erhaltung der historischpolitischen Individualitäten! Seit 1848 wogt es so hin und her. Einst hatten die Landtage das Uebergewicht, ihre Stellung war dominierend, ihr Vorrang im politischen Leben vor dem Reichsrat unbestritten. Noch nach der Verfassung vom Jahre 1867 wählten die Landtage aus ihrer Mitte die Abgeordneten in den Reichsrat, blieb also das Zentralparlament von den Landesvertretungen abhängig. Nach einem kurzen Versuch, den Widerstand des böhmischen Landtages, der keine Wahl in den Reichsrat vornahm, durch Vornahme der direkten Wahl zu brechen, kam der Föderalismus unter dem Ministerium Hohenwart wieder vollkommen obenauf und das Jahr 1871 brachte eine neuerliche Verstärkung der Machtbefugnisse der Landtage. Sie erhielten das Recht, eine ganze Reihe von Angelegenheiten zu beschliessen, die nicht ausdrücklich dem Reichsrat vorbehalten waren; der Reichsrat hatte kein Recht, an solchen Landesgesetzen Aenderungen vorzunehmen, er konnte sie nur als Ganzes annehmen oder verwerfen. Erst nach dem Sturz der Regierung Hohenwart, erst mit Gesetz vom 2. April 1873 wurde den Landtagen unter den heftigsten Protestaktionen der Föderalisten das Recht der Wahl der Reichsratsabgeordneten entzogen und die Wahl in das Zentralparlament von den Wahlberechtigten selbst vorgenommen. Der Reichsrat sollte die Verkörperung des „österreichischen Staatsgedankens“ werden. Damit war tatsächlich die Nabelschnur durchschnitten, das Parlament entwickelte sich von nun an nach seinen eigenen Gesetzen, durch jede Erweiterung des Wahlrechtes erstarkte es im Verhältnis zu den Landtagen und durch Einführung des gleichen Wahlrechtes im Jahre 1907 sind die Landtage, die in dem engen Gewand der alten Privilegien stecken blieben, sehr weit in den Hintergrund getreten. Von ihrer früheren Bedeutung als die Vertretung der „historischpolitischen Individualitäten“, wie die Kronländer mit den alten Grenzen von den Föderalistenführern genannt wurden, ist sehr wenig übriggeblieben.

Auch die Regierungen, die einst die Landtage gegen das Zentralparlament ausspielten, begegnen ihnen immer mehr mit Geringschätzung. Die Finanzminister des Staates sehen mit Missbehagen, wie auch die Länder immer höhere Ansprüche an

die Steuerkraft der Bewohner stellen und dem hochgradigen Geldbedürfnis des Staates die Quellen seiner Befriedigung entziehen oder verringern. Die Vielgestaltigkeit und verschiedene Höhe der Zuschläge zu den einzelnen Konsumsteuern in den verschiedenen Ländern sind ebensoviele Hindernisse für den Finanzminister des Staates, eine einheitliche „Regulierung“ zugunsten des Staates durchzuführen. Daher das Bestreben, die Steuern von den Umlagen des Landes freizuhalten oder freizumachen. Die Zuschlagsfreiheit der staatlichen Personaleinkommensteuer (wofür allerdings auch noch andere Gründe massgebend sind, wie die Furcht vor der höheren Besteuerung der besitzenden Klasse und dadurch steigende Lust zur Steuerhinterziehung) und der einstweilen missglückte Plan, die Biersteuer zu „inkamerieren“, zuschlagsfrei zu machen, sind auf dieses Bestreben zurückzuführen. Als Ersatz für den Verzicht auf die Landesumlagen auf die Staatssteuern bekämen die Länder immer mehr Zuschüsse, Entschädigungen, Subventionen aus den Staatskassen; die ehemals so stolzen historischpolitischen Individualitäten verlieren dadurch aber ihre Eigenart, sie werden zu Kostgängern und Pensionisten des Staates. Mit der alten Herrlichkeit der Autonomisten ist's dann aber aus.

Auch die Art, wie die Regierungen die Landtage behandeln, wie sie sie als Lückenbüsser einberufen und nach Hause schicken, je nachdem sie gerade ein parlamentarisches Zwischenspiel brauchen oder nicht, ist ein Beweis dafür, dass die Landtage längst ihre Bedeutung verloren haben.

Zu diesem Herabgleiten von ihrer einst hervorragenden Stellung trugen die Landtage selbst bei, indem einer nach dem anderen durch den nationalen Streit der Obstruktion und Lähmung verfiel. Es gibt fast keinen Landtag eines zweisprachigen Landes mehr, der nicht arbeitsunfähig wäre oder jeden Augenblick der nationalen Poliomyelitis verfallen könnte. Selbst der steirische Landtag, der sich am längsten den Ruf eines „Arbeitslandtages“ erhielt, steckt jetzt im zweiten Anfall dieser Krankheit. Dabei tritt augenfällig zutage, wie sich die Dinge geändert haben. Trotz der Lähmung der Landtage merkt man davon keine Rückwirkung auf das Zentralparlament; trotz der Obstruktion in Tirol, Görz, Steiermark fällt es keiner der nationalen Parteien ein, sich am Parlament zu rächen. Der böhmische Landtag macht noch eine Ausnahme, seine Lahmlegung macht noch böses Blut im Reichsrat; aber es ist gar kein Vergleich gegen früher und selbst unter den Tschechen findet der Racheruf der Radikalen: „ohne böhmischen Landtag kein Parlament“, nur mehr schwaches Echo. Obwohl der böhmische Landtag jetzt wieder durch die deutschnationale Obstruktion nicht zur Arbeit kam, ist der Sitzungsabschnitt des Parlaments vor Ostern so ruhig wie schon lange keiner verlaufen. Die einzige Wirkung der Lähmung des böhmischen Landtages war, dass der böhmische Landesausschuss die Staatsregierung, die Wiener Zentralbehörde, anbettelte, sie möge ihm die Einhebung der Biersteuerauflage auch ohne Landtagsbewilligung erlauben. O jerum, jerum, jerum, o quae mutatio rerum!

So weit, so gut! Die Sozialdemokratie hat keinerlei Ursache, sich über die Depositionierung der altväterischen Gebilde der vermoderten Landstuben zu kränken. Es ist sogar fraglich, ob nicht sogar die Provisionierung der Länder aus den Staatskassen, die Gewährung von Subventionen aus den Erträgen der Staatssteuern gegen Auflassung der selbständigen Landesumlagen gutzuheissen wäre. Unsere Abgeordneten haben sich im Reichsrat mit der Begründung dagegen ausgesprochen, dass es nicht angehe, die Privilegienlandtage über die Verwendung der Geldsummen entscheiden zu lassen, die von dem Parlament des gleichen Wahlrechtes beschlossen werden. Aber wenn dies nicht geschieht, entscheiden, solange nicht das gleiche Wahlrecht auch für die Landtage durchgesetzt ist, diese Privilegienkörperschaften nicht nur über die Verwendung, sondern auch über die Aufbringung der Landessteuern, und es ist immerhin erwägenswert, ob es nicht besser ist, es wird darüber dort entschieden, wo wir durch das gleiche Wahlrecht einen gewissen Einfluss ausüben können, als dort, wo wir gar keinen oder einen verschwindenden Einfluss haben. Vielleicht liesse sich sogar die Wahlreform für alle Landtage als Vorbedingung dieser Wandlung der Steuereinhebung schneller und besser durchsetzen als durch die Berennung jedes einzelnen Landtages. Die steigende Finanznot der Länder, die bis zum Rande des Bankrotts drängt, könnte mit der Zeit andere Abstimmungsergebnisse zeitigen als bei dem ersten Antrag unserer Abgeordneten.



Die Sozialdemokratie hat also keinerlei Ursache, die Zurückdrängung des politischen Einflusses und der politischen Bedeutung der Landtage zu bedauern. Im Gegenteil, wir haben alle Ursache, zunächst, nämlich solange nicht die nationale Autonomie durchgeführt ist, die Macht des Zentralparlaments zu stärken. Es wäre sogar zu wünschen, dass die Einmischungen der Landtage in allgemeine Staatsfragen, wenn sie auch ohnehin meist nur mehr platonische Bedeutung haben, da sich Regierung und Parlament nicht mehr darum kümmern, noch mehr beschränkt oder ganz unmöglich gemacht würden. Dann erst wäre die geschichtliche Entwicklung des Selbständigwerdens des Zentralparlaments vollzogen.

Aber so sehr wir die politische Bedeutungslosigkeit der Landtage wünschen, dürfen wir nicht vergessen, dass die Landtage noch eine stattliche Reihe wichtiger Aufgaben zu erfüllen haben, deren Vernachlässigung auch uns nicht gleichgültig sein kann. Solche Landesangelegenheiten sind die Anordnungen in Betreff der Landeskultur, der öffentlichen Bauten, die aus Landesmitteln bestritten werden, der aus Landesmitteln dotierten Wohltätigkeitsanstalten, des Voranschlages und der Rechnungslegung des Landes sowohl hinsichtlich der Landeseinnahmen aus der Verwaltung des dem Lande gehörigen Vermögens, der Besteuerung für Landes Zwecke und der Benützung des Landeskredits als rücksichtlich der ordentlichen und ausserordentlichen Landesaussgaben. Ferner die näheren Anordnungen innerhalb der Grenzen der allgemeinen Gesetze in Betreff der Gemeindeangelegenheiten, der Kirchen- und Schulangelegenheiten, der Vorspannleistung, der Verpflegung und Bequartierung des Heeres, schliesslich die Anordnungen über sonstige die Wohlfahrt oder die Bedürfnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

Schon die Summen, über die die Landtage verfügen, zeigen, dass ihre wirtschaftliche Bedeutung von ihrer politischen getrennt, aber anerkannt und gewürdigt werden muss.

Nach dem letzten vorliegenden Ausweis über das Jahr 1906 (Statistisches Jahrbuch der autonomen Landesverwaltung in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern, VIII. Jahrgang, 1909) zeigen die Einnahmen und Ausgaben von 14 Ländern (von Istrien und Dalmatien fehlen die Daten) folgendes Bild:

	Einnahmen in Kronen	Ausgaben in Kronen
Niederösterreich . . . . .	58,167.530	57,389.613
Oberösterreich . . . . .	14,270.007	14,303.057
Salzburg . . . . .	5,083.616	5,140.048
Steiermark . . . . .	21,911.620	20,065.478
Kärnten . . . . .	4,480.981	4,448.214
Krain . . . . .	4,752.576	5,676.592
Görz und Gradiska . . . . .	2,447.808	2,757.012
Tirol . . . . .	14,179.618	13,920.511
Vorarlberg . . . . .	514.561	515.423
Böhmen . . . . .	66,010.534	78,710.971
Mähren . . . . .	30,159.383	37,241.125
Schlesien . . . . .	7,761.846	8,551.818
Galizien . . . . .	36,489.338	36,705.562
Bukowina . . . . .	9,133.409	9,074.271

An Einnahmen also 285 Millionen Kronen (285,362.927 K), an Ausgaben 294 Millionen Kronen (294,491.695 K).

Diese Einnahmen und Ausgaben betreffen naturgemäss in erster Linie Dinge, die vorzugsweise im Interesse der besitzenden Klasse liegen, aber auch das Interesse der Proletarier wird durch viele Kapitel der Voranschläge wesentlich berührt. Für Naturalverpflegungsstationen werden rund 800.000 K ausgegeben, für Krankenhäuser, Verpflegungskosten an inländische und auswärtige Krankenhäuser, Impfung, Beiträge für Gemeinde- und Distriktsärzte, Kosten bei Epidemien und andere Sanitätsauslagen rund 20 Millionen, für Irrenanstalten und Irrenpflege, Gebäranstalten und Gebäuhäuserkosten, Findelanstalten und Verpflegungskosten für Findlinge, Taubstummenanstalten, Blindenanstalten, Humanitätsvereine und Humanitätszwecke rund 24 Millionen, für Siechenhäuser, Waisenpflege und Armenpflegezwecke rund 6 Millionen, für Volksschulen rund 106 Millionen; von Strassen-

und Brückenbauten, die zum Teil auch im Interesse der Besitzlosen gelegen sind, und anderen Dingen nicht zu sprechen. Es sind das Ziffern, die es geboten erscheinen lassen, dass die Arbeiterklasse Einfluss auf die Gebarung nimmt. Aber selbst dort, wo die Arbeiter durch ein winziges Stück Wahlrecht einige Vertreter in den Landtagen haben, wird die Möglichkeit der Kontrolle, Kritik und Initiative durch die Bagatellisierung der Landtage eingeschränkt. Es wirft sich die Frage auf, welche Stellung die Sozialdemokratie zu den Landtagen beziehen soll.

Wir fordern das gleiche Wahlrecht für die Landtage. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass das gleiche Wahlrecht den Landtagen grössere Bedeutung verleihen würde, als sie jetzt als feudale und nationale Schmollstübchen geniessen. Werden auch die Landtage wie das Parlament zu Volkshäusern, dann können sie sich eine solche Behandlung durch die Regierung, wie sie jetzt üblich geworden ist, schon gar nicht mehr gefallen lassen. Die Sozialdemokraten, die durch das gleiche Wahlrecht in grösserer Zahl in die Landstuben hineinkämen, müssten sich entschieden dagegen verwahren, dass die Landtage mit ihren sogenannten wirtschaftlichen Aufgaben nur als Lückenbüsser einberufen werden, zur Zeit, wo gerade keine Parlamentssitzung möglich oder nötig ist. Um so weniger könnte es von ihnen zugelassen werden, dass der Absolutismus, der mit dem § 14 in der Zeit des Privilegienparlaments über den Staat herrschte, in den Ländern sein Gegenstück fände, indem die Landesausschüsse bei jeder Stockung des Landtagsbetriebes mit einer kaiserlichen Genehmigung die Steuern einheben und ausgeben. Sie müssten dafür eintreten, wie es die sozialdemokratischen Vertreter im steirischen Landtag bereits getan haben, dass den Landtagen eine bestimmte Zeit im Jahre gesichert werden muss, wo sie ihre Aufgaben erledigen können. Nichts hindert, dass diese Zeit für alle Landtage die gleiche ist, wie ja auch jetzt zumeist die Landtage gleichzeitig einberufen werden, nur oft zu unpassender Zeit. Eine Kollision mit dem Reichsrat, wie sie anlässlich des im steirischen Landtag prinzipiell angenommenen Antrages der sozialdemokratischen Abgeordneten von der „Arbeiter-Zeitung“ befürchtet wurde, liesse sich auf zwei Wegen vermeiden: Entweder durch die Erklärung der Inkompatibilität des Landtags- und Reichsratsmandates, worüber sich gewiss reden liesse, wenn es auch für die Länder nicht ohne Wert sein mag, dass ihre Abgeordneten auch im Reichsrat sitzen und Einfluss nehmen, besonders wenn die Länder finanziell immer mehr von der Zentrale abhängig werden. Oder es müsste die Zeitökonomie zwischen dem Parlament und den Landtagen vereinbart werden, damit auch die Landtage eine Anzahl Wochen gesichert zur Verfügung haben. Die steirischen Sozialdemokraten beantragten zehn Wochen im Jahre, davon fünf im Herbst, damit der Landtag vor dem Kalenderjahr sein Haus bestellen könne. Ueber die Dauer und über den Termin liesse sich gewiss reden, auch liesse sich das Budgetjahr für das Parlament oder für die Landtage ändern; die Hauptsache ist, dass den Landtagen eine bestimmte Zeit zugesichert ist, womit sie rechnen und sich darnach die Arbeit einteilen können. Und noch wichtiger ist der weitere Antrag der steirischen Sozialdemokraten, der das eigentlich Selbstverständliche festsetzt, dass der Landesausschuss ohne die vorherige Genehmigung des Landtages keine Steuern und Abgaben einheben und ausgeben darf.

Die Befürchtungen, dass die Bedeutung des Parlaments leiden könnte, wenn den Landtagen ein Schutz gegen die Willkür der Regierung bei der Einberufung und Vertagung verschafft wird, sind nicht gerechtfertigt. Sie stammen aus der Kenntnis der alten Rolle, die die Landtage gespielt haben. Es ist aber nicht notwendig, das Kind mit dem Bade auszuschütten, die Landtage, weil wir ihre politische Rolle nicht wollen, auch in ihrer zweiten Funktion als Verwaltungskörper auszuschalten. Die vielfachen Aufgaben des Landtages auf dem Gebiete der Sanitätspflege, des Bildungswesens, der Humanitätsanstalten verdienen das Interesse der Arbeiter und bei jeder Landtagswahl sieht man zur Genüge, wie gering dieses Interesse ohnehin heute ist. Es kann nicht steigen, wenn die Landtage noch ausserdem, dass sie Privilegienkörperschaften sind, einberufen und heimgeschickt werden, nicht nach ihrem Bedarf, sondern nach Bedürfnis und Laune der Regierung. Hätten wir aber kein Interesse an den Landtagen, wäre es sogar gefährlich, die Landtage lebensfähig zu machen, dann brauchten wir uns nicht um die Landtagswahlreform zu kümmern, dann bleiben wir schön draussen aus den Land-

stuben, denn es ist keine verlockende und keine ehrende Aufgabe für Sozialdemokraten, in einer Körperschaft zu sitzen, wo sie sich hüten müssen, sie zur Bedeutung zu bringen. Als Verwaltungskörper für so viele in das Leben der Besitzlosen tief einschneidende Fragen scheinen aber die Landtage nicht nur lebensfähig, sondern einstweilen unentbehrlich zu sein.

Man könnte aber eine andere Frage aufwerfen: Wozu plagen wir uns überhaupt mit dem Landtagswahlrecht und in den Landtagen? Diese Gebilde entsprechen überhaupt nicht unseren Anschauungen. Sie widersprechen der nationalen Autonomie, die wir doch in unserem Nationalitätenprogramm verlangen. Ob Territorial- oder Personalprinzip oder gemischt, wie es Renner und Bauer vorschlugen, jedenfalls sind diese Kronländerlandtage ein Hindernis. Müssten wir vielmehr nicht den Zusammenbruch der Landtage durch den nationalen Kampf begrüßen, da sich dann mit aller Wucht die Notwendigkeit herausstellen würde, die Nationalverbände mit ihren nationalen Kreisvertretungen zu konstituieren, an Stelle des einen Landtages, der durch den Zwist der in ihm vertretenen Nationen arbeitsunfähig gemacht wird, die Nationen gesondert in ihrem eigenen, von den anderen Nationen nicht besuchten Kreistag über ihre nationalen und kulturellen Bedürfnisse entscheiden zu lassen? Dann könnten die Kompetenzen so geregelt werden, dass jede politische Konkurrenz mit dem Parlament ausgeschaltet würde und die nationalen Kreistage blosse Verwaltungskörper würden. Dann hätten wir vielmehr ein Interesse, die Landtage zusammenbrechen zu lassen und vielleicht sogar mitzuhelfen, sie zu demolieren. Auch darüber liesse sich reden. Aber die Partei müsste sich einmal darüber klar werden und entschliessen, was sie mit den Landtagen will. Will sie das gleiche Wahlrecht, dessen beruhigende Wirkung auf die Nationen in den Landtagen, wo gewöhnlich ihrer nur zwei einander gegenüber treten, also der ausgleichende und mässige Faktor der anderen Nationen fehlt, viel weniger zu erwarten ist, dann soll damit Ernst gemacht werden. Dann muss aber auch damit gerechnet werden, dass die Landtage wieder zu mehr Ansehen und Bedeutung kommen, wenn auch die politische Konkurrenz mit dem Parlament durch gesetzliche Beschränkung ihres Wirkungskreises auf reine Verwaltungsaufgaben verhindert werden könnte. Dann zittere man nicht davor, die Willkür der Regierung gegenüber den Landtagen zu beschränken. Oder aber man will ernsthafte Schritte zur Konstituierung der Nationen machen, die bis heute noch tot im Nationalitätenprogramm steht, dann befördere man den Zusammenbruch der Landtage.

Jetzt ist der Kampf um die Landtage und das Verhalten zu den Landtagen eine Halbheit und ein Hin- und Herschwanke zwischen der Furcht vor Ueberschätzung und dem Bestreben, dort Einfluss zu gewinnen. Die Partei soll klarstellen, was sie eigentlich mit den Landtagen will.

---

## Jakob Pistiner: Der Weg zum Frieden

Die Geschäftsordnungsreform sichert das Abgeordnetenhaus vor dem Kleinkrieg demagogischer Chauvinisten, aber an dem nationalen Kampfe hat sie nichts geändert und kann sie nichts ändern. Die Geschäftsordnung bestimmt nur die Form und nicht den Inhalt der Beratungen; es kann daher die Reform auch nur die Form des nationalen Kampfes und nicht seinen Inhalt beeinflussen. Es ist notwendig, dies auszusprechen, weil sich schon eine Ueberschätzung der Reform bemerkbar macht, die leicht zu Enttäuschungen führen kann. So hat in den Jahren des Wahlrechtskampfes sich die Meinung eingebürgert, dass es im Volkshause keinen nationalen Streit geben werde. Dies war natürlich ein verhängnisvoller Irrtum, der hernach, als die nationalen Streitigkeiten das Abgeordnetenhaus lähmten, dieses um jedes Ansehen brachte. Der Irrtum wäre jedoch leicht zu vermeiden gewesen, wenn rechtzeitig und überall darauf hingewiesen worden wäre, dass die nationale Frage nicht nur in den Köpfen einiger Schreier und Spektakelmacher herumspukt, sondern dass sie tatsächlich vorhanden ist und dass gerade das Volkshaus als Ausdruck der vorhandenen Probleme und Differenzen diese Frage auf

seine Tagesordnung werde setzen. Der Unterschied zwischen dem Kurien- und dem Volkshause bestehe jedoch darin, dass in diesem die nationale Frage den nationalen Kra- keel verdrängen werde. Hat so die Zusammensetzung des Hauses den Inhalt der Be- ratungen bestimmt, dann besteht der Zweck der Geschäftsordnungsreform darin, es zu ermöglichen, dass diese Frage ernst und ruhig beraten werde, ohne dass man gewär- tigen müsste, immer wieder von den Nutzniessern des nationalen Streites gestört zu werden.

Die nationale Frage ist also weder durch das Volkshaus noch durch die Geschäfts- ordnungsreform umgebracht worden; vielmehr wird man erst jetzt, da das Volkshaus die ganze Fülle des Problems zur Debatte gestellt hat und die Geschäftsordnungsreform die Abführung der Debatte ermöglicht hat, erkennen, wie bedeutungsvoll diese Frage nicht nur für den Frieden in Oesterreich, sondern auch den um Oesterreich ist.

Besteht demnach die nationale Frage weiter und wird der Kampf selbst im Abge- ordnetenhaus, wenn auch in anderen Formen, bald wieder beginnen, dann gilt es, den Weg zum Frieden zu finden. Nun ist es unzweifelhaft, dass der Zwang von nun ab — wenn auch nur für beschränkte Zeit — statt der Argumente der „Lungen und des Körperteiles, den man zum Sitzen verwendet“, wie Genosse Adler witzig bemerkte, sachliche zu gebrauchen, den Weg erleichtern wird. Aber überschwengliche Hoffnungen dürfen daran nicht geknüpft werden. Das nationale Problem ist zu vielseitig, das Miss- trauen zu eingewurzelt und die kulturelle Entwicklung der einzelnen Nationen zu ver- schieden, als dass eine Häufung von Paragraphen und dazunoch in kurzer Zeit da Ab- hilfe schaffen könnte. Es wird schon sehr viel bedeuten, wenn der Reichsrat die Frage der Minderheitsschulen regeln wird. An ein allgemeines Minoritätengesetz ist noch lange nicht zu denken, wobei doch festgehalten werden muss, dass das Problem keineswegs darin allein besteht, wie man die Minorität schützt. Dem muss gesetzestechisch voraus- gehen die Festlegung der Grundrechte jeder Nation, die Konstituierung der Na- tionen. Ein solcher Prozess erfordert jedoch Zeit; er muss eine natürliche Entwicklung nehmen, und Aufgabe der Gesetzgebung kann es nur sein, das Gewordene zu kodifi- zieren und so dem Tatsächlichen den Stempel des Rechtes, das ist des Schutzes vor gewaltsamen Eingriffen aufzudrücken.

In diesem Prozess wird nun meiner Anschauung nach den Landtagen eine grosse Rolle zufallen. Es mag dies unökonomisch scheinen, die Frage zu zersplittern und den Kampf an siebenzehn Stellen, statt an einer, zu führen. Aber die Landtage sind nun einmal da und historische Gebilde lassen sich nicht durch Abstimmungen aus der Welt schaffen. Es wird grosser Geschehnisse bedürfen, ehe die Kronländer als Verwal- tungssprengel zerschlagen werden; wir müssen vielmehr gewärtigen, dass die Länder- verfassung, trotzdem sie unzeitgemäss und unpraktisch ist, länger bestehen wird als wir wünschen. Wir müssen daher Wege und Mittel suchen, um im Rahmen der Länder die Ordnung der nationalen Angelegenheiten anzubahnen, ja die Länder für diese Ordnung, die in letzter Linie die Länderverfassung zersetzen und beseitigen wird, zu benützen. Wir können dies um so leichter, als wir damit einen Prozess fördern, der schon be- gonnen hat; denn bisher haben nur Landtage die Nationen konstituiert, indem sie die Wähler nach ihrer nationalen Zugehörigkeit sonderten. In Mähren ist der nationale Kataster längst Gesetz, in der Bukowina wird er es jetzt. An die Einführung des nationalen Katasters wird man vielleicht auch in den zwei grössten Kronländern der Monarchie, in denen der nationale Streit die Tätigkeit der Landtage lahmlegt, in Böhmen und Galizien, schreiten, da nur auf diese Weise die von der Majorität geforderte Ein- heit der Landesverwaltung mit dem Verlangen der Minorität nach verhältnismässigem Schutze ihrer nationalkulturellen und sozialen Entwicklung verbunden werden kann. Nicht immer und nicht überall wird der nationale Kataster diesen Zweck erreichen, aber er kann es unter gewissen Voraussetzungen. Diese zu schaffen, ist unsere Aufgabe und es gilt nun zu untersuchen, welche es sind.

\* \* \*

Der nationale Kataster, wie er in Mähren und der Bukowina besteht, dient einzig und allein Wahlzwecken. Er sondert die Wähler nach Nationen und sichert ihnen so

einen gesetzlich festgelegten Anteil an der Landesgesetzgebung und Landesverwaltung. Diese Sonderung ist nun gewiss die erste Voraussetzung für den nationalen Frieden, aber sie ist noch nicht der Frieden selbst. Der nationale Kataster, beschränkt auf die Wahl, schaltet den nationalen Streit nicht einmal während der Wahl aus. Der Kandidat, der sich zum Beispiel den deutschen Wählern in Mähren vorstellt, wird nicht etwa betonen, man müsse das deutsche Volk stärken und grösser machen, damit es kulturell und sozial die Tschechen übertreffe, weil es gar nicht von den deutschen Abgeordneten allein abhängt, ob man noch einige deutsche Schulen baut. Im gemeinsamen Landtag haben die Tschechen ein sehr gewichtiges Wort auch bei der Erbauung deutscher Schulen mitzureden. Kann also der deutsche Kandidat seinen Wählern nicht zusichern, dass er ihnen eine deutsche Schule verschaffen werde — eines kann er versprechen, dass er die Tschechen hindern werde, eine tschechische Schule zu bauen. Das Hauptgewicht wird naturgemäss darauf gelegt werden, der sei der beste Abgeordnete, der den bösen Tschechen im gemeinsamen Landtag am energischsten entgegentreten werde. Schon hier sieht man, woran der nationale Kataster krankt, daran, dass er bloss zu Wahlzwecken dient, dass er die Wähler bloss für den Augenblick der Wahl sondert, aber die gesamte Verwaltung und Gesetzgebung einheitlich bestehen lässt. Um bei unserem Beispiel zu bleiben: Der vor der Wahl deutscher Kandidat war, ist nach der Wahl mährischer Landtagsabgeordneter. Da er aber daran denken muss, dass bald wieder Wahlen stattfinden werden, bei denen er als deutscher Kandidat wird auftreten müssen, ist er bestrebt, auch im gemeinsamen Landtag vor allem sein Deutschtum zu — demonstrieren. Er wird dies in dreifacher Weise tun können. Vor allem wird er bestrebt sein müssen, für die Befriedigung der kulturellen und sozialen Bedürfnisse seiner Nation zu sorgen. Es wird also der deutsche Abgeordnete bemüht sein, die deutschen Schulen zu vermehren und zu verbessern, aber auch Spitäler zu schaffen. Selbstverständlich werden diese Spitäler deswegen nicht „deutsche“ sein, aber tatsächlich werden sie, weil im deutschen Territorium gelegen, hauptsächlich Deutschen zustatten kommen. Nun baut man aber Schulen und Spitäler nicht jeden Tag, auch sind nicht alle Abgeordneten für den Bau von Schulen und Spitälern sehr eingenommen, also muss sich ihr Deutschtum oder das, was sie dafür ausgeben, anderswo betätigen, wo es billiger und lärmender ist. Es gibt da zwei Möglichkeiten: erstens die tschechischen Anträge niederstimmen, ganz ohne Rücksicht darauf, was sie enthalten, einfach weil sie „tschechisch“ sind; zweitens selbst Kleinigkeiten aufbauschen, bald eine Aufschrift, bald eine Kanzlistenstelle und so fort. Es macht zwar nichts, wenn am deutschen Theater Pariser Ehebrüche und Budapester Zoten die Pflege der nationalen Kultur darstellen, aber dreimal wehe, wenn ein tschechischer Geiger bei der „Lustigen Witwe“ mitwirkt. Dasselbe gilt natürlich auch für den tschechischen Abgeordneten.

Ist es nun auch richtig, dass diese Ausschreitungen des Chauvinismus auch ohne nationalen Kataster vorhanden sind, so steht doch jedenfalls fest, dass der nationale Kataster an und für sich nicht geeignet ist, den nationalen Krakeel aus der Welt zu schaffen, ja er bietet sogar einen Anreiz, in rein territoriale Fragen den Krakeel hineinzutragen. Aber dies gilt alles nur für den nationalen Kataster, der nur zu Wahlzwecken geschaffen ist und keine Gelegenheit bietet, auch nach der Wahl irgendwo gesetzlich zu dokumentieren, welcher Nation man angehört. Der nationale Kataster ist nicht etwa abzulehnen, sondern auszugestalten. Ich denke mir den Weg also: In jedem national gemischten Kronland werden die Abgeordneten nach Nationen gesondert gewählt, wobei natürlich verschwindende Minderheiten unberücksichtigt bleiben. Die Aufgabe des Katasters erschöpfe sich jedoch nicht in der Wahl, vielmehr bilden die Abgeordneten jeder Nation, auch im Landtag, eine gesonderte Einheit, innerhalb der sich natürlich wirtschaftliche Gegensätze geltend machen. Diese nationalen Kurien haben jedoch nicht bloss, wie es vielfach vorgeschlagen wird, das Recht des Einspruches in gewissen Fragen, denn der Einspruch vermag wohl zu hemmen und zu zerstören, jedoch nicht aufzubauen. Der Kurie stehe vielmehr das Recht zu, die kulturellen Angelegenheiten ihrer Nation autonom zu regeln. Um jedoch Beschlüsse in Taten umzusetzen, bedarf es des Geldes. So werden die Kurien gedrängt, entweder die Landeseinnahmen nach einem festen Schlüssel, der unter Berücksichtigung der Kopfbzahl und der wirtschaftlichen Stufe

gefunden wird, aufzuteilen oder aber — und dies wird einmal geschehen — eigene Steuern für die nationalkulturellen Zwecke einzuheben. Es wird dann wohl nicht lange dauern, bis die Abgeordneten derselben Nation in verschiedenen Landtagen zuerst ganz unverbindlich zu gemeinsamen Beratungen zusammenkommen werden. Dass gar bald ein Teil der nationalen Steuern eines wirtschaftlich stärkeren Landes zur Förderung der kulturellen Bedürfnisse der Nationsgenossen eines ärmeren Landes gespendet werden wird, ist um so wahrscheinlicher, als privat heute in den Schutzvereinen ähnliches geschieht. Aus solchen unverbindlichen Beratungen und Spenden werden jedoch bald organische Gebilde, das nationale Parlament ist gegeben. Es ist dann nur mehr eine Frage kurzer Zeit, bis diese nationalen Parlamente dem Reichsrat die restlichen nationalkulturellen Angelegenheiten entziehen. Von da ab ist es nur mehr ein Schritt, bis die nationalen Parlamente auch die nationalwirtschaftlichen Angelegenheiten an sich ziehen; denn wer die Schulen hat, den trifft auch die Sorge für die Beschäftigung der absolvierten Schüler. Die Umwandlung Oesterreichs ist vollendet.

\* \* \*

Die Landtage? Sie werden sich in der neuen Zeit auch als Verwaltungssprengel nicht erhalten können. Ihres Inhaltes beraubt, werden sie allmählich verschwinden; möglicherweise noch einige Zeit ein Scheindasein führen, aber jedenfalls den Bund autonomer Nationen nicht lange überdauern.

Mag nun auch der so vorgezeichnete Weg, rein spekulativ betrachtet, unrationell erscheinen, wird er doch noch am ehesten zum Ziele führen, da er den historischen Bedingungen am meisten entspricht. Es mag unökonomisch erscheinen, den nationalen Kampf in eine Reihe von Scharmützeln aufzulösen, aber diese Methode verkürzt eher den Abschluss von Friedensverträgen. Der Komplex der nationalen Fragen, der im Landtag zur Debatte steht, ist weit geringer als der im Reichsrat. Auch sind gerade diese Fragen weniger umstritten als die im Reichsrat. Niemand wagt mehr ernstlich zu bestreiten, dass es jeder Nation zukommt, ihre kulturellen Angelegenheiten selbständig zu ordnen. Der Streit betrifft nur mehr die Aufteilung der Mittel und gewisse lokale Fragen, die bei einigem guten Willen leicht zu lösen sind. Im Reichsrat dagegen muss immer das ganze Problem aufgerollt werden mit dem ungleich schwerer zu lösenden Komplex nationalwirtschaftlicher Fragen. Was eine nationalkulturelle Frage ist, steht fest, aber was nationalwirtschaftlich, noch lange nicht. Die konsequente Behandlung dieses Gebietes bedeutet nichts anderes, als ein Nationalitätengesetz für den Kapitalismus schaffen, was natürlich ein Unsinn ist; denn warum sollte man einer Nation eine bestimmte Quote an den Eisenbahnbeamtenstellen sichern und nicht auch an den Eisenbahnarbeitern? Warum bei staatlichen Betrieben und nicht auch bei privaten? In diesen Dingen die richtige Mitte zu finden, ist unsere Zeit gewiss ungeeignet. Darum ist es besser, man löst zuerst die reifen Fragen und löst sie dort, wo sie, unbehindert von den anderen, gelöst werden können.

Diese Art der Lösung hat auch den Vorzug, dass auf die so verschiedene wirtschaftliche Entwicklungsstufe der Nationen Bedacht genommen wird. In einem Lande, in dem das Schulwesen aller Nationen gleich ausgebildet ist, ist die Frage der Zuweisung der Mittel ganz anders zu lösen als dort, wo die herrschende Nation nur ihr Schulwesen ausbildete, das der anderen Nation aber verkümmern liess.

Doch noch eine Voraussetzung ist für den Frieden nötig: — dass der Kampfgegenstand unverfälscht zum Vorschein komme. Der nationale Friede setzt voraus, dass an Stelle des nationalen Krakeels die nationale Frage trete. Damit dies geschehe, muss die Nation auch im Landtag zu Worte kommen, die Landtage müssen demokratisiert werden.

Darnach könnte man den Weg zum nationalen Frieden also zusammenfassen: Ausdehnung des Reichsratswahlrechtes auf die Landtage, Sonderung der Wähler nach nationalen Kurien, Ausstattung dieser Kurien mit dem Rechte, nationalkulturelle Angelegenheiten selbständig zu ordnen. Die weitere Entwicklung wird dann von selbst folgen und notwendig zur Umgestaltung Oesterreichs in einen Bund autonomer Nationen führen.

## Otto Bauer: Wachstumsschmerzen

Unseren Deutschnationalen ist unerhofftes Heil widerfahren. Ihr Sprüchlein, die deutschen Sozialdemokraten seien Volksverräter, während die tschechischen, polnischen, italienischen Genossen treu zu ihrem Volke stünden, hat, allzuoft wiederholt, nicht mehr recht gefallen. Da bricht plötzlich in Brünn unter den tschechischen Genossen ein heftiger Kampf um die Form der Gewerkschaftsorganisation aus. „Autonomisten“ und „Zentralisten“ liegen in Fehde. Flugs sind die Deutschnationalen zur Stelle und fangen eifrig jedes Wort auf, mit dem die Anhänger nationaler Gewerkschaften ihre Forderung begründen. Und ein fröhliches Bächlein setzt ihre alte Klappermühle wieder in Gang.

Das deutschnationale Sprüchlein wird dadurch natürlich nicht wahr. Wohl ist es richtig, dass wir deutschen Sozialdemokraten oft genug im Bunde mit unseren tschechischen Genossen gegen die deutsche Bürokratie und Bourgeoisie gekämpft haben — wir sind ja gerade jetzt, unter der Regierung Bienert, wieder in dieser Lage; richtig ist aber auch, dass ganz ebenso unsere tschechischen Genossen an unserer Seite gegen slawische Regierungen und slawische Parteien gekämpft haben — so unter Badeni, so jüngst erst gegen die Obstruktion der tschechischen Nationalsozialen und tschechischen Agrarier. Wenn wir von den Deutschnationalen des Volksverrates geziehen werden, weil wir die tschechischen Minderheiten gegen deutschen Chauvinismus verteidigt haben, so waren unsere tschechischen Genossen in derselben Lage, als sie sich bei den Stürmen nach dem Sturze Badenis für das Recht der deutschen Minderheiten einsetzten. Wenn die Deutschnationalen uns begehren, weil wir das Phantom der deutschen Staatsprache ein Phantom nennen, so greifen die Tschechnationalen unsere tschechischen Genossen nicht anders an, weil sie die Utopie des böhmischen Staatsrechtes eine Utopie nennen. „Volksverrat“ hüben und drüben — da besteht kein Unterschied!

Und dennoch steckt in der deutschnationalen Lüge ein Körnchen Wahrheit: wahr ist, dass der tschechische Arbeiter mit einer etwas anderen Grundstimmung als der deutsche die Lehren des Sozialismus aufnimmt. Der Deutsche ist sich bewusst, zu einem Volke zu gehören, das sich eines alten, reichen, weitverzweigten Kulturbesitzes erfreut; dieser Besitz ist der deutschen Nation so selbstverständlich wie dem reichen Erben die überkommenen Schätze. Die tschechische Nation war noch vor kurzem ein armes Volk schwer arbeitender unwissender Menschen; in schnellem Aufstieg, in harter Mühe, in schwerem Kampf haben erst die letzten Generationen den grössten Teil dessen errungen, was die Nation besitzt; dieser Besitz ist ihnen so kostbar, ein Gegenstand so heisser Liebe, wie dem, der selber ein Vermögen erworben, das errungene Gut ist. Der Deutsche weiss, dass Geschichte und Gesittung seiner Nation in dem gemeinsamen Kulturbesitz aller Nationen einen breiten Raum einnehmen; er kann seine Nation nicht höher schätzen, als wenn er sie darnach misst, was sie der Welt bedeutet. Das tschechische Volk erscheint klein und arm inmitten der Völker; will es sich nicht verlieren, kann es nur in seiner Eigenart, seiner Besonderheit seine Würde finden. So ist der Deutsche überhaupt weltbürgerlichem Denken und Fühlen empfänglicher als der Tscheche. Und was von den beiden Völkern überhaupt gilt, gilt in erhöhtem Masse von ihren Arbeitern. Der tschechische Arbeiter hat die Deutschen so oft als Träger kapitalistischer Ausbeutung und als Organe der staatlichen Unterdrückungsmaschine kennen gelernt, dass sein sozialer Hass sehr oft der nationalen Färbung nicht entbehrt. Der deutsche Arbeiter findet fast überall deutsche Schulen für seine Kinder; dem tschechischen Arbeiter wird nicht nur erlaubt, seine Kinder in deutsche Schulen zu schicken, er wird an vielen Orten dazu gezwungen; das reizt sein nationales Selbstgefühl! Darum ist es wohl verständlich, dass die nationalistische Ideologie zu den tschechischen Arbeitern leichter dringt als zu den deutschen. Darauf mag es auch zurückzuführen sein, dass die tschechischen Nationalsozialen auf die Arbeiterschaft eine immerhin etwas grössere Anziehungskraft ausgeübt haben als die verschiedenen deutschnationalen „Arbeiterparteien“.

Dieser Ideologie wirkt nun bei den Tschechen so gut wie bei uns die sozialistische Propaganda entgegen. Aber es darf nicht übersehen werden, dass auch hier

wieder unsere tschechischen Genossen weit grössere Schwierigkeiten zu überwinden haben als wir. Uns steht die reiche deutsche Parteiliteratur zur Verfügung; unsere tschechischen Genossen dagegen müssen sich ihre Parteiliteratur selbst schaffen, was für eine proletarische Partei, deren Wirkungskreis eine kleine Nation ist, natürlich sehr grosse finanzielle Schwierigkeiten bietet. Die Dürftigkeit der tschechischen Parteiliteratur erschwert natürlich das Eindringen des wissenschaftlichen Sozialismus in die organisierten Massen. Zu den deutschen Arbeitern dringt der Marxismus, sei es noch so verdünnt, durch Tausende Kanäle, durch Zeitungs- und Flugblätter, Versamlungsreden und Vorträge; dem tschechischen Schriftsteller und Redner stehen, wenn er der deutschen Sprache nicht mächtig ist, weit weniger Bildungsmittel zur Verfügung und dies erschwert zweifellos die Bildungsarbeit unserer tschechischen Genossen. So gross ihr Eifer, so rühmlich ihre Opferwilligkeit ist, waren sie bisher doch nicht imstande, diese Schwierigkeit vollständig zu beheben. Auch diese Tatsache beeinflusst das Verhältnis der tschechischen Arbeiter zu den nationalen Problemen. Der wissenschaftliche Sozialismus, der uns am wirksamsten aus dem allzu engen Gehege unseres armseligen Oesterreichertums hinaushebt und in die Weite der europäischen Klassenkämpfe führt, ist in der tschechischen Partei weniger tief gedrungen als bei uns; und wenn man im Munde tschechischer Sozialdemokraten immer wieder die Kategorien des vulgär-demokratischen Naturrechtes findet, möchte man oft wünschen, jeder dieser Genossen könnte Marx' „Judenfrage“, seine „Revolution und Konterrevolution“, seine Abhandlungen über den Krimkrieg oder Engels' Aufsätze aus dem Jahre 1848 lesen. Ich gestehe: im Verkehr mit tschechischen Genossen habe ich die internationale Intransigenz der polnischen S. D. in Russisch-Polen schätzen gelernt; es ist ein erwägenswertes Problem, ob es unter österreichischen Verhältnissen nicht weniger gefährlich wäre, den internationalen Charakter unserer Bewegung allzu schroff auszudrücken, als durch die an sich völlig gerechtfertigte Hervorhebung ihres nationalen Gehaltes nationalistischen Ideologien den Weg in unser Lager zu bahnen.

So ist es durchaus erklärlich, dass die Ueberwindung nationaler Vorurteile innerhalb der tschechischen Arbeiterschaft zuweilen grösseren Schwierigkeiten begegnet als innerhalb des deutschen Proletariats — wenn die Deutschnationalen dies beklagen, so klagen sie an, was doch nur die Wirkung dessen ist, dass die deutsche Nation die ältere und reichere Kultur, den älteren und reicheren Besitzstand im Staate und in der Volkswirtschaft hat. In einer Zeit, in der unter dem Eindrucke des Wahlrechtskampfes breite, noch ungeschulte Massen unserer tschechischen Bruderpartei zugeströmt sind, musste der Prozess der allmählichen Assimilierung dieser Massen, der allmählichen Ueberwindung ererbter Vorurteile wieder schmerzhaft fühlbar werden. Solche Erscheinungen sind vielleicht unvermeidlich: auch Parteien sind Organismen, die in Schmerzen werden und wachsen.

Im politischen Leben haben sich in jüngster Zeit Gegensätze zwischen deutschen und tschechischen Genossen nur an wenigen Orten gezeigt. Insbesondere der Verband im Abgeordnetenhaus arbeitet fast reibungslos — man hat vor kurzem wieder bei einer ganz bedeutungslosen Resolution, die zu bejahen und zu verneinen gleich gute Gründe angeführt werden konnten, den nationalen Gruppen die Freiheit der Abstimmung gelassen, im übrigen aber hat der Verband gewiss mit geringeren inneren Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt als die reichsdeutsche, die französische, die italienische Fraktion. Desto grössere Schwierigkeiten haben sich in den Gewerkschaften gezeigt. Seitdem eine Gruppe tschechischer Genossen aus dem Metallarbeiterverband ausgetreten ist und einen tschechischen Konkurrenzverband gegründet hat, wurden die Kämpfe um die Form der Gewerkschaftsorganisation — internationale Reichsverbände oder internationale Föderation autonomer nationaler Verbände — mit verstärkter Leidenschaft geführt. War der Schauplatz des Kampfes vordem hauptsächlich Böhmen, so wurde er nun nach Mähren übertragen. Insbesondere in Brünn werden in diesem Kampfe Mittel angewendet, wie sie unter Parteigenossen seit Hainfeld nicht mehr gebraucht worden sind. Es handelt sich hier nicht etwa um einen Kampf zwischen Deutschen und Tschechen, sondern um einen Kampf innerhalb der tschechischen Arbeiterschaft, in dem die tschechischen Anhänger der internationalen Zentralverbände und die tschechischen Anhänger nationaler



Sonderorganisationen einander gegenüberstehen. Die deutsche Sozialdemokratie steht vollständig abseits; sie greift in den Kampf nicht ein. Die internationalen Zentralverbände, denen Arbeiter aller Nationen angehören, unterstützen selbstverständlich ihre Anhänger unter den Tschechen.

Aber ist dieser Konflikt auch nicht ein Kampf zwischen Deutschen und Tschechen, so ist er doch nur darum möglich, weil der Prozess der Loslösung aus überlieferten nationalen Vorurteilen bei einem Teile der tschechischen Arbeiterschaft noch nicht weit genug fortgeschritten ist. Wohl sagen die tschechischen Separatisten, dass auch sie den deutschen Genossen eng verbunden bleiben wollen; eine internationale Föderation, internationale Gegenseitigkeitsverträge sollen die nationalen Verbände des gleichen Berufes oder der gleichen Industriegruppe miteinander verbinden. Indessen ist dies eine internationale Verbindung, wie sie selbst die von nationalen Parteien geleiteten landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Standesorganisationen der vom Chauvinismus am schwersten heimgesuchten freien Berufe nicht verschmähen; bedeutet proletarischer Internationalismus nicht mehr? Wenn Karl Kautsky in seiner Abhandlung „Nationalität und Internationalität“ meint, die von Renner vorgeschlagene Doppelorganisation — nach Wirtschaftsgebieten für wirtschaftliche und technische, nach Nationen für sprachlich-kulturelle Zwecke — werde einst die Gliederung des ganzen Erdteiles sein, so kann es uns nicht gleichgültig sein, sehen zu müssen, dass ein Teil der tschechischen Genossen diese Doppelorganisation noch nicht einmal innerhalb des Rahmens der Arbeiterbewegung zu ertragen vermag. Und mit welchen Opfern werden die neuen Organisationsformen erkauft! Die alten, mit Sorgen und Mühen geschaffenen Organisationen werden zerrissen, der Kampf schwächt die Werbekraft aller unserer Organisationen — der zentralen ebenso wie der separatistischen — unter den indifferenten Massen, er lähmt alle Arbeitsfreude, er erschüttert das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder. Mit geschwächter Kraft wird die Arbeiterschaft in die nahende Periode der Hochkonjunktur eintreten, mit dem Verzicht auf manche Lohnerhöhung, manche Verkürzung der Arbeitszeit, die sonst hätten errungen werden können, die Kriegskosten bezahlen! All das wegen nationaler Formen der Organisation! Wahrhaftig, die bürgerlichen Nationalisten haben Grund, sich zu freuen; die Unternehmer werden ja die Früchte dieses Bruderkampfes genießen!

Das Schlimmste aber ist die Verwüstung, die dieser Kampf im Bewusstsein der Massen anrichten muss. Einzelne Zentralisten lassen sich zuweilen zu dem Gedanken provozieren, die Partei und ihre Institutionen von aussen zu bekämpfen, statt innerhalb derselben den Kampf zu führen. Noch viel gefährlicher aber sind die Waffen eines Teiles der Separatisten. „Die tschechische Arbeiterschaft braucht nicht die deutsche Kuratel!“ „Wir wollen frei sein vom Wiener Kommando!“ „Wir wollen nicht unser Geld den Deutschen zur Verwaltung übergeben.“ „Mähren für die Mäher!“ Mit solchen Argumenten wird die Notwendigkeit der separatistischen Organisationen begründet. Die nationale Empfindlichkeit wird aufgestachelt, an das nationale Vorurteil wird appelliert, das nationale Misstrauen wird gestärkt. Solche Kampfmittel sind noch viel verderblicher als das Kampfziel selbst.

Jeder Sozialdemokrat muss es für eine seiner wichtigsten Aufgaben ansehen, den nationalen Vorurteilen der Masse entgegenzuwirken. So haben wir in den letzten Jahren uns oft bemüht, die Vorurteile deutscher Genossen gegen die Tschechen zu bekämpfen, die tschechischen Forderungen der deutschen Öffentlichkeit verständlich zu machen, die Eigenart der tschechischen Politik aus dem eigenartigen Entwicklungsgang der tschechischen Nation zu erklären. Wir haben unsere deutschen Genossen immer wieder vor der Versuchung jenes falschen Internationalismus gewarnt, der alle nationalen Forderungen ablehnt, als einer leicht zu durchschauenden Maske, hinter der sich nur der Nationalismus der Satten verbirgt. Aehnliche Aufgaben haben natürlich auch die Genossen anderer Nationalität zu erfüllen. Insbesondere die tschechische Sektion der proletarischen Internationale verrichtet ein Werk der Kultur, wenn sie die Vorurteile gegen das Deutschtum bekämpft, die aus geschichtlich wohl verständlichen Gründen in den tschechischen Volksmassen so lebendig sind. Nur die tschechische Sozialdemokratie kann den tschechischen Arbeiter die Grösse deutscher Wissenschaft und Kunst, das grosse Beispiel der deutschen Arbeiterbewegung schätzen lehren, damit er im Deutschen nicht nur den Ausbeuter und

den Büttel des Klassenstaates sehe. Jeder tschechische Sozialdemokrat müsste in der Polemik gegen deutsche Genossen doppelt vorsichtig sein, damit sein Wort nicht das Misstrauen, das Vorurteil gegen die Deutschen überhaupt nähre. Wir wissen sehr wohl, dass viele tschechische Genossen diese Pflichten unter den schwierigsten Umständen musterhaft erfüllt haben. Aber es ist leider unleugbar, dass in jüngster Zeit einigen Genossen die Form der Gewerkschaftsorganisation so wichtig erscheint, dass sie im Kampfe um sie der Pflicht vergessen, die Entwicklung der Masse zu internationalem Denken zu fördern.

Das sind nun freilich höchst unerfreuliche Erscheinungen. Aber wer die Geschichte des internationalen Befreiungskampfes der Arbeiterklasse kennt, dessen Einheit innerhalb jeder Nation immer wieder in schmerzvollem Werdegang aus dem Kampfe entgegengesetzter Tendenzen hervorgehen musste und muss, wer da weiss, wie Deutsche, Franzosen, Briten, Holländer, Italiener, Russen und Polen weit schwerere innere Kämpfe überstehen mussten und überstanden haben, der wird auch den Brünner Konflikt und seine Folgeerscheinungen mit dem Gleichmut des historisch Gebildeten betrachten. Die Hunderttausende, die erst die Stürme der letzten Jahre zu uns geführt, sind eben noch lange nicht völlig von kleinbürgerlicher Denkweise befreit, — in schweren inneren Kämpfen mit wechselvollem Ausgang muss sich die Masse erst allmählich aus der Enge erbter Vorurteile heraus auf die Höhe des europäischen Sozialismus hinaufarbeiten. Das ist gewiss ein schmerzvoller Prozess. Aber es sind Schmerzen, die unser Wachstum bezeugen.

Der Ausgang dieses Prozesses aber kann nicht zweifelhaft sein. Der Vorrang der gemeinsamen Klasseninteressen über die besonderen nationalen Bedürfnisse und die Notwendigkeit, gemeinsame Klassenorganisationen in den Dienst der gemeinsamen Klasseninteressen zu stellen, erfließen aus dem Bedürfnisse der Arbeiterklasse selbst, einem Bedürfnis, das desto stärker empfunden werden muss, je mehr die Konzentration des Kapitals fortschreitet, je stärker die Kartelle und die Arbeitgeberverbände werden, je mehr alle Nationen von dem Industrialisierungsprozess ergriffen werden. Vergebens spreizt sich kleinbürgerliches Vorurteil gegen die eherne Gewalt wirtschaftlicher Notwendigkeit. Auch die Arbeiter Oesterreichs werden zweckmässige Formen einer internationalen Klassenorganisation zu finden wissen. Diese Organisation kann gewiss nicht ein blosses Abbild der Organisationen national einheitlicher Wirtschaftsgebiete sein. Wir müssen gewiss innerhalb des gemeinsamen Rahmens den Arbeitern jeder Nation eine Sphäre der Selbstbestimmung gewähren, die so breit sein soll, als es eben der Zweck der gemeinsamen Organisation gestattet; wir werden auch im Aufbau wirtschaftlicher Organisationen in noch höherem Masse, als dies bisher geschehen ist, der Tatsache Rechnung tragen müssen, dass kleinen Nationen so manche nationale Form, so manches nationale Symbol wichtig sind, auf die grosse Nationen im Bewusstsein ihrer Kraft verzichten können; aber nach aussen, zum Kampfe gegen das Unternehmertum können die Proletarier aller Nationen nur ein Heer bilden, von einem Feldherrn geführt, von einem Feldlager aus gespeist und mit Munition versorgt. Wer die Gesetze am Werke sieht, die das Wirtschaftsleben der ganzen Kulturwelt beherrschen, dem kann der Bruderkrieg in den paar böhmischen und mährischen Landstädtchen als nicht mehr denn als eine Episode erscheinen, die sehr unerfreulich ist und sehr unerwünschte Wirkungen hervorrufen kann, aber, vom Standpunkt des europäischen Sozialismus aus gesehen, doch nicht mehr ist als der Irrtum eines Augenblicks. Und wenn die Gegner uns schmähen, weil wir allein noch „gute Europäer“, die anderen bloss noch national gesinnte Tschechen seien, so tragen wir den Vorwurf stolz und frohen Mutes: nicht zum Irrtum der anderen hinabzusinken, sondern die irrenden Brüder zu uns emporzuziehen, ist unsere Bestimmung.

## Rudolf Hilferding:      **Der Wahlrechtskampf in Preussen**

Sucht man nach einer Analogie des augenblicklichen Standes der preussischen Wahlrechtsfrage, so muss man an jene Phase der österreichischen Politik denken, die dem Sturze Taaffes folgte. Wie Taaffe, so hatte auch Fürst Bülow in einer Zeit die Notwendigkeit einer Wahlreform eingesehen, in der die Agitation der Sozialdemokratie für das gleiche Wahlrecht, die allein als vorwärtstreibende Kraft zunächst in Betracht kam — in Preussen noch weit mehr als in Oesterreich —, erst verhältnismässig kurze Zeit gedauert und noch lange nicht ihre volle Kraft entfaltet hatte. Freilich war Taaffe in doppelter Hinsicht weit über Bülow hinausgegangen. Denn einmal brachte der österreichische Minister ein fertiges Gesetz ein, während der preussische sich mit der Ankündigung in der Thronrede begnügte; dann aber enthielt der österreichische Entwurf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht fast in voller Verwirklichung, da die Beibehaltung der Handelskammer- und Grossgrundbesitzerkurie mehr als ein bald zu beseitigender Schönheitsfehler, denn als Negierung des gleichen Rechtes erscheinen konnte. Dagegen sprach die preussische Thronrede von der „organischen Fortentwicklung“ des geltenden Dreiklassenwahlrechtes, eine Phrase, die — so auslegungsfähig sie sein mag — jedenfalls nicht das gleiche Recht meinen konnte. Und Bülow selbst hatte sogar erklärt, dass nicht einmal die geheime Wahl in Aussicht gestellt werden könne.

Aber so unbestimmt und ungenügend das Versprechen war, es hatte doch die grosse politische Bedeutung, dass es der jungen Wahlrechtsbewegung immerhin die Aussicht auf Erfolg versprach und daher die Zuversicht der Wahlrechtskämpfer, damit aber die Energie und den Elan der Agitation steigern musste. Zugleich war es offenbar, dass die Regierung selbst von der Notwendigkeit einer Wahlreform — mochte diese noch so sehr von den Forderungen der Sozialdemokratie entfernt sein — überzeugt war. Die Regierung war damit in Gegensatz geraten zu dem mit grösstem Nachdruck verfochtenen Grundsatz der herrschenden konservativen Partei, die in dem bestehenden Dreiklassenwahlrecht die Grundlage ihrer Macht erblickt, an der unter keinen Umständen gerüttelt werden dürfe.

An diesem Gegensatz ist Fürst Bülow gescheitert, dem die deutsche Sozialdemokratie nicht minder feindlich gegenüberstand als dem Grafen Taaffe die österreichische. Die bedrohten Konservativen schlossen mit dem durch die Blockpolitik im Reiche ausgeschalteten Zentrum eine Koalition zur Verhinderung der Wahlreform, wie sie seinerzeit Graf Hohenwart und Ernst v. Plener abgeschlossen haben. Sie benützten die Finanzreform, um den Reichskanzler zu stürzen, da sie nur so den preussischen Ministerpräsidenten los werden konnten.

Fragt man aber, warum Fürst Bülow sich auf den gefährvollen Weg der Wahlreform begeben hatte, so folgt die Antwort aus der Betrachtung der allgemeinen Politik des Kanzlers. Bülows Politik war eine Politik des deutschen Imperialismus. Sie suchte alle Parteien in den Dienst der Weltpolitik des modernen Kapitalismus zu stellen und jeden Widerstand gegen diese Tendenzen rücksichtslos zu zerbrechen. Es war eine Politik der Unruhe in der auswärtigen Politik, der energischen Vorbereitung zu künftigen kriegerischen Entscheidungen. In ihrem Mittelpunkt stand die Kolonialpolitik und die rasche Ausgestaltung der Flottenrüstung. Vervollständigt wurde dieses System durch die Verstärkung der schutzzöllnerischen Richtung in der Handelspolitik, die das agrarische Interesse an hohen Getreide- und Viehzöllen vereinte mit dem Interesse der kartellierten Grossindustrien an hohen Industriezöllen, die ihnen die Monopolisierung des inneren Marktes und die Gewährung hoher Ausfuhrprämien zur Erleichterung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt gewährleistete. Während aber Bülow in der Handelspolitik neben der Unterstützung der Konservativen und Nationalliberalen die des Zentrums fand, in dem die Interessen der rheinischen und schlesischen Kohlen- und Eisenmagnaten mit den agrarischen stets verbunden waren, entsprach diese Partei den Forderungen Bülows bei der

Durchführung der anderen Punkte des imperialistischen Programms nur in sehr ungenügender Weise. Die ausserordentlichen finanziellen Lasten der Kolonial- und Flottenpolitik mussten beim Zentrum, das auf die starken kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Interessen in seinen Reihen Rücksicht zu nehmen gezwungen ist, immer stärkeren Widerstand gegen die Politik des Kanzlers wecken. Dazu kam, dass das Zentrum die Steuerforderungen des Reiches nur zögernd und unvollständig erfüllte. War es doch von jeher die Politik des Zentrums, dafür zu sorgen, dass die finanziellen Bedürfnisse des Reiches nur für eine verhältnismässig kurze Zeit befriedigt werden. Denn das Steuerbewilligungsrecht ist das einzig wertvolle Recht des sonst so machtlosen Deutschen Reichstags, und das Zentrum sorgte von jeher dafür, möglichst oft die Regierung in die Lage zu bringen, auf erneute Steuerbewilligung angewiesen zu sein. War doch jede Steuerverlegenheit der Regierung die Gelegenheit für das Zentrum, dessen Zustimmung fast stets unumgänglich war, von der Regierung auf anderem Gebiet Zugeständnisse zu erhalten und so seine politische Macht zu befestigen. Um diese „Nebenregierung“ des Zentrums zu beseitigen, die Macht der Regierung zu stärken, den einzig wirksamen Widerstand gegen die imperialistische Politik zu brechen, entschloss sich Fürst Bülow, als seine Bedrängnisse seiner Stellung gefährlich zu werden drohten, zu dem Experiment der Blockpolitik. Die Reichstagswahlen von 1907 brachten insofern Erfolg, als sich Fürst Bülow im Reichstag auf eine Majorität von Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen stützen konnte, der das Zentrum nicht angehörte. Dagegen war es nicht gelungen, das Zentrum zu schwächen, während die Verringerung der sozialdemokratischen Mandate auch eine zweite, dem Kanzler feindliche Majoritätsbildung aus Konservativen und Zentrum möglich machte. Schloss dies bereits eine latente Gefahr in sich, so war es für den Fürsten Bülow als preussischen Ministerpräsidenten noch prekärer, dass er im preussischen Abgeordnetenhaus einer Majorität von Zentrum und Konservativen gegenüberstand, die trotz aller Vorgänge in der Reichspolitik fest zusammenhielt und zusammenarbeitete. Der Erfolg im Reich war so durch einen immer drohenden Misserfolg in Preussen ständig gefährdet und dass das Zentrum über kurz oder lang die Stärke seiner Position im Dreiklassenparlament zur Geltung bringen werde, daran war keinen Moment lang zu zweifeln.

Aus dieser Situation entsprang das Interesse Bülows an einer Wahlreform in Preussen. Sie war das zwingende Ergebnis seiner Blockpolitik im Reiche und ihr Zweck musste sein, auch in Preussen eine ähnliche politische Konstellation zu schaffen wie im Reiche. Bülow hatte keine Wahl; wollte er vermeiden, in Preussen gestürzt zu werden, so musste er auch hier das Zentrum aus der herrschenden Stellung verdrängen.

Hatten aber die Konservativen schon im Reiche eine Politik nur ungern mitgemacht, die sie an die Seite der Liberalen brachte, so mussten sie erst recht in der preussischen Politik Bülows eine Gefahr für ihre beherrschende Stellung erblicken. Die Blockpolitik war für sie nur akzeptabel, weil die Stärkeverhältnisse der Parteien im Reichstag ihnen stets die Rückkehr zum Zentrum offenhielt und das Spiel mit den beiden Majoritäten — der konservativ-liberalen und der konservativ-klerikalen — ihnen die ausschlaggebende Stellung gewährleistete. Eine preussische Wahlreform aber, die das Zentrum schwächte, die Nationalliberalen vor allem und vielleicht auch noch in bescheidenerem Umfang die Freisinnigen stärkte, war nicht möglich ohne Verluste der Konservativen. Auf ihrer herrschenden Stellung im Landtag — ihnen fehlt kaum ein Dutzend Stimmen zur absoluten Majorität — ruht aber die Macht der Konservativen. Denn durch sie sichern sie sich alle wichtigen Stellen der Verwaltung und beherrschen sowohl durch den parlamentarischen als durch den Verwaltungseinfluss die preussische Regierung so vollständig, wie keine zweite Partei der Welt eine Regierung und ein Land beherrscht. Denn auch die Macht der Majoritätspartei in den Vereinigten Staaten, die nicht nur die Minister, sondern auch die politische Beamenschaft stellt, lässt sich nicht mit der Stellung der preussischen Konservativen vergleichen. Einen Wechsel des Wahlglücks haben sie nicht zu befürchten, denn das Wahlsystem sorgt dafür, dass sie in fast stets gleicher Stärke wiederkehren müssen. Ihr Einfluss ist daher ein dauernder, unzerstörbarer. Die Verwaltung, die Minister sind stets konservativ; dass sie nicht als Parteimänner, sondern als Beamte, als Diener des Königs, nicht als Organe des Parlaments auftreten, stärkt ihre Autorität und damit nur die Macht der konservativen Partei, die unmittelbar als

Staatsmacht imponiert und als solche auftritt und wirkt. Die preussische Staatsmacht aber bestimmt die Politik des Reiches fast ohne Einschränkung. Die Stärke der preussischen Konservativen ist die Schwäche des Reiches, bedeutet vor allem die Ohnmacht seiner Vertretung, des Reichstags des gleichen Wahlrechts. Ist so die Ueberwindung der Herrschaft der Konservativen im preussischen Landtag eine unumgängliche Bedingung jedes politischen Fortschritts im Reiche, so ist für die Konservativen jede Antastung des Wahlsystems, auf dem ihre Macht beruht, die Kriegserklärung, die nur mit der eigenen oder der Vernichtung des Gegners enden kann. Und die Konservativen haben keinen Moment gezögert, dem Fürsten Bülow bei der ersten Gelegenheit zu zeigen, dass sie die Stärkeren sind.

Wie nach Taaffes Sturz die Koalitionsregierung Windischgrätz-Plener nur die eine Aufgabe hatte, die schlimme Erbschaft — *cum beneficio inventarii* natürlich — zu liquidieren, so hat Herr v. Bethmann-Hollweg für Preussen-Deutschland dieselbe Aufgabe zu leisten. Verkörperte Bülow alle volksfeindlichen Tendenzen, die der Hochkapitalismus in sich birgt, war er der Vertreter der modernen, nationalliberalen Reaktion, so geht Herr v. Bethmann als Vertreter der konservativ-klerikalen-agrarischen Reaktion einige Schritte zurück. Den preussischen Junkern war das imperialistische Interesse gegenüber ihrem Herrschaftsinteresse in Deutschland selbst natürlich stets ein sekundäres. Sind sie als diejenigen, die alle wichtigen Stellen in der Diplomatie, im Heere und der Marine, in der Kolonialverwaltung stellen, auch zu Freunden der Weltpolitik geworden, so sind sie sich doch stets dessen bewusst, dass sie ihren Anteil nur so lange sicher innehaben, als sie eben die Herren Deutschlands sind. Bülows Politik lehrte sie die Gefahren erkennen, die eine moderne kapitalistische Politik für die Junkerkaste in sich schliessen kann. Es ist selbstverständlich, dass ihre dringendste Sorge einer Abkehr von dieser Politik gilt, soweit eine solche in einem Lande mit der fortgeschrittenen kapitalistischen Entwicklung Deutschlands überhaupt möglich ist.

Es ist daher bezeichnend, dass der Wandel der deutschen Politik nicht nur im Innern, sondern auch nach aussen zutage tritt. Die ständige Unruhe, die die Aera Bülow auszeichnete, ist geschwunden. Die deutsche Politik dünkt den auswärtigen Mächten heute weniger beunruhigend, weniger abenteuerlich, weniger unzuverlässig als jemals während der Regierung Bülows. Der Bureaukrat, der jetzt als Kanzler fungiert, gilt eben weit weniger als Vertreter einer imperialistischen Politik als sein Vorgänger.

Und in der Tat hat der Reichskanzler der konservativ-klerikalen Koalition auch andere Aufgaben. Er soll vor allem in die innere Politik wieder Ruhe und die Bewegung zum Stillstand bringen, die sein Vorgänger mit angefacht hat, indem er so rasch vor ihr kapitulierte hat.

Es liegt aber im Wesen jeder solchen Liquidationspolitik, dass sie das Gegenteil ihrer Bestrebungen erzielt. Herr v. Bethmann ist berufen, die bürgerlichen Parteien zu versöhnen, der Sozialdemokratie und ihrer Wahlrechtsbewegung Stillstand zu gebieten, das Dreiklassenhaus zu konservieren. Mit grosser Gewissenhaftigkeit hat er sich in den Dienst seiner konservativ-klerikalen Auftraggeber gestellt. Das Resultat ist eine Verstärkung der Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien, eine ausserordentliche Förderung der Sozialdemokratie und die Verwandlung der Wahlrechtsbewegung aus einer isolierten sozialdemokratischen Parteiangelegenheit in eine Volksbewegung, deren Kern natürlich die Arbeiterklasse bildet, deren Führung unbestritten die Sozialdemokratie innehat, die aber doch über die Kreise der Partei hinaus immer neue Schichten in ihren Vormarsch einbezieht.

Solche Verkehrung der beabsichtigten Wirkung ist aber kein Zufall. Die frühere Regierung hat die Berechtigung des Ziels der Bewegung ausdrücklich anerkannt; die Siegeszuversicht, das Vertrauen in die eigene Sache ist dadurch mächtig gestärkt worden; da kommt eine neue Regierung, schon von vorherin mit dem Misstrauen empfangen, zum Widerstand gegen eine berechtigte und anerkannte Forderung berufen zu sein; völlig kann sie die Verpflichtung ihrer Vorgänger nicht abwälzen, da dies bereits als zu gefährlich erscheint; nun kommt es zu dem Versuch, das Versprechen formell einzulösen, ohne es materiell zu erfüllen. Die Hinterhältigkeit und Hinterlist, das Betrügerische solchen Vorgehens weckt die grösste Entrüstung und Erbitterung. Die neue Regierung,

die selbst hinter das bescheidene Zugeständnis der früheren zurückgeht, erscheint als offene Feindin der Bewegung, als gefährliches Hemmnis des Fortschritts. Sie wollte die Bewegung abschwächen, indem sie ihre Aussichtslosigkeit demonstrierte; statt dessen hat ihre Absage an jede Reform nur die Entschlossenheit geweckt, das absolut Notwendige auch gegen die Regierung durchzusetzen, und dieses plötzliche Anschwellen der Volksbewegung steigert selbst wieder die Siegeszuversicht und lässt das Vorgehen der Regierung nicht nur als schädlich, sondern auch als töricht, weil verspätet, erscheinen. Der Widerspruch in der Regierungspolitik beraubt sie des Ansehens und stärkt ausserordentlich die moralische Wucht des Angriffs.

Als Liquidationsregierung stand Herr v. Bethmann vor demselben Problem wie die Herren Windischgrätz und Plener: eine Wahlreform zu machen, die scheinbar die schon versprochenen Zugeständnisse enthält, in Wirklichkeit aber gerade das vermeidet, was der Sinn jeder Wahlreform ist, die Aenderung in den politischen Machtverhältnissen. Das Dreiklassenwahlrecht ist zu dieser Aufgabe der „Wahrung des Besitzstandes“ noch geeigneter, als es das österreichische Kurienwahlrecht gewesen ist.

Man kennt das Wesen des preussischen Dreiklassenwahlrechts. Die Wähler wählen in Bezirken, die wieder in kleinere Abteilungen, die sogenannten Urwahlbezirke, zerfallen. Die Wähler dieser Urwahlbezirke sind in drei Abteilungen geteilt. Die erste wird von jenen Wählern gebildet, deren Steuern ein Drittel der auf den Urwahlbezirk entfallenden Steuersumme ergeben; die das zweite Drittel aufbringen, bilden die zweite Klasse, der Rest die dritte. Gesetzt den Fall, in einem Bezirk, zu dem 500 Wähler gehören, würden 30.000 Mk. an Steuern gezahlt; ein Wähler zahle jährlich 10.000 Mk. Steuern; er bildet allein die erste Klasse; fünf etwas weniger reiche Wähler zahlen je 4000, 3000, 2000, 700 und 300 Mk. Steuer; sie sind die zweite Klasse; der Rest von 494 Wählern bildet die dritte Klasse; jede Klasse wählt indirekt und öffentlich die gleiche Anzahl Wahlmänner, sage zum Beispiel 20, so dass also in unserem Beispiel der eine Wähler der ersten genau so viel Recht besitzt wie die fünf der zweiten und die 494 der dritten Klasse. Diese Wahlmänner wählen zusammen den Abgeordneten. Die Sozialdemokratie könnte zum Beispiel sämtliche 494 Stimmen der dritten Klasse auf sich vereinigen; sie hätte damit 20 Wahlmänner gewonnen; wählt aber der erstklassige Wähler und drei der zweitklassigen bürgerlich, so verfügt die bürgerliche Partei über 40 Wahlmänner; ihr Kandidat ist mit Zweidrittelmajorität gewählt. Das grundlegende Prinzip ist nun durch eine Reihe Einzelbestimmungen über Anrechnung der Steuern etwas modifiziert, der plutokratische Charakter in Kleinigkeiten etwas abgeschwächt. Näher auf diese Einzelheiten einzugehen, ist unnötig. Dass unser Beispiel von der Wirklichkeit durchaus nicht allzusehr abweicht, beweist die Tatsache, dass nach der amtlichen Statistik bei den letzten Landtagswahlen 1908 im Durchschnitt von je 100 Wählern 3·82 der ersten, 13·87 der zweiten und 82·32 der dritten Abteilung angehörten. Es können also etwa 10 Prozent der Wähler, die höchstbesteuerten, den Willen der 90 Prozent aufheben.

Verschönt wird diese Ungleichheit des Wahlsystems durch die Ungleichheit der Wahlkreiseinteilung, die — nur modifiziert durch eine Vermehrung von zehn Mandaten — unverändert seit dem Jahre 1858 besteht. Der kleinste ländliche Wahlkreis Hohenzollernsche Lande zählt 6721; der grösste städtische, der Berliner Vorort Rixdorf-Schöneberg dagegen 78.307, die 20 kleinsten Wahlbezirke, sämtlich rückständige agrarische Gebiete, zählen zusammen 173.998 Urwähler; die 20 grössten städtischen zusammen 1,065.290 Wähler!

Die politischen Wirkungen dieses Wahlsystems beleuchtet folgende Tabelle:

	Urwählerzahl 1908	Prozent	Abgeordneten- zahl
Sozialdemokraten . . . . .	598.522	23·87	7
Konservative . . . . .	354.786	14·15	152
Freikonservative . . . . .	63.612	2·54	60
Nationalliberale . . . . .	318.589	12·71	65
Freisinnige Vereinigung . . . . .	21.993	0·88	8
Freisinnige Volkspartei . . . . .	98.600	3·93	28
Zentrum . . . . .	499.343	19·91	104

	Urwählerzahl 1908	Prozent	Abgeordneten- zahl
Polen, Dänen u. s. w. . . . .	226.248	9.02	19
Bund der Landwirte . . . . .	15.013	0.60	—
Antisemiten u. s. w. . . . .	8.959	0.36	—
Unbekannte Parteistellung . . . .	301.894	12.04	—

Die Sozialdemokratie, die mit rund 600.000 Urwählern die weitaus stärkste aller Parteien ist und fast ein Viertel aller Urwähler hinter sich hat, musste sich mit 7 (jetzt gar nur 6) Abgeordneten von 443 begnügen, während die Konservativen und Freikonservativen mit zusammen kaum mehr als zwei Dritteln der sozialdemokratischen Urwählerzahl über 212 Abgeordnete verfügen. Die Entrechtung der Arbeiterklasse ist also bei diesem System auf den Gipfel getrieben. Aber auch Nationalliberale und Freisinnige leiden durch die veraltete Wahlkreiseinteilung. Die öffentliche Wahl gestattet zudem besonders den Konservativen einen ausserhalb Preussens vielleicht nur noch in Spanien gekannten Wahlterrorismus, der um so unentrinnbarer ist, als die gesamte Verwaltung in den Dienst der Wahlbeeinflussung gestellt ist.

Die Wahlreform, die Herr v. Bethmann vorschlug, verfolgte nun das Ziel, den Besitzstand der Konservativen und des Zentrums völlig unangetastet zu lassen, dagegen einige plutokratische Auswüchse zu beschneiden, die in den Augen des Ministerpräsidenten den Nachteil hatten, allzu guten Agitationsstoff zu bieten. Das Prinzip des Dreiklassenwahlrechts blieb also völlig unangetastet; ebenso das Prinzip des Wahlterrorismus, da die öffentliche Wahl bestehen bleiben sollte. Dagegen sollte die sogenannte „Maximierung“ dafür sorgen, dass auch in der ersten Klasse stets eine grössere Anzahl von Wählern vorhanden seien; die sogenannten Einmännerklassen sollen keinen Anlass zur Aufreizung mehr geben können. Deshalb wurde bestimmt, dass der Betrag von 5000 Mk. die Grenze für die Anrechnung der Steuer bilden solle. In unserem Beispiel würde so die erste Klasse nicht mehr aus einem Wähler bestehen, da dieser nur als 5000 Mk.-Steuerzahler betrachtet würde, sondern es würden zur Komplettierung noch Wähler aus der zweiten Klasse in die erste aufrücken und dementsprechend Wähler aus der dritten in die zweite, bis die nötigen Steuermengen in jeder Klasse vertreten sind.

Ausserdem enthielt die Regierungsvorlage noch die Privilegierung gewisser Wählerschichten, der Militäranwärter, der Leute, die eine bestimmte Zeitlang das Einjährigenrecht besitzen oder als Unteroffiziere und Offiziere dem Heere angehört haben, bestimmte akademische Prüfungen abgelegt haben etc. Sie sollten in eine höhere Wählerklasse aufrücken als es ihrer Steuerleistung allein entsprechen würde.

Diese Bestimmung hätte bei öffentlicher Wahl eine Wählerschicht geschaffen, die ausschliesslich nach dem Kommando der Regierung ihr Stimmrecht hätte ausüben dürfen.

Als einzigen „Fortschritt“ bot die Regierungsvorlage die Beseitigung der indirekten Wahl, eine rein wahltechnische Bestimmung, die höchstens in ländlichen Kreisen die Wahlbeteiligung etwas gehoben hätte, wenn nicht die öffentliche Wahl in den Junkerdomänen für oppositionelle Elemente ein unübersteigbares Hindernis für die Beteiligung wäre.

Die Stellung der bürgerlichen Parteien zu einer Wahlrechtsänderung ist nun durch zweierlei Rücksicht bestimmt: durch ihr Mandatsinteresse und durch ihre Feindschaft gegen die Sozialdemokratie. Die Nationalliberalen als Vertreter des Grosskapitals sind von jeher Gegner des gleichen Wahlrechts und propagieren seit einiger Zeit ein Pluralwahlrechtssystem. Sie haben sich erst in letzter Zeit zu dem geheimen Wahlrecht bekehrt. Aber sie leiden unter der veralteten Wahlkreiseinteilung und verlangen eine Reform zugunsten der städtischen Bezirke, ohne jedoch für die völlige Gleichheit der Wahlbezirke einzutreten. Jede Aenderung der Wahlkreiseinteilung wird aber nicht nur von den Konservativen, sondern auch vom Zentrum bekämpft, dagegen natürlich von der Sozialdemokratie und dem Freisinn gefordert. Der Freisinn und die Polen bekennen sich programmatisch zum Reichstagswahlrecht und stimmen auch dafür.

Die Parteikonstellation ist nun die, dass eine Aenderung der Wahlkreiseinteilung stets von der konservativ-klerikalen, die Einführung des Reichstagswahlrechtes von der konservativ-nationalliberalen Majorität abgelehnt wurde. Da das Zentrum dank der

Feindschaft der Nationalliberalen gegen das gleiche Wahlrecht dieser Ablehnung sicher ist, so kann es sich den Luxus gestatten, seinen „prinzipiellen“ — das heisst beim Zentrum den für seine Praxis unmassgeblichen — Standpunkt zu wahren und für das Reichstagswahlrecht zusammen mit Freisinnigen und Sozialdemokraten zu stimmen. Ist die Abstimmung erledigt, so erklärt das Zentrum das als Beweis für die Aussichtslosigkeit, das gleiche Wahlrecht durchzusetzen und macht sich im Bunde mit Konservativen an jene „Verbesserungen“, die das Dreiklassensystem befestigen sollen.

Wie immer, so war es auch diesmal.

In der ersten Lesung legte das Zentrum das feierliche Glaubensbekenntnis ab, dass es die Einführung des Reichstagswahlrechtes auch für Preussen fordere; kaum aber war die Regierungsvorlage in der Kommission, so wurde es offenbar, dass Zentrum und Konservative — der blau-schwarze Block — bereits untereinander die Grundzüge einer Wahlreform vereinbart hatten, die, so sehr sie sich technisch von der Regierungsvorlage unterschied, politisch dieser wesensgleich war und die Machtstellung der Konservativen ebenso sicherte wie die Reform des Herrn v. Bethmann.

War aber auch die konservativ-klerikale Koalition mit der Regierung in ihren Endabsichten — der Vereitelung jeder politischen Machtverschiebung — völlig einig, so erschien, besonders dem Zentrum, das Machwerk des Herrn v. Bethmann zur Erreichung des Zieles allzu ungeeignet. Das Zentrum, das für das Reichstagswahlrecht verpflichtet ist, konnte kein Wahlrecht akzeptieren, das nicht wenigstens den Schein einer Annäherung an dieses enthält. Vor allem war die Aufrechterhaltung der öffentlichen Stimmabgabe eine Zumutung, die für die Zentrumwähler des Rheinlandes, die dem Terror der national-liberalen Fabrikanten unterliegen, allzu stark gewesen wäre. Andererseits wollten die Konservativen auf die öffentliche Wahl nicht verzichten. Als Resultat der widerstreitenden Interessen ergab sich so ein Kompromiss, das dahingeht, die indirekte Wahl beizubehalten, die Wahlmänner öffentlich abstimmen zu lassen, die Wahlmännerwahl aber geheim vorzunehmen. Die Wirkung ist in der Praxis: geheime Wahl in den Städten und öffentliche auf dem Lande; denn auf dem Lande, und zum Teil schon in den Kleinstädten, ist es den oppositionellen Parteien kaum möglich, genügend unabhängige Wahlmänner aufzutreiben, die es wagen könnten, sich der Kontrolle ihrer Abstimmung auszusetzen. Dies ist um so unmöglicher, als der blauschwarze Block in das Gesetz die Bestimmung aufgenommen hat, dass der Wahlmann aus derselben Gemeinde entnommen werden müsse, der die Wähler angehören; der liberale Antrag, den Wahlmann aus dem ganzen Wahlkreis nehmen zu dürfen, wurde niedergestimmt; die Auswahl der Wahlmänner ist also eine äusserst beschränkte.

Auch die übrigen Vorschläge der Regierungsvorlage erfuhren einschneidende Aenderungen. Die Privilegierung fiel bis auf die Bestimmung, dass jene Besitzer eines Maturitätszeugnisses, die nach ihrer Steuerleistung der dritten Klasse angehören, in die zweite eingereiht werden müssten. Und die Bestimmung über die Maximierung erfuhr sogar noch eine Verschlechterung, indem die Höchstgrenze von 5000 Mk. nur für das Land beibehalten, in den Städten aber auf 10.000 Mk. erhöht wurde. Dies verschärft gegenüber der Regierungsvorlage wieder den plutokratischen Charakter des Wahlrechts und verschlechtert dadurch die Mandatsaussichten der Sozialdemokratie.

Das parlamentarische Interesse konzentrierte sich während der Beratungen auf die Stellungnahme der Nationalliberalen. Ihr Parteitag hatte jede Wahlreform für unannehmbar erklärt, die nicht wenigstens die geheime und direkte Wahl enthielte. Trotzdem versuchten die Konservativen die Nationalliberalen als Mitschuldige zu gewinnen. Es fanden auch beständig Unterhandlungen statt. Die Nationalliberalen hätten sich vielleicht durch weitere Verschlechterungen des Wahlrechts gewinnen lassen. Sie forderten die Verschärfung der plutokratischen Wirkungen durch Aufhebung der Drittelung in den Urwahlbezirken, da dies ihre Stellung in Westpreussen namentlich gegenüber dem Zentrum gestärkt hätte. Dies war aber für das Zentrum eine unannehmbare Bedingung und die Verhandlungen scheiterten.

Die Wahlreform ist so ausschliesslich das Werk der konservativ-klerikalen Koalition und diese trägt allein die Verantwortung.



Es ist auch sehr wahrscheinlich, dass das Gesetz in der von ihr beschlossenen Form zustande kommt. Zwar ist von der ursprünglichen Vorlage der Regierung fast nichts übrig geblieben. Aber die Regierung hat sich bereits — entgegen der preussisch-deutschen Tradition — löblich unterworfen und so die Reste der Illusion, als stände die Regierung über den Parteien, in dankenswerter Weise zerstört. Dass aber das Herrenhaus, das die Vorlage noch zu passieren hat, Änderungen treffen werde, ist wenig wahrscheinlich. Denn die „Situation ist ernst“, wie die Redner der Regierung und des Abgeordnetenhauses immer wieder versichert haben. Man fürchtet die Volksbewegung und möchte ihr das Objekt der Agitation möglichst rasch entziehen und die Wahlrechtsbewegung zum Abschluss bringen.

Aber gerade das wird ein vergebliches Bemühen sein. Eine weitergehende Reform, der auch ein Teil der Liberalen hätte zustimmen können, hätte vielleicht die Gefahr in sich geschlossen, die Bewegung auf die Sozialdemokratie zu beschränken und dadurch ihre Stosskraft abzuschwächen. Die Reform des schwarzblauen Blocks wirkt umgekehrt. Das freche Versagen jeden Fortschritts hat die Wahlrechtsbewegung ungeheuer gefördert und macht die parlamentarischen Beschlüsse zu einer blossen Episode, die Wahlrechtsbewegung aber bleibt.

Denn das deutsche Proletariat hat eingesehen, dass das Wahlrecht nicht im Privilegienparlament, sondern nur ausserhalb des Parlaments und durch ausserparlamentarische Machtmittel erobert werden kann. Als erstes dieser Mittel ergaben sich von selbst die Strassendemonstrationen. Und die Anwendung der Argumente von der Strasse ist gerade für Deutschland ein gewaltiger Fortschritt, von höherem Wert als eine gewonnene Wahlschlacht. Noch vor wenigen Jahren galten politische Strassendemonstrationen für Deutschland als Unmöglichkeit. Seit dem Jahre 1848 hatten deutsche Städte kaum je mehr grosse politische Strassenumzüge gesehen. Die staatlichen Gewalten waren überzeugt, dass solche „revolutionäre“ Demonstrationen nicht geduldet werden dürften. In der Partei selbst galt der Gedanke als unfruchtbar und gefährlich. Der Wahlrechtskampf hat mit einem Schlag die Situation geändert. Die Massen selbst begriffen, dass mit den bisherigen rein parlamentarischen Mitteln nicht weiterzukommen war. Der Entschluss, weiterzukommen, war aber unerschütterlich. So mussten neue wirksamere Agitationsformen angewandt werden. Und da zeigte sich, dass auch die deutsche und selbst die preussische Regierung nicht tun konnte, was manche Freunde gefürchtet, manche Feinde gehofft hatten: eine Masse friedlicher Demonstranten, die, von der Gerechtigkeit ihrer Sache überzeugt, deren Zahl gewaltig, deren Disziplin musterhaft, lässt sich auch von einer zu noch so gewalttätiger, zu blutiger Unterdrückung vielleicht bereiten Regierung nicht niederschlagen; einfach deswegen nicht, weil die Folgen solchen Vorgehens auch für die Regierung unberechenbar sind und gerade die blutige Unterdrückung friedlicher Kundgebungen den Boden bereitet für das, was die Regierung und besonders eine Regierung der Liquidation vermeiden muss, den Boden für eine revolutionäre Situation.

Für die deutsche Sozialdemokratie aber bedeutet der Wahlrechtskampf, der den Uebergang zur unmittelbaren Aktion der Massen selbst bedang, schon allein deshalb einen ungeheuren Gewinn. Als Vorkämpferin für die politische Gleichberechtigung der Arbeiter und als deren einzige, ehrliche, unerschrockene, energische und ausdauernde Vertreterin hat die Partei eine vorzügliche Position inne, von der aus sie vor allem das Zentrum, das noch immer über grosse Massen von Arbeitern verfügt, erfolgreicher als sonst angreifen kann. Die Demonstrationen haben weite Kreise indifferenter Arbeiter aufgerüttelt und auch auf die demokratischen Schichten im Bürgertum grossen Eindruck gemacht.

Vor allem haben sie das Selbstvertrauen und die Siegeszuversicht der Massen, die sich ihrer Zahl und ihrer Macht bewusst wurden, ausserordentlich gehoben, während der Respekt vor der Staatsautorität, die Ueberschätzung der staatlichen Machtmittel eine heilsame Berichtigung erfahren hat. Die politische Stimmung ist ausgezeichnet, das politische Interesse lebendig wie nie und jede Nachwahl beweist aufs neue, dass die Sozialdemokratie in raschem Vormarsch begriffen ist.

Wie in Oesterreich die Aera Windischgrätz eine Periode raschen Wachstums der Partei war, so in Deutschland und aus analogen Gründen die Aera Bethmann. Herr

v. Bethmann ist berufen worden, um die Erbschaft Bülow's zu liquidieren. Schon heute kann gesagt werden, dass diese Liquidation misslungen ist, dass Herr v. Bethmann nur den Beweis erbracht hat, dass der Wahlrechtskampf zu mächtig geworden ist, um von bürokratischen Stümpfern zum Stillstand gebracht werden zu können. Die Herren Preussens mögen sich heute noch so sicher fühlen wie die Herren Altösterreichs nach dem Sturze Taaffes: ihre Sicherheit beweist nur, dass sie die Natur proletarischer Wahlrechtskämpfe nicht kennen.

Freilich, man darf über die Analogie, die die preussische und die österreichische Wahlrechtsbewegung bieten, nicht die grossen Unterschiede vergessen. Der Hauptunterschied liegt in der ungleich grösseren Stärke der preussischen Sozialdemokratie. Ein gleiches und geheimes Wahlrecht in Preussen würde der Partei mehr als ein Drittel der Mandate bringen, sie damit zu einem ausschlaggebenden Faktor in dem führenden Staate Deutschlands machen. Es klingt paradox, entspringt aber aus der Natur des Klassenkampfes: politische Erfolge und insbesondere Wahlrechtserfolge sind für die schwächere proletarische Partei leichter zu erringen als für die grössere.

Aber mag der weitere Verlauf des Kampfes in Preussen noch so sehr abweichen von den Kampfesformen in Oesterreich, die Hauptsache ist im jetzigen Stadium der Kampf selbst und in diesem Kampfe wird die deutsche Sozialdemokratie an Stärke, Macht und Entschlossenheit in schnellerem Tempo und gewaltigerem Ausmass zunehmen als in allen früheren Kämpfen. Auf die Ära Bethmann werden noch manche Perioden der Liquidation folgen und diese Liquidation wird schliesslich ein ganz anderes Resultat ergeben, als sich die Führer des schwarzblauen Blocks träumen liessen, als sie den Fürsten Bülow wegen der preussischen Wahlreform zu Falle brachten.

---

## Wladimir Lewinskyj (Lemberg): Das erste Jahrzehnt der ukrainischen Sozialdemokratie in Oesterreich

Am 18. September 1909 waren bereits 10 Jahre verstrichen, seitdem die Sozialdemokraten aus der ukrainischen radikalen Partei ausgeschieden sind und sich als eine unabhängige politische Partei konstituiert haben. Die zehnjährige Arbeit unter den schwierigsten Verhältnissen, in einem ökonomisch unentwickelten Lande, inmitten einer sozial und ökonomisch sehr wenig differenzierten Nation, hat uns nicht unbeträchtliche Errungenschaften gebracht. Die Leser des „Kampf“ mit der ukrainischen sozialistischen Bewegung bekanntzumachen, haben wir zum Ziel unseres Artikels gemacht.

### 1. Die objektiven Bedingungen der Entwicklung des Sozialismus in Galizien.

Galizien ist ein ökonomisch unentwickeltes Land. 76·82 Prozent der Bevölkerung Galiziens finden in der Landwirtschaft, 9·01 Prozent in der Industrie (Gewerbe), 7·81 Prozent im Handel und 6·36 Prozent im öffentlichen Dienst und in freien Berufen ihren Unterhalt. Die 40jährige Herrschaft der polnischen Schlachta in Galizien hat das Land ökonomisch zugrunde gerichtet. Die bisherige Politik der polnischen Schlachta war bewusst darauf gerichtet, dass sich das Land industriell nicht entwickeln könne, damit die polnischen und ukrainischen Volksmassen sich von der politischen und ökonomischen Sklaverei, von dem geistigen Verfall und dem Analphabetismus nicht befreien können.

Wie ungeheuer der Analphabetismus in Galizien verbreitet ist, erkennt man aus folgenden Zahlen: es gibt in Galizien 4,678.022 Analphabeten, und zwar unter den Ukrainern 2,459.410, das ist 79 Prozent, und unter den Polen 2,104.899, das ist 52 Prozent.

Das ukrainische Volk, das in Galizien 3,074.000 Angehörige zählt, ist ein Bauernvolk „par excellence“. Dieser Charakter des Volkes spiegelt sich nicht nur in seiner

Kultur, sondern auch in seinem ganzen politischen Leben. Im Jahre 1900 waren 94,4 Prozent der ganzen ukrainischen Bevölkerung mit der Landwirtschaft und nur 1,8 Prozent mit Industrie, Handel und Verkehr beschäftigt.

Der sozialen Stellung nach gliederten sich die einzelnen Berufsklassen im Jahre 1900 in folgender Weise: Auf je 1000 berufstätige Personen entfielen

	in den Hauptberufsklassen		
	Landwirtschaft	Gewerbe	Handel und Verkehr
Selbständige . . . . .	294	417	371
Angestellte . . . . .	—	7	78
Arbeiter . . . . .	40	427	402
Tagelöhner . . . . .	75	70	36
Mithelfende Familienmitglieder . . . . .	591	79	113

Insgesamt gab es ukrainische Arbeiter in der Landwirtschaft 235.173, im Gewerbe, Handel und Verkehrswesen 36.745, im öffentlichen Dienst und in den freien Berufen 35.088. Das sind die Schichten der ukrainischen Nation, an die sich der Sozialismus wendet! Doch entsprechen diese Zahlen dank dem schnellen Vordringen des Kapitalismus heute nicht mehr ganz der Wirklichkeit.

Die ökonomische Entwicklung Galiziens ändert zugleich auch den Charakter des ukrainischen Bauernvolkes. Die ökonomischen Kräfte des Volkes verschieben sich allmählich vom Lande in die Stadt. Es schreitet der Prozess seiner sozialen Differenzierung fort. Darauf deutet einerseits die Auswanderung der ukrainischen Bauern in fremde Länder, andererseits ihr Zuströmen in die galizischen Städte.

Nach dem Gesagten ist es wohl klar, weshalb die polnische wie die ukrainische sozialdemokratische Bewegung in Galizien sich so schwach darstellt, weshalb der Sozialismus hier wohl noch eine Zeitlang zur langsamen Entwicklung verurteilt ist. Wenn die ukrainische sozialistische Bewegung in Galizien noch schwächer ist als die polnische, so deshalb, weil sie sich unter besonders ungünstigen nationalpolitischen Bedingungen entwickelt.

Die soziale Struktur des ukrainischen Volkes ist die Widerspiegelung seines ganzen historischen Lebens. Von der Herrschaft Polens kam das ukrainische Volk in Galizien und der Bukowina unter die Herrschaft Oesterreichs, indem es seine höheren Schichten, die polonisiert wurden, verloren hat. Nach Einverleibung Galiziens an Oesterreich wusste die polnische Schlachta im Lande ihr Regime, die Herrschaft und Macht über die ukrainische Nation aufrecht zu erhalten. Die Staatsgrundgesetze Oesterreichs (1867) haben der polnischen Schlachta, als der damaligen Repräsentantin des polnischen Volkes, einen politischrechtlichen Grund für die Hegemonie der polnischen Nation, oder vielmehr ihrer besitzenden Volksklassen über das ganze ukrainische Volk gegeben, und haben dieses den unterjochten Völkern Oesterreichs zugesellt. Als sich der Kapitalismus mehr und mehr auch Galiziens bemächtigte und die noch undifferenzierte Masse des ukrainischen Volkes zersetzte, indem er einerseits die ukrainische Bourgeoisie, andererseits das ukrainische Proletariat aus ihr hervorgehen liess, haben natürlicherweise immer deutlicher sowohl die ukrainische Bourgeoisie als auch das ukrainische Proletariat die Last der nationalen Sklaverei empfunden. Was für fatale Folgen der nationale Kampf für die sozialistische Bewegung hat, da er das Klassenbewusstsein verdunkelt und den sozialen Kampf durchkreuzt, davon braucht man ja nicht erst zu reden. Wenn die ganze Nation in einer permanenten Opposition zur Landes- und Reichsregierung bleibt, ist es ersichtlich, was für schwere Aufgaben und Pflichten die ukrainische Sozialdemokratie als Repräsentantin des ukrainischen Proletariats zu erfüllen hat.

\*So stellen sich die Bedingungen der Entwicklung des ukrainischen Sozialismus in den allgemeinsten Umrissen dar.

## 2. Der ukrainische Sozialismus in den Siebziger- und Achtzigerjahren.

Die Anfänge des ukrainischen Sozialismus sind mit der Person Michael Draho-manows verbunden, der seiner Anschauungen wegen Russland im Jahre 1876 auf immer verlassen musste und nach Genf übersiedelte, wo er als Sozialist eine fruchtbare literarische Tätigkeit entwickelt hat. So hat er hier zahlreiche ukrainische Broschüren herausgegeben, im Jahre 1878 gründete er das Journal „Hromada“ (Gemeinde).

Unter dem Einfluss von Drahomanows Schriften und seiner persönlichen Beziehungen zu den hervorragendsten Vertretern der ukrainischen Universitätsjugend entstanden schon in den Siebzigerjahren die ersten ukrainischen sozialistischen Gruppen.

In Wien wirkte hauptsächlich Ostap Terletzkyj, der unter dem Pseudonym W. Kistka drei sozialistische Broschüren („Die Maschine“, „Ueber die Wahrheit“, „Ueber die Armut“) herausgegeben hat. Seine vierte Broschüre: „Ein wahres Wort an die Bauern“, konfiszierte die Staatsanwaltschaft.

In Lemberg wirkten Michael Pawlyk und Iwan Franko, die unter dem Einfluss Drahomanows aus Moskalophilen Sozialisten wurden. Um sie gruppierte sich fast die ganze fortschrittliche Jugend.

Die beiden damals herrschenden ruthenischen Parteien, die sogenannten Moskalophilen und Ukrainophilen, traten gegen die ersten Sozialisten feindlich auf. Dank den Denunziationen der Moskalophilen begannen im Jahre 1877 Massenverhaftungen der Sozialisten in Lemberg, in der Provinz und in Wien. So wurde in Lemberg zuerst der polnische Emigrant Koturnitzki verhaftet, bei welchem revolutionäre Literatur, die Briefe von verschiedenen russischen Revolutionären an ukrainische und polnische Sozialisten gefunden wurden. Bald darauf verhaftete man in Lemberg Pawlyk, Franko und andere Personen und in Wien Terletzkyj, der in Ketten gefesselt nach Lemberg gebracht wurde. So begann einer der grössten Sozialistenprozesse in Galizien, in welchem die Verhafteten für ihre sozialistischen Anschauungen, für ihre Zugehörigkeit zu geheimen sozialistischen Organisationen und für unerlaubte Beziehungen zu Drahomanow zu grösseren und geringeren Strafen verurteilt wurden. Die Verhaftungen und der Prozess übten einen grossen Einfluss auf die Verbreitung der sozialistischen Idee in Galizien aus.

Nach seiner Befreiung aus der Haft begann Pawlyk (1878) die Herausgabe der sozialistischen Monatsschriften „Hromadskyj Druh“ (Der Gemeindefreund), „Dzwin“ (Die Glocke) und „Molot“ (Der Hammer), dessen sämtliche Hefte konfisziert wurden. Gleichzeitig wurde die Zeitschrift der Buchdrucker „Praza“ (Die Arbeit) von Osyp Danyluk in polnischer Sprache unter Mitarbeit Pawlyks und Frankos herausgegeben.

Zum Zwecke der Förderung einer planmässigeren sozialistischen Agitation gründete man (1878) ein Arbeiterkomitee, dessen Gründer Limanowski, Pawlyk, Franko, Danyluk und andere waren.

Im Jahre 1880 erschien das erste Programm der galizischen Sozialisten in Genf gedruckt als „Programm der polnischen und ukrainischen Sozialisten in Ostgalizien“\*. Einer der Verfasser des Programms war Franko.

Das Programm ist in der Hinsicht bemerkenswert, dass man ihm, was die nationale Organisation des galizischen Proletariats und die nationale Frage überhaupt anbelangt, fast dieselben Prinzipien zugrunde gelegt hat, die 17 Jahre später von der Sozialdemokratie Oesterreichs auf ihrem Kongress in Wien und 19 Jahre später auf ihrem Kongress in Brünn angenommen wurden. Das Programm spricht auch aus, die polnisch-ukrainische sozialistische Partei dürfe nichts Gemeinsames mit der Restauration Polens in seinen geschichtlichen Grenzen haben.

Leider wurde das Programm in die Praxis niemals eingeführt. Als es gedruckt erschien, hat es innerhalb der polnischen Sozialisten Gegner gefunden, die unter dem Einfluss von Boleslaus Limanowski, eines der Theoretiker des polnischen sogenannten „Sozialpatriotismus“, standen. Die sozialistische Bewegung in Lemberg wurde schwächer, bis sie im Jahre 1889 neue Kräfte gewann und in neuen Organisationsformen ihren Ausdruck und Inhalt fand.

### 3. Michael Drahomanow.

Wegen seiner grossen Verdienste um die ukrainische sozialistische Bewegung in Galizien halten wir es für notwendig, Drahomanow als Sozialisten und politischen Denker kurz zu charakterisieren.

\* Das Programm war zuerst jedoch unter einem anderen Titel gedruckt worden, und zwar als „Programm polnischer Sozialisten Ostgaliziens“. Der Urheber dieser Aenderung sollte — nach Drahomanow — Boleslaus Limanowski sein. Als aber die Verfasser des Programms gegen diese Aenderung protestierten, hat man auf das schon gedruckte Programm einen neuen Titel aufgeklebt: „Programm der Sozialisten Galiziens“.

Rationalismus in der Kultur und Philosophie, Föderalismus in der Politik und Demokratismus in den sozialen Angelegenheiten, das sind die Grundelemente der sozialpolitischen Weltanschauung Drahomanows.

Als Sozialist stellt er sich die zukünftige Organisation der Menschheit als eine Föderation von freien Gesellschaftsgruppen freier Menschen vor, was ihn Proudhons und Bakunins Anarchismus nähert. Doch unterschied er sich von dem letzteren, da er seinem Apolitizismus, seiner Lehre über den Staat abgeneigt war und auch dadurch, dass nach Drahomanows Ansicht die Verwirklichung des sozialistischen Ideals nur auf dem Wege der Evolution und einer hohen kulturellen Entwicklungsstufe der Volksmassen und nicht auf dem Wege der Revolution kommen sollte, was ihn wiederum dem heutigen Bernsteinianismus nähert. Indem Drahomanow ökonomische Faktoren in der Entwicklung der Gesellschaft nicht leugnet, hat er doch in dieser Entwicklung auch die Wirkung geistiger, idealer Faktoren hervorgehoben, wodurch er der sogenannten „russischen soziologischen Schule“ Lawrow-Michajlowskijs nahesteht.

Als Sohn Russlands und seiner Epoche, die unter dem Namen der Epoche des „narodnystwo“ bekannt ist, konnte er den Einfluss der Theorien von der Rolle der Persönlichkeit und des Volkes („aller Arbeitenden“) nicht los werden.

Diese Theorie tritt bei Drahomanow in der Gestalt des sogenannten „chlopomanstwo“ (Bauernverherrlichung) auf. Die Gesellschaft in Russland und in der Ukraina ist seiner Ansicht nach eine Bauernmasse, eine einheitliche Klasse, deren Interessen zu den Interessen aller sozialen Arbeit werden. Keine Klassenunterschiede hat er innerhalb der Bauernklasse wahrgenommen.

Als sein Verdienst erscheint es, dass er schon gegen Ende der Siebzigerjahre auf die Notwendigkeit des politischen Kampfes gegen den russischen Absolutismus hingewiesen hat. In der Frage aber, wem das Erkämpfen der politischen Freiheit in Russland, wem die Initiative zu diesem Kampfe zufalle, ist der ganze Utopismus Drahomanows zum Vorschein gekommen. Aehnlich wie die zeitgenössischen russischen Liberalen, glaubte er, die Initiative des Volkes durch die der revolutionären Intelligenz ersetzen zu können, wobei er eine grosse Bedeutung den sogenannten „Semstwo“-Institutionen beimass. Mit vollem Erfolge haben die russischen Marxisten wie Plechanow, Wjera Sassulitsch und andere, die sich damals in der Organisation „Oswoboschdjenije Truda“ (Befreiung der Arbeit) gruppierten, diesen Utopismus Drahomanows und der russischen Liberalen kritisiert.

Ein entschiedener Feind alles Zentralismus, bewies Drahomanow den Wert des föderalistischen, auf einer breiten Autonomie sich gründenden Prinzips, der Autonomie, die den nationalen Individuen mit ihren lokalen Selbstverwaltungsorganen zuerkannt werden müsse, auf die sich die ganze staatliche Organisation eines konstitutionellen Russland stützen sollte. Das ist Drahomanows prinzipielle Stellung, die er in seinem Entwurf der idealen russischen Konstitution eingenommen hat.

Die nationale Frage in Russland und in der Ukraine behandelt er in seinen glänzenden Schriften, wie „Geschichtliches Polen und die grossrussische Demokratie“, „Gedanken über die ukrainische nationale Frage“ und „Briefe in die beidniprojanische Ukraine“.

Man kann Drahomanow als einen Nationalisten insofern ansehen, weil er die Nation für eine gewisse Form der menschlichen Solidarität hält, im Gegensatz zur Marxistischen Doktrin, die die Klassensolidarität, also die internationale Solidarität als alles überragende Form der Menschensolidarität ansieht. Aber Drahomanow war andererseits allem Nationalismus im engeren Sinne des Wortes als Mensch von hoher Kultur fremd. Gegen den Nationalismus und Chauvinismus in seinem Volke wie bei fremden Völkern trat er entschieden auf. Deshalb wurde er von den ukrainischen Nationalisten für einen Feind der eigenen Nation und von russischen wie auch polnischen Nationalisten, ja selbst Sozialisten für einen Nationalisten gehalten.

Als ein eifriger Verteidiger der plebejischen geschichtslosen Nationen bewies Drahomanow, dass eine jede Nation innerhalb ihres ethnographischen Territoriums ein volles

Recht auf Existenz und Entwicklung habe. Deshalb bekämpfte er hartnäckig die zentralistisch-staatlichen und eroberungssüchtigen Bestrebungen der historischen Nationen.

Indem er polnische und russische sozialistische Programme verschiedener Gruppen einer kritischen Analyse unterwarf, wies er nach, dass die polnischen und russischen Sozialisten durch die Verteidigung der geschichtlich-rechtlichen Ansprüche ihrer Nationen und durch das Ignorieren der ukrainischen Frage den Sozialismus schädigen. Daher kommen die zahlreichen Angriffe besonders polnischer Sozialisten auf Drahomanow, derjenigen, die noch unlängst das Wiederaufbauen Polens innerhalb seiner geschichtlichen Grenzen als das natürlichste Recht ihrer Nation betrachteten und noch heute in Theorie und Praxis diese geschichtlich-staatlichen Vorurteile und Reminiszenzen nicht los werden können.

#### 4. Die ukrainische radikale Partei.

Zu Ende der Achtzigerjahre formierten sich in Galizien zwei sozialistische Parteien. Im Jahre 1889, gleich nach dem Kongress zu Hainfeld gründete man die „Sozialdemokratische Partei Galiziens“, die das Hainfelder Programm als ihr Programm angenommen hat. Die Partei organisierte ihre Arbeiterkräfte in den Städten Galiziens ohne Rücksicht auf die Nationalität. Im nächsten Jahre (1890) begann Pawlyk die Halbmonatsschrift „Narod“ (das Volk) herauszugeben und in demselben Jahre gründete man die ukrainische radikale Partei. „Narod“ wurde zum Organ dieser Partei und sie selbst suchte ihre Kräfte ausschliesslich auf dem flachen Lande unter den Bauern.

Im Programm der Partei kamen sehr deutlich die sozialpolitischen und chlopanischen Anschauungen Drahomanows zum Ausdruck. So erklärte einerseits die Partei, dass sie auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus stehe und nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel strebe, andererseits aber durch eine Reihe von ökonomischen Postulaten und Reformen die Bildung eines ländlichen Proletariats verhindern und auf solche Weise die Bauern als eine einheitliche Klasse konservieren wolle. Sie hat auch die nationale Solidarität des ukrainischen Volkes anerkannt.

Wir bemerken, dass in diesem Missverständnisse der ökonomischen Gesetze, der sozialen Entwicklung eines jeden, also auch des ukrainischen Volkes, die Quelle der raschen Spaltung der Partei lag. Doch hat sie ihre politische und kulturelle Aufgabe vollführt. Indem die Partei im „Narod“ viel Raum der sozialen Frage, den Artikeln über Sozialismus und Arbeiterbewegung in Westeuropa geboten hat, hat sie den Boden für die sozialdemokratischen Ideen vorbereitet. Aber das grösste Verdienst der Partei war, dass sie durch Propaganda der radikalen Ideen und Agitation auf dem flachen Lande mittels Versammlungen und der radikalen Literatur die ungebildeten und politisch nicht interessierten ukrainischen Bauernmassen politisch zu denken und für ihre Rechte zu kämpfen gelehrt hat.

Doch lagen schon in ihrem Programm die Keime der Spaltung. Im Schosse der Partei sind drei Gruppen entstanden: Drahomanows Gruppe mit ihren Repräsentanten Pawlyk und Franko, die nationalradikale durch Eugen Lewickyj, Ochrymowytch und Budzynowskyj repräsentiert und die sozialdemokratische mit Hankewytch und Baczynskyj als ihren Repräsentanten. Die Anhänger der ersten Gruppe nannte man „die älteren“, die Anhänger der zwei letzten „die jüngeren“. Die sozialdemokratische Gruppe unterschied sich von der ersten dadurch, dass sie einerseits auf den natürlichen Prozess der sozialen und ökonomischen Differenzierung der „Bauernklasse“, der mit keinen agrarischen Heilungsmitteln verhindert werden kann, und andererseits auf die Notwendigkeit der Organisierung des ukrainischen städtischen Proletariats hinwies. Von der nationalradikalen Gruppe, die die nationalen Forderungen des ukrainischen Volkes vom Standpunkt der Interessen der ganzen Nation, beziehungsweise der Interessen einer zukünftigen entwickelten ukrainischen Bourgeoisie, die in den Neunzigerjahren des vorigen Jahrhunderts wirklich noch eine Quantité négligeable war, formulierte, unterschied sich die sozialdemokratische Gruppe dadurch, dass sie die nationalen Forderungen vom Standpunkt der Klasseninteressen des ukrainischen Proletariats formulierte. Es ist klar, dass die Spaltung der radikalen Partei und auch der Fall ihres „sozialistischen narodnytwo“ nur die Frage einer sehr kurzen Zeit sein konnte.

## 5. Misslungene Versuche der Gründung der ersten ukrainischen sozialdemokratischen Organisation.

Gleichzeitig mit der politischen Aufklärung der ukrainischen Volksmassen, worin, wie wir bereits gesehen haben, das grösste Verdienst der Radikalen zu sehen ist, nahm unter ihnen das nationale Bewusstsein zu. Es ist klar, dass dasselbe überall dort, wo das Terrain der radikalen Propaganda und Agitation war, also auf dem Lande, zu erscheinen begann. Auf die ostgalizischen polonisierten Städte mit einem grösseren oder geringeren Prozent der ukrainischen Bevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft, hat die Partei anfangs keine Aufmerksamkeit gerichtet. Und erst mit dem Moment, als sich auch innerhalb der radikalen Partei die sozialdemokratische Strömung entwickelte, begann die Partei sich auch für die ostgalizische Stadt zu interessieren. Doch hat dieses Interesse der Radikalen für den ukrainischen Arbeiter in den Städten seinen Ursprung in zwei verschiedenen Anschauungen beider Gruppen über die Aufgaben und Zwecke der Arbeit in den Städten gehabt.

In den Reihen der galizischen Sozialdemokratie gruppieren sich die ukrainischen städtischen Arbeiter, die von der Propaganda und Agitation der Partei ergriffen wurden. Die galizische Sozialdemokratie, eine dem Namen nach internationale Partei, deren Elemente Polen, Ukrainer und Juden bildeten, war tatsächlich eine polnische Partei und hat als solche die ukrainischen Arbeiter als Ukrainer ignoriert, indem sie die Propaganda und Agitation ausschliesslich in polnischer Sprache führte. Das Missbehagen der ukrainischen Arbeiter über solche Zustände kam auf den Kongressen der Partei zum Ausdruck; die Arbeiter verlangten, dass die ukrainische Sprache in der Agitation der Partei in der Stadt und auf dem Lande in Ostgalizien berücksichtigt und eine Zeitschrift in ukrainischer Sprache herausgegeben werde. Es wurden zwar auf einigen Kongressen der Partei Beschlüsse in dieser Hinsicht gefasst, doch wurden dieselben nie verwirklicht. Dazu kam noch, dass die Führer der Partei den sogenannten „Sozialpatriotismus“ samt seinen polnisch-historisch-staatlichen Vorurteilen immer mehr betonten. Diese Umstände haben dazu beigetragen, dass die Verhältnisse zwischen den Radikalen und der sozialdemokratischen Partei, die anfangs sehr freundlich waren, immer mehr gespannt wurden.

So verstehen wir das Verhältnis der älteren Gruppe der Radikalen zum ukrainischen Arbeiter. Den Arbeiter vor der Polonisierung zu retten, war das erste und letzte Ziel der nationalistisch gestimmten Radikalen.

Anders haben den ukrainischen Arbeiter die Sozialdemokraten innerhalb der radikalen Partei angeschaut. Die Organisation der Arbeiterschaft, ihre ökonomische Hebung, die kulturelle und Klassenaufklärung sollten ihrer Meinung nach den ukrainischen Arbeiter vor der Entnationalisierung bewahren.

Als Ausdruck dieses Verhältnisses beider Gruppen der radikalen Partei zum ukrainischen Arbeiter ist zu betrachten: die Gründung eines gemeinsamen Komitees der „ukrainischen sozialdemokratischen Partei“ und die Herausgabe eines „Aufrufes an die Arbeiter-Ruthenen“ (1896), in welchem die Unterzeichneten (Pawlyk, Franko, Nikolaus Hankewytsch, Eugen Lewickyj und vier Arbeiter) die ukrainischen Arbeiter zur Organisation, und zwar unter dem Banner der „ukrainischen sozialdemokratischen Partei“ angerufen haben, andererseits die Herausgabe der ersten ukrainischen sozialdemokratischen Zeitschrift, mit lateinischen Buchstaben gedruckt, „Robitnyk“ (Der Arbeiter), deren Redaktion dem Sozialdemokraten Hankewytsch übertragen wurde.

Während der „Aufruf“, von Eugen Lewickyj verfasst, zu sehr den gereizten nationalen Gefühlen der Radikalen Ausdruck gab, stand die Zeitschrift gleich vom Anfang an auf dem Klassenstandpunkt, indem im ersten Artikel ausgedrückt wurde, die Partei nehme das Hainfelder Programm als ihr eigenes an und werde demgemäss ihre Tätigkeit gestalten. Der Verfasser des erwähnten Programmartikels legte, indem er die internationale Solidarität des gesamten Proletariats auseinandersetzte, die Stellung der Partei in der nationalen Frage dar, sich auf Engels' Vorwort zur polnischen Ausgabe des Kommunistischen Manifests berufend, und zwar: „Die internationale Solidarität des Proletariats ist eng damit verbunden, dass eine jede Nation selbst ihre Angelegenheiten

einrichten könne.... Die Sozialdemokratie widerstrebt der Ausübung von Gewalt seitens einer Nation über die andere, da sie weiss, dass jede Gewalt nicht nur den Bedrückten, sondern auch den Bedrückten korrumpiert und nur den herrschenden Klassen der herrschenden Nation zum Vorteil wird.“

Dieser erste Versuch, eine ukrainische sozialdemokratische Partei aus der Initiative der radikalen Partei zu schaffen, musste mit einem Misserfolg enden angesichts der Anschauungsverschiedenheit ihrer Gründer über die Zwecke und Aufgaben der ukrainischen Arbeiterbewegung.

Dies wurde sogleich in der Praxis ersichtlich. Im Jahre 1897 hat die galizische Sozialdemokratie im Einverständnis mit den ukrainischen Sozialdemokraten der neuen Organisation einen eigenen Kandidaten in einem Wahlkreise aufgestellt; gegen diesen hat die radikale Partei wiederum ihren Kandidaten gestellt. Das bewirkte, dass die Radikalen aus der Leitung der neuen Organisation ausgetreten sind. Nach dem Austritt derselben hörte „Der Arbeiter“ auf zu erscheinen — und die Organisation verfiel.

### 6. Die ukrainische sozialdemokratische Partei.

Die Entwicklung der Spaltung innerhalb der radikalen Partei und des Verfalles des sozialistischen „narodnytwo“ folgte nun in raschem Schritte von Tag zu Tag, besonders nach dem Tode Drahomanows im Jahre 1895, als der Mann nicht mehr lebte, der vermöge seiner Autorität und seines persönlichen Einflusses die inneren Gegensätze der Partei zu mildern vermocht hatte. Es schien eine Zeitlang, diese Evolution werde mit dem Uebergang der ganzen Partei zu der allgemeinen österreichischen Sozialdemokratie enden; dazu drängte die sozialdemokratische Gruppe innerhalb der radikalen Partei. Die Bestrebungen dieser Gruppe waren sogar zeitweilig nicht erfolglos geblieben.

Schon im Jahre 1897 hat die Exekutive der radikalen Partei einen Beschluss gefasst, dass die radikalen Abgeordneten Dr. Jarosseywtsch und Dr. Okunewskyj sich an die sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Parlament anschliessen sollen. Im selben Jahre sandte die Partei ihre Delegierten zum allgemeinen österreichischen Kongress nach Wien; die Erklärung der Delegierten, die radikale Partei stehe auf sozialdemokratischer Grundlage, nahm der Kongress an, indem er mit Dr. Adlers Worten aussprach: „Die Erklärung der radikalen Partei wird einerseits zur Aufklärung der Verhältnisse innerhalb der Partei selbst, anderseits zur Beschleunigung der Organisation derselben auf sozialdemokratischer Grundlage beitragen.“ Im Jahre 1898 wurde auf dem Kongress der Partei ein Antrag gestellt, „die Partei solle eine sozialdemokratische heissen, das sozialdemokratische Programm annehmen und sich der Zentralleitung der österreichischen Sozialdemokratie unterordnen, ihren Vertreter in dieselbe entsendend“. Der Antrag wurde aber von der Organisationskommission abgelehnt. Im Jahre 1898 tauchte dieselbe Frage wiederum auf, und zwar in der Parteileitung und gewann die Stimmenmehrheit. Dies hat einen Sturm in der Partei hervorgerufen. Pawlyk, der um jeden Preis den Beschluss nicht zulassen wollte, berief eine Konferenz der Vertrauensmänner ein; mit einer Mehrheit von einer Stimme hat diese Konferenz beschlossen, den sozialdemokratischen Antrag von der Tagesordnung abzusetzen. Die Partei sollte auf immer selbständig bleiben. Im Namen der der Konferenz beiwohnenden Sozialdemokraten hat Dr. Jarosseywtsch sofort nach dem Beschluss erklärt, dass die Sozialdemokraten aus der Partei austreten.

Da 1897 die galizische Sozialdemokratie auf ihrem Kongress beschlossen hat, sich nicht mehr galizische, sondern polnische Sozialdemokratie zu nennen, blieb den ukrainischen Sozialdemokraten, die aus der radikalen Partei austraten, und denen, die in der galizischen Sozialdemokratie tätig gewesen waren, nichts anderes übrig, als eine selbständige ukrainische sozialdemokratische Partei zu gründen.

Dies geschah am 18. September 1899. Die Konferenz der ukrainischen Sozialdemokraten, die an diesem Tage stattfand, hat das Programm der österreichischen Sozialdemokratie angenommen, eine Parteileitung erwählt und beschlossen, ein eigenes Organ herauszugeben und die Agitation und Organisation unter der ukrainischen Arbeiterschaft fortzusetzen. Zum allgemeinen österreichischen Kongress in Brünn, der einige Tage später stattfand, wurde ein Delegierter gewählt.



In demselben Jahre gründeten die Nationalisten innerhalb der radikalen Partei, Eugen Lewickyj und W. Ochrymowytsch, eine Halbmonatsschrift „Budučnist“ („Die Zukunft“), die den Grund für eine neue Partei vorbereiten wollte, die ein Ausdruck des neuen ukrainischen politischen Nationalismus sein sollte. Die Bemühungen der Nationalisten in der radikalen Partei hatten einen vollständigen Erfolg. Zu Ende des Jahres 1899 kam es zur Gründung der „ukrainischen national-demokratischen Partei“; in dieselbe traten die Nationalisten der radikalen Partei ein. Bei der radikalen Partei blieb nur Pawlyk mit Dr. Trylowskyj und sehr wenigen Anhängern; sie beschlossen, dem Programm ihrer Partei treu zu bleiben und die weitere Arbeit in derselben Richtung fortzusetzen.

Die weitere Entwicklung der Parteiverhältnisse bei den galizischen Ukrainern und die Wirklichkeit des ukrainischen politischen Lebens haben den politischen Charakter der radikalen Partei vollständig geändert. Das sozialistische „narodnyztwo“ hat den Platz der Ideologie der radikalsten ukrainischen Intelligenz mit ihrem agrarischen Charakter abgetreten. Der „wissenschaftliche Sozialismus“, der noch weiter im Programm der radikalen Partei blieb, wurde zur Etikette, die mit dem Inhalt ihrer Praxis nichts mehr gemein hat.

Schwierige Verhältnisse begleiteten die Tätigkeit der jungen sozialdemokratischen Partei. Bis 1907 stand diese Tätigkeit unter dem Zeichen der Propaganda von sozialistischen Gedanken auf dem Lande und in den Städten Ostgaliziens. Ihre Aufgabe erfüllte die Partei, indem die Halbmonatsschrift „Wolja“ („Die Freiheit“) von N. Hankewytsch redigiert, herausgegeben und zum Zwecke der Agitation viele Volksversammlungen abgehalten wurden. Um eine kleine Gruppe der Propagandisten und Agitatoren, N. Hankewytsch, Wityk und Melen, konzentrierte sich die Tätigkeit der Partei. Die Tätigkeit des ersten — an diesem Orte sprechen wir nicht von seinen Verdiensten um den Sozialismus in Galizien überhaupt — konzentrierte sich in dem Mittelpunkt der Arbeiterbewegung in Lemberg. Die zwei anderen agitierten auf dem Lande und in den kleinen Städten. Ausschliesslich auf dem Lande arbeitete Jatzko Ostaptschuk, vor allem im Bezirk Zbaraz, wo er auch zum Abgeordneten gewählt wurde. Auf diese Weise wurde langsam auf dem Lande und in den Städten Ostgaliziens die Botschaft des Sozialismus verbreitet; sie gewann immer neue Anhänger inmitten des städtischen und landwirtschaftlichen Proletariats.

Zwei Momente im Leben der jungen Partei sind noch hervorzuheben: Die Teilnahme der Partei am Riesenstreik ukrainischer Bauern im Jahre 1902 und an der Wahlreformbewegung in den Jahren 1905 und 1906.

Dank der energischen Teilnahme der Partei, besonders des energischen Agitators Semen Wityk, hat der Streik, an dem mehr als 100.000 Lohnarbeiter teilnahmen und der mit einer spontanen Kraft 500 Gemeinden in 24 Bezirken Ostgaliziens ergriff, die Formen einer ruhigen, ihrer Zwecke bewussten Bewegung angenommen; diese Ruhe wurde in ganz Europa, ja sogar von den heftigsten Feinden der arbeitenden Klasse in Galizien — von der polnischen Schlachta — bewundert. Noch energischer war die Teilnahme der Partei an der Wahlreformbewegung.

Man kann aber von der Partei als einer organisierten, festen, kollektiven Kraft in den Jahren 1900 bis 1907 noch nicht reden. Die ganze Energie haben die Parteimitglieder ausschliesslich dem Lande, der Agitation innerhalb der ukrainischen Bauernmassen gewidmet; der Organisation des ukrainischen Proletariats in den Städten hat man keine Aufmerksamkeit geschenkt. Als eine Hauptursache dieses Zustandes ist der Umstand anzusehen, dass die Tätigkeit der Parteiführer in den Städten eng mit der polnischen sozialistischen Bewegung verbunden war — und dass deswegen die Bildung von selbständigen ukrainischen Organisationen in den Städten durch grosse Schwierigkeiten gehemmt wurde. Beim Mangel einer kräftigen sozialistischen Bewegung in den Städten Ostgaliziens wurde es sehr schwer, das landwirtschaftliche Proletariat zu organisieren, dessen Organisationen bekanntlich nur dort fest und stark sein können, wo es schon eine organisierte städtische Arbeiterbewegung gibt. Bereits im Jahre 1907 kam eine Wendung in der Tätigkeit der Partei. Von dieser Zeit an wird bis auf den heutigen Tag die Arbeit der Partei unter der Initiative und Teilnahme der Genossen Lew Hankewytsch, P. Buniak, Julian Baczynskyj, W. Starosolskyj und anderen haupt-

sächlich der Organisation der ukrainischen Lohnarbeiter gewidmet; in kurzer Zeit hat diese Arbeit sichere und feste Errungenschaften gezeitigt.

Zum Zentralorgan der Partei wurde die Wochenschrift „Semlja i Wolja“ („Land und Freiheit“) in Lemberg, statt der früheren „Wolja“ („Die Freiheit“), die in 2000 Exemplaren gedruckt wird. Ausserdem gibt die Partei populäre Agitationsbroschüren „Tscherwonyj Prapor“ („Die rote Fahne“) heraus. In Czernowitz erscheint eine Halbmonatsschrift „Borba“ („Der Kampf“). In der letzten Zeit sind bereits 10 kulturelle und 12 politische Organisationen in den Städten Ostgaliziens und der Bukowina entstanden.

Von grosser Wichtigkeit wurde in den neuesten Zeiten die Frage der ukrainischen Gewerkschaftsbewegung. Es gibt eine Strömung in der Partei, die, nach dem Beispiel der Tschechen, die Bildung separatistischer Gewerkschaften anstrebt. Als Ursache dafür wird angegeben, dass die Landesgewerkschaftsleitungen die nationalen Forderungen der ukrainischen Arbeiter, die in den galizischen Gewerkschaften organisiert sind, nicht genügend beachten. Rund 4000\* gewerkschaftlich organisierte ukrainische Arbeiter Galiziens und der Bukowina von insgesamt 16.079 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in Galizien und 1162 in der Bukowina besitzen kein einziges ukrainisches gewerkschaftliches Organ, eine Miniaturbeilage in ukrainischer Sprache zum polnischen „Tabakarbeiter“ ausgenommen; von Drucksorten in ukrainischer Sprache ist keine Rede\*\*. Das Missbehagen wegen dieses Zustandes kam auf dem letzten Kongress der Partei im März 1909 zum Ausdruck. Es wurde beschlossen, auf die Notwendigkeit der Herausgabe von ukrainischen gewerkschaftlichen Organen und der Gründung eines besonderen Gewerkschaftssekretariats für Ostgalizien zum Zwecke einer erfolgreicherer Organisation der ukrainischen Arbeiter in den Gewerkschaften hinzuweisen. Auf demselben Kongress wurde auch beschlossen, das landwirtschaftliche Proletariat gewerkschaftlich zu organisieren und die Organisationen der Zentrale in Gablonz anzuschliessen. Es zeigte sich aber, dass der Beschluss derzeit praktisch nicht durchführbar ist.

In den letzten Jahren hat die Partei eine gewisse politische Kraft erworben. Bei den Reichsratswahlen im Jahre 1907 hat die Partei 28.585 Stimmen und zwei Mandate in zwei ländlichen Wahlbezirken bekommen. Bei den Ergänzungswahlen zum galizischen Landtag gewann die Partei im Jahre 1907 ein Mandat im Wahlbezirk Zbaraz, das sie bei den Wahlen 1908 wiederum verlor. In demselben Kreise hat die Partei ein Mandat zum Bezirksrat erobert.

Dies sind die Errungenschaften der Partei in der letzten Zeit. Die Partei erschien bis zum Jahre 1907 als eine Bauernorganisation; vom Jahre 1907 hat der Arbeitercharakter der Partei über ihren Bauerncharakter entschieden das Uebergewicht gewonnen. Es spiegelt sich dies sehr markant in den Kongressen der Partei. Auf den beiden ersten Kongressen (1903 und 1906) waren fast ausschliesslich Bauern vertreten; auf dem letzten Kongress hatten die Delegierten der städtischen Arbeiter die Zweidrittelmehrheit erlangt.

Die ukrainischen Sozialdemokraten sind sich ihrer jetzigen und zukünftigen Aufgaben wohl bewusst. Indem sie den Grund zu einer starken ukrainischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei vorbereiten, erfüllen sie am besten ihre Pflicht dem eigenen Volke und der ganzen sozialistischen Internationale gegenüber.

---

## Julius Grünwald: Ueber unsere Kraft

Die Gewerkschaften haben alle Ursache, den Ausführungen von Adolf Braun über „Lebensmittelteuerung und Gewerkschaften“\*\*\* besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

\* Diese Zahlen haben wir auf Grund eigener Informationen und Berechnungen ermittelt.

\*\* Die Zahl der sämtlichen polnischen Gewerkschaftsorgane beträgt 9.

\*\*\* Adolf Braun: „Lebensmittelteuerung und Gewerkschaften.“ „Kampf“, III. Jahrgang, Heft 3. Derselbe: „Die Gewerkschaften und der Kampf gegen die Teuerung“ und hiez zu Julius Deutsch: „Ueber die Grenzen gewerkschaftlicher Macht.“ „Kampf“, III. Jahrgang, Heft 5.

Sie dürfen mit Dank die Anregungen, welche in diesen Ausführungen enthalten sind, quittieren. Wenn man auch nicht alles, was Braun ausführt, unbesehen und ohne Bedenken akzeptieren muss — eine Reihe sehr gewichtiger Einwände hat ja bereits Julius Deutsch dagegen erhoben — so sind doch die Gedanken, die darin niedergelegt sind, sehr beachtenswert und durchaus geeignet, einer gründlichen Vertiefung der gewerkschaftlichen Tätigkeit zu dienen. Sicherlich hat ja jeder weiter als bis zum nächsten Tage blickende Gewerkschafter das von Braun angeschnittene Problem schon ein- oder das anderemal anlässlich eines praktischen Falles überdacht und sich die Frage vorgelegt, in welcher Art die ewige Schraube: Lebensmittelteuerung — Lohnerhöhung, Lohnerhöhung — Lebensmittelteuerung ihren Ausgleich finden könne. Und wenn auch mit den gesteigerten Geldlöhnen vielleicht nicht in der Mehrheit verschlechterte Lebensbedingungen parallel gehen, wenn auch die unausgesetzte Tätigkeit der Gewerkschaften vielmehr in der Regel eine Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft auch in den letzten Jahren der so exorbitanten Verteuerung aller Lebensbedürfnisse als Erfolg buchen konnte, so muss doch zugegeben werden, dass dieser Erfolg lange nicht im Einklang mit den berechtigten Anforderungen der Arbeiterschaft und mit der aufgewendeten Mühe steht und dass ein grosser Teil hievon, vielleicht sogar der grössere, durch die Lebensmittelteuerung wieder aus der Welt geschafft wurde.

Diese Erscheinungen, welche geeignet sein mögen, so manchen nur oberflächlich Denkenden an der Zweckmässigkeit unseres Strebens und Wirkens irre werden zu lassen, haben Braun zu seiner Theorie des Lohnvertrages angeregt und ihn veranlasst, Vorschläge hiezu zu machen, die einer gründlichen Diskussion durchaus wert sind. Seine Vorschläge gehen, in eine knappe Formel gebracht, dahin, dass die Gewerkschaften in Zukunft in den Tarifverträgen nur einen Teil des Lohnes ziffernmässig festlegen sollen, während der andere Teil, nach Braun der grössere, in regelmässigen Zeitintervallen durch ein paritätisches Schiedsgericht je nach der Höhe der wichtigsten Lebensmittelpreise festgestellt werden soll.

Die Voraussetzungen, welche Braun für die praktische Durchführung seiner Vorschläge als nötig erachtet, lassen es als minder wahrscheinlich erscheinen, dass diese schon in nächster Zukunft ihre volle, ungeteilte Anwendung finden könnten. So, wenn er „kräftige, gut geleitete Organisationen von Arbeitern und Unternehmern . . .“ hiezu verlangt. Wer die Entwicklung unserer Gewerkschaften aufmerksam verfolgt, kann zwar nicht leugnen, dass sie trotz des durch die Wirkungen der wirtschaftlichen Krise in den letzten Jahren verursachten zifferngemässen Rückganges an Kraft und Fähigkeit, die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren, immer mehr zunehmen; immerhin aber: Zu jener Kraft und jener Beherrschung aller Machtmittel, die der Braunsche Vorschlag zur Voraussetzung hat, fehlt der Mehrheit von ihnen noch immer ein sehr beträchtlicher Teil . . . Noch schlimmer aber als mit den Organisationen der Arbeiter ist es mit denen der Unternehmer bestellt. Nicht etwa, dass diese vielleicht der relativen Zahl der Mitglieder nach schlechter gestellt wären und dass es ihnen darum noch mehr als denen der Arbeiter an der nötigen Kraft, die von Braun gemachten Vorschläge in der Praxis durchzuführen, mangeln würde. Im Gegenteil: Die Unternehmerorganisationen, so jung sie auch noch in Oesterreich sind und so sehr sie auch erst geschaffen wurden aus der Sucht, einen Rückhalt gegen die Bestrebungen der Arbeiterorganisationen zu bilden, haben in den letzten Jahren einen weit rascheren Aufschwung als diese genommen und sind auch infolge der Pressionsmittel, die ihnen im Gegensatz zu den Arbeiterorganisationen gegenüber ihren Mitgliedern zur Verfügung stehen, weit eher als diese geeignet, den starken Einfluss, der ja zur Durchführung der Vorschläge Brauns nötig ist, auszuüben. Aber ein anderes nötiges Moment mangelt den Unternehmerorganisationen heute noch zur Gänze: Das moralische. Vielleicht mag jeder einzelne der in einer derartigen Organisation vereinigten Unternehmer persönlich ein ehrenwerter Mann sein. Wie weit her es aber mit der Ehrenhaftigkeit ihrer Organisationen und mit deren moralischen Qualitäten den Arbeitern gegenüber bestellt ist, hat nebst vielem anderen auch die vor kurzem stattgefundene Versammlung einer dieser Organisationen bewiesen, in welcher einer ihrer Wortführer unter dem Beifall der Versammelten, ohne auch nur ein Wort des Widerspruches zu finden, Lüge, Heuchelei und Verdächtigung als die geeignetsten

Mittel bei den Beratungen über einen Tarifvertrag pries. Vielleicht mag es als überflüssig erscheinen, in der Diskussion über die Vorschläge Brauns auf diese Dinge zu sprechen zu kommen. Da aber dieser selbst ihre praktische Anwendung verlangt und keine rein theoretische Diskussion ohne praktische Nutzenanwendung führen will, ist es nicht unangebracht, auch die praktischen Durchführungsmöglichkeiten zu prüfen. Hierzu gehört auch die Untersuchung der Frage, ob jeder der zu einem derartigen Vertragsabschluss berufenen Vertragskrontrahenten dazu geeignet ist. Und dies ist, soweit die Unternehmerorganisationen in Betracht kommen, heute noch zu bestreiten. Nebst dem bereits erwähnten Beweis sprechen noch viele andere hierfür. Die Arbeiterschaft wird, so wie sie die Unternehmer überhaupt erst zur Organisation erziehen musste, diesen auch erst die Notwendigkeit ehrlicher Waffen im wirtschaftlichen Kampfe einpauken müssen, bevor sie die Eignung besitzen werden, so verfeinerte Tarifverträge abzuschliessen, wie sie Braun in Vorschlag bringt.

Doch mag ja dieser Einwand von sekundärer Bedeutung sein, da es ja doch in absehbarer Zeit gelingen kann, die Unternehmerorganisationen zu jener Wahrhaftigkeit zu erziehen, die auch im wirtschaftlichen Kampfe die erste Voraussetzung ist. Wie ist es jedoch mit den praktischen Wirkungen des Braunschen Vorschlages auf die Bestrebungen der Gewerkschaften bestellt? Julius Deutsch befürchtet hiervon eine Abschwächung des Klassenkampfes, er meint weiter, die Vorschläge seien geeignet, das Schwergewicht unserer Kämpfe auf die Erhaltung der gegebenen Lebenshaltung der Arbeiter zu legen, und schwächen also unsere Kraft zum Angriff. Versucht man, die Vorschläge Brauns in der Praxis sich vorzustellen, so wird man diesen Einwand Deutsch' nicht ohneweiters ablehnen können. Braun wehrt sich mit allem Eifer gegen diesen Einwand und behauptet, er strebe gerade das Gegenteil an: Eine Verschärfung des gewerkschaftlichen Kampfes zum Zwecke der besseren Ausnützung der Kampfmittel. Dass Braun dies beabsichtigt, soll nicht bestritten werden. Es fragt sich nur, ob die praktische Anwendung seiner Vorschläge diesen Effekt zeitigen würde. Naturgemäss müsste in den von ihm vorgeschlagenen regelmässigen Schiedsgerichtssitzungen — nach Braun  $\frac{1}{4}$ jährigen — das Schwergewicht auf das Verhältnis der Lebensmittelpreise zu den bisherigen Löhnen gelegt werden. Und dass unter dieser Voraussetzung — das Zutreffen aller anderen Voraussetzungen: Ehrlicher Wille auf beiden Seiten und eine einwandfreie Detailhandelsstatistik in erster Linie angenommen — die bisherigen Löhne als Basis der neuen Vereinbarung dienen müssten, erscheint mir sehr naheliegend. Es wäre denn, dass ein gewisser prozentualer Aufschlag schon beim Abschluss des Urtarifs vereinbart worden wäre. Fehlt dieser aber, so könnte meines Erachtens bei der Schiedsgerichtssitzung nur das bisherige Verhältnis wieder als Basis des zu vereinbarenden Lohnes angenommen werden.

Dass Braun selbst nur eine derartige Vereinbarung im Sinne hat, erhellt ja auch daraus, dass er die Möglichkeit für gegeben erachtet, „... die Arbeiter würden bei einem Rückgang der Warenpreise auch einen Rückgang des Geldlohnes voraussehen und verstehen ...“. Dass der Rückgang in diesem Falle die Arbeiter „... nicht so schmerzhaft treffen würde ...“, mag zugegeben sein, nicht aber, dass sie ihn auch akzeptieren würden. Denn was wäre dies anderes als eine Erhaltung der bisherigen Lebenshaltung ohne jede Hebung und Verfeinerung derselben? Und die Arbeiter sehen doch mit vollem Recht in den Gewerkschaften eine Vereinigung, die ihnen unausgesetzt einen grösseren Anteil an den Schönheiten des Lebens erobern soll. Wo bliebe aber diese eminent kulturfördernde Aufgabe der Gewerkschaften, wenn jeder Preisrückgang der zum nackten Leben nötigen Bedürfnisse auch schon eine Reduzierung ihres Gesamtlohnes zur Folge haben müsste?

Hier scheint mir übrigens auch aus einem anderen Grunde noch die schwächste Stelle der Braunschen Vorschläge zu sein. Ich meine, deren praktische Anwendung würde auf das Gröbste des Tarifvertrages, den Minimallohn, das Schwergewicht in grösserem Ausmass lenken, als dies dem Ausbau des Tarifvertragswesens und dessen Verfeinerung dienlich ist. Mit Ausnahme nur einiger Berufszweige, hauptsächlich der Baugewerbe, ist der tarifarisch festgelegte Minimallohn durchaus nicht der Normallohn. Es ist wohl überflüssig, an dieser Stelle den Unterschied zu erläutern. Immerhin jedoch ist es gut, angesichts der von Braun gemachten Vorschläge daran zu erinnern, dass es

noch zu den ungelösten Problemen der Gewerkschaftspolitik gehört, in den Berufen mit physisch und geistig stark differenzierter Arbeitsleistung die Löhne sämtlicher Arbeiter dieser Differenzierung entsprechend tarifarisch zu regeln. Leider wird insbesondere in den österreichischen Gewerkschaften der Lohnstatistik noch zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Wäre dem nicht so — und die wenigen vorliegenden Statistiken beweisen dies zur Genüge — so würde sich sehr rasch zeigen, dass in den meisten Berufszweigen der tarifarisch vereinbarte Minimallohn wirklich nur der Minimallohn ist und dass ein nicht unerheblicher Bruchteil der betreffenden Arbeiter, in vielen Fällen sogar die Mehrheit, alle Ursache hätte, sich sehr energisch dagegen zu wehren, im Minimallohn auch den Normallohn zu erblicken. Als Beweis hierfür zitiere ich eine Lohnstatistik des Buchdruckerverbandes vom Jahre 1902 (eine Statistik jüngeren Datums in gleicher Ausführlichkeit liegt mir leider nicht vor), wonach in den Werkdruckereien und Schriftgiessereien von den Beschäftigten 3·35 Prozent unter dem Minimum, 26·36 Prozent zum Minimum und 70·29 Prozent über dem Minimum entlohnt waren. In den Zeitungsdruckereien waren die entsprechenden Zahlen 0·48 Prozent, 13·21 Prozent und 86·3 Prozent. In anderen Berufen mit niedrigeren Minimallöhnen dürften die Verhältnisse zugunsten der über dem Minimum Entlohten sicherlich nicht schlechter sein. Der Braunsche Vorschlag kann aber meines Erachtens nur Anwendung finden bei der Regelung der Minimallöhne und würde demnach den weitaus grösseren Teil der Arbeiter, alle jene, die über dem Minimum entlohnt sind, ausser Betracht lassen. Nun kann ja hiegegen eingewendet werden, dass die Differenzen in den Löhnen auch nach jeder schiedsgerichtlichen Regelung der Minimallöhne in der bisherigen Höhe übernommen werden könnten. Ganz abgesehen jedoch von den praktischen Schwierigkeiten, denen ein derartiger Ausgleich begegnen müsste, wäre hiegegen auch die Berufung der Unternehmer auf den Warenpreis als Grundlage für die Bemessung der Löhne zu erwarten.

Auch nach einer anderen Richtung hin erscheinen mir die Vorschläge Brauns geeignet, der gesunden Entwicklung des Tarifvertragswesens hinderlich zu sein. Je weiter dieses fortschreitet, je grössere Arbeiterschichten hiervon erfasst werden, je mehr die Arbeiterschaft es nicht nur mit den Abschlüssen neuer Tarife, sondern auch mit Tarifrevisionen zu tun hat, um so mehr erfasst der Tarifvertrag neue Teile des Arbeitsverhältnisses und verringert in gleichem Masse die zu Beginn der Tarifvertragsperiode dominierende Bedeutung des vereinbarten Minimallohnes. Braun spricht selbst „... von dem vielen, das uns heute erreichbar erscheint, was im Kreise der Gewerkschaften vor einem Menschenalter noch nicht erstrebt werden konnte...“ Ich will nicht so weit zurückgehen. Vor wenigen Jahren noch erschien uns das Recht auf den Erholungsurlaub, den freien Samstagnachmittag als weiss Gott wie ferne noch liegende Ideale. Und heute? Die Steindrucker und Lithographen schliessen keinen Vertrag mehr ohne das Recht auf den alljährlichen Erholungsurlaub ab, auch die Brauer können sich zahlreicher Erfolge auf diesem Gebiete erfreuen, die Metallarbeiter haben in einer ganzen Anzahl grossindustrieller Betriebe den freien Samstagnachmittag, die Tabakarbeiter danken diesen gewaltigen Fortschritt seit Beginn dieses Jahres der klugen Taktik ihrer Organisation u. m. a. Diesen Fortschritten in Teilen des Arbeitsverhältnisses, die nicht direkt den Minimallohn betreffen, schliessen sich gleichartige Fortschritte, die Verkürzung der Arbeitszeit betreffend, an. All dies ist für die Arbeiterschaft von nicht minder grosser Bedeutung wie die Frage der Höhe des Minimallohnes. Es bedeutet aber auch eine Verallgemeinerung des Tarifvertrages, eine Umfassung des ganzen Arbeitsverhältnisses, welche geeignet ist, dem Minimallohn sehr viel von jener dominierenden Bedeutung zu nehmen, die ihn noch vor wenigen Jahren auszeichnete. Die Vorschläge Brauns sind aber meines Erachtens durch die hiedurch nötig werdende, fast unausgesetzte Beschäftigung mit dem Minimallohn geeignet, dessen Bedeutung wieder auf Kosten all der anderen von mir genannten Teile des Arbeitsverhältnisses in den Vordergrund zu rücken. Wie bereits angeführt, erscheint mir jedoch in sehr vielen Berufen die Höhe des Minimallohnes von nicht so ausschliesslich ausschlaggebender Bedeutung, als dass hiedurch die Beiseitdrängung der mehr den kulturellen Bedürfnissen der Arbeiterschaft dienenden Punkte des Arbeitsvertrages gerechtfertigt wäre.

Trotz dieser Bedenken jedoch, die sich mir bei eingehender Untersuchung der Wirkungen aufdrängten, welche sich bei der Anwendung der Braunschen Vorschläge in der Praxis ergeben könnten, halte ich diese für sehr beachtenswert. Und zwar weniger nach ihrer momentan praktischen Seite hin, sondern viel mehr nach dem erzieherischen Wert, der ihnen innewohnt. Ich fürchte zwar nicht, dass die Gewerkschaften, und insbesondere die Oesterreichs, mangels der Möglichkeit, ihr Tätigkeitsfeld erweitern zu können, auch nur im geringsten verknöchern könnten. Ihre ungelösten Aufgaben sind noch so mannigfaltig, das Stück Weg nach vorwärts, das sie bisher zurücklegten, noch so gering, dass ihrer in absehbarer Zukunft wahrlich auf allen Gebieten noch Arbeit genug harret. Und in erster Linie auf dem der Tarifverträge. Was sie bisher auf diesem Gebiet geleistet, ist bei aller Anerkennung doch erst ein vielversprechender Anfang des zu leistenden Werkes. Bloss einige Aufgaben, die sie auf dem Gebiet der Tarifverträge zu lösen haben und die kaum noch da und dort in Angriff genommen sind, habe ich im vorstehenden erwähnt. Eine grössere Anzahl ist bisnun noch nicht einmal recht zur Diskussion gelangt. Von der Gefahr einer Verknöcherung kann also noch lange nicht die Rede sein.

Doch auch die trotz allem erste und älteste Frage beim Tarifvertrag, die über die Art und Form der Lohnvereinbarung, ist bisher über die primitive Festsetzung des Minimallohnes, so wie sie gegenwärtig geübt wird, nicht hinweggekommen. Sicherlich verlangt die stetig fortschreitende Anpassung der Tarifverträge an die Produktion eine Aenderung dieser primitiven Form. Diese nun angeregt zu haben, ist das wichtige Verdienst der Braunschen Vorschläge. Dass diese sofort und ohne jede Aenderung in der Praxis Anwendung finden, erwartet auch Braun nicht. Aus der gründlichen Diskussion hierüber, die ich nicht nur in der Presse, sondern viel mehr noch in gewerkschaftlichen Versammlungen für sehr zweckmässig hielte, wird sich aber gewiss jener Niederschlag ergeben, der für die gewerkschaftliche Tätigkeit sicherlich noch von grösstem Nutzen sein wird. Und wenn Braun mit seinen Vorschlägen den Gewerkschaften auch zeigen wollte, wie wenig beschränkt ihr Tätigkeitsgebiet noch ist, wie vielgestaltig noch die Aufgaben sind, die ihrer in der Zukunft harren, und wie wenig sie Ursache haben, vor einem Erschöpfen derselben zu bangen, so ist ihm diese Absicht glänzend gelungen. Er hat jenen Gewerkschaften, die ihre Tätigkeit nicht bloss auf die Notwendigkeiten des heutigen und des morgigen Tages beschränken, Rückhalt und neues Kraftbewusstsein verliehen, indem er zu den vielgestaltigen Aufgaben, die sie zu bewältigen haben, ihnen einen Weg zur Lösung einer der schwierigsten von diesen zeigte. Neben diesem grossen Wert der gemachten Vorschläge erscheint der Umstand, dass dieser Weg nicht sogleich und in allen seinen Phasen gangbar erscheint, von ganz untergeordneter Bedeutung.

---

## Karl Richter: Die Revolution der Kunst und ihr Einfluss auf das Gewerbe

Wien war seit jeher eines der hervorragendsten Zentren künstlerischen Schaffens. Wohl nur wenige Städte können sich rühmen, auch nur annähernd eine gleich grosse Anzahl der bedeutendsten Künstler auf allen Gebieten hervorgebracht zu haben. Maler, Bildhauer und Baukünstler haben auf dem Wiener Boden unvergängliche Kunstwerke geschaffen, die heute noch richtunggebend sind, eine grosse Anzahl von berühmten Dichtern und Schriftstellern ist dem Wiener Boden entsprossen, die grössten Musiker haben in Wien ihre Heimat oder sie haben zum mindesten hier den Höhepunkt ihrer Entwicklung und ihre führende Rolle erreicht und nicht zuletzt hat auch die darstellende Kunst in Wien berufene Vertreter gefunden. Wollte man die Kunstgeschichte Wiens schreiben, so würde sie gewiss einen ganz ansehnlichen Teil der Geschichte der Künste überhaupt darstellen. Aber nicht nur jedes Gebiet künstlerischen Schaffens hat

in Wien berufene Vertreter gefunden, sondern auch jede Epoche der Kunstentwicklung fand hier ihre Meister, die zu aller Zeit mehr waren als blosser Nachahmer der Kunstbestrebungen des Auslandes, und schliesslich ist es ja die höchste Aufgabe der Kunst, in jeder Form befruchtend und belebend über die engeren Grenzen ihrer Heimat hinaus zu wirken.

Die Ursache der künstlerischen Produktivität Wiens ist wohl zum nicht geringen Teil in der sonnig heiteren Lebensauffassung der Bevölkerung Wiens zu suchen, welche auch die besten Werke der Wiener Kunst am auffallendsten widerspiegeln, eine Lebensauffassung, die im nächsten Moment in die tiefste Schwermut umzuschlagen vermag, aber selbst dann noch unter Tränen lacht. Das meiste aber zur Entwicklung der Kunst dürfte der Umstand beigetragen haben, dass Wien Jahrhunderte hindurch das wichtigste Zentrum deutscher Kultur und Bildung gewesen ist, das zwar an Glanz oder Grösse von anderen deutschen Städten heute übertroffen sein mag, an geistiger und künstlerischer Regsamkeit aber gewiss immer noch hochragend dasteht.

Es ist unter solchen Umständen nur selbstverständlich, dass sich auch jene Gebiete menschlicher Arbeit, die zur angewandten Kunst — wenn man es so nennen mag — in enger Beziehung stehen, ihrem Einfluss nicht nur nicht entziehen können, sondern dass sie von ihr sehr stark beeinflusst werden. Das trifft vor allem auf die verschiedenen Zweige des Handwerks zu, die Bezeichnung einzelner Gewerbebezüge als ausgesprochene Kunstgewerbe ist nur berechtigt, selbst dann, wenn wir von der leider nur allzuoft missratenen Schwester der Kunst, der Mode, vollständig absehen, obwohl zwischen beiden enge Zusammenhänge bestehen. Die Kunstgewerbe werden nun von der sogenannten hohen Kunst befruchtet, die wechselnde Kunstrichtung entscheidet auch ihr Schicksal, Aufblühen und Verkommen. Welcher Einfluss nach der Richtung auf die einzelnen Zweige des Kunstgewerbes ausgeübt wird, wollen wir an einem Beispiel erweisen.

In der ersten Reihe unter den Kunstgewerben stand bei allen Völkern der alten und der neuen Zeit die Vergolderei. Im frühen Altertum war sie bereits bekannt, sie schien auch eine sehr vielseitige Verwendung gefunden zu haben. Nach Homer liess schon Nestor, also zur Zeit des Trojanischen Krieges, einem Ochsen die Hörner vergolden, bevor er ihn den Göttern opferte. Ihren Höhepunkt in Bezug auf künstlerische Ausführung als auch ihre Anwendung überhaupt erreichte die Vergolderei im 18. Jahrhundert. Von da ab beherrscht sie unbeschränkt die künstlerische Ausstattung der Innenräume sowohl als der äusseren Dekoration. Goldmöbel standen im Salon und im Boudoir, Schlafzimmern wurden in vergoldeter Bildhauerarbeit ausgeführt, vergoldete Wand- und Deckendekorationen vervollständigten das Bild tändelnder Eitelkeit des Rokokozeitalters. Die nüchternsten Gebrauchsmöbel, wie Schreibtische und Stühle, wurden reich verziert und vergoldet und selbst in die ärmste Hütte drangen als schwacher Abglanz der Ueppigkeit der Reichen künstlerisch vergoldete Rahmen, Standuhren und anderer Kleinkram. Die eifrigste Förderung ging, wie bei sehr vielen anderen künstlerischen Bestrebungen, von der katholischen Kirche aus. Die Kirchen bildeten wahre Schmuckkästchen an Innenausstattung, es wurden förmliche Orgien in Gold und Farbe, hauptsächlich aber in Gold gefeiert. Kanzeln und Altäre, Orgeln und Chorstühle wurden überreich verziert und vergoldet und selbst der nüchterne Beichtstuhl, der in seiner Einfachheit den Gläubigen an die Vergänglichkeit aller irdischen Freuden gemahnen und ihn durch nichts von der inneren Einkehr ablenken soll, wurde, wenn auch bescheiden, doch mit Gold verziert, nicht zu vergessen der künstlerisch ausgeführten und vergoldeten Wiegen und Särge als der ersten und letzten Aufenthaltsstätte im Leben des Menschen.

Wien und Paris gaben auf diesem Gebiete den Ton an. Zwar bemühten sich auch einige deutsche Städte, mitunter mit Erfolg, sich dieser Entwicklung anzupassen. Die Nürnberger Spiegelindustrie nahm eine ganz respektable Stellung ein, obwohl sie sich fast ausschliesslich auf den einen Artikel und da nur auf Marktware, beschränkte, die alte Kunststadt München blieb unter der Förderung kunstsinniger Herrscher auch nicht im Hintertreffen, selbst Italien trat mit geschnitzten Rahmen und Möbeln auf den Markt, doch vermochte es sich nicht zu behaupten, da die italienische Ware allzu schreiend mit das Auge ermüdender Glanzvergoldung auftrat und so die innige

Harmonie zwischen der Wandbekleidung und Deckenverzierung des Raumes mit den Rahmen und Möbeln vermissen liess.

So ging es fort bis in die neueste Zeit, als plötzlich Mitte der Neunzigerjahre des vorigen Jahrhunderts auch in der Kunst der Ruf ertönte: Zurück zur Natur! Materialechtheit, Naturtreue waren auf einmal die erlösenden Prinzipien, die begeisterte Vorkämpfer fanden und es entstand jene Revolution in der bildenden Kunst des letzten Jahrzehnts, deren Zeugen wir alle gewesen sind. Und wahrlich, leicht wurde den begeisterten Jüngern der neuen Kunstrichtung ihr endlicher Sieg nicht gemacht. Die offiziellen Vertreter der alten Schule bäumten sich auf in gerechter Entrüstung, hatten sie doch die Jahrhunderte alte Tradition und fast das ganze kunstverständige und kunstsinigige Publikum hinter sich. Es kam vielfach direkt zum Bruch, der beispielsweise in Wien mit dem demonstrativen Austritt der „Jungen“ aus der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens endete. Die neue Richtung aber setzte sich durch, so sehr auch das offizielle Künstlertum dagegen arbeitete. Zu Beginn des Jahres 1897 bildete sich die Künstlervereinigung „Sezession“ und damit war auch das Schlagwort für die neue Kunstrichtung gefunden. Als „Sezession“ und „sezessionistisch“ wurde alles verketzert, was auch nur entfernt andeutete, dass der Schöpfer eigene Bahnen zu wandeln entschlossen war. In Deutschland erfand man dafür die Bezeichnung Jugendstil, da sich einige der ernstesten Vertreter dieser Kunstrichtung um die Kunstzeitschrift „Jugend“ gesammelt hatten.

Nun folgte die Sturm- und Drangperiode der neuen Richtung, die wie jede sieghafte Strömung eine Unmasse von Mitläufern und Nachbetern fand, die sich bisher infolge ihrer Unbedeutendheit nicht durchzusetzen vermocht hatten. Diese Sturm- und Drangperiode war für die neue Richtung wohl die fruchtbarste und entscheidendste, denn sie wurde gleichzeitig zum Läuterungsprozess der neuen Kunst. Alles was unbedeutend und mittelmässig war, wurde abgestossen und verschwand ebenso schnell, als es auftauchte, nur was wirklich gut war, bestand und wird hoffentlich auch für die Zukunft bestehen. Das Ende des letzten Jahrhunderts fand eine in sich gefestigte Kunst und Kunstanschauung vor, die sich trotz aller Widerstände im Sturm durchgesetzt hatte.

Wie aber jede Revolution über Leichen geht und neues schaffend altes zerstört, so konnte auch die epochale Aenderung unserer Kunstanschauung und unseres Kunstempfindens nicht spurlos an jenen Zweigen gewerblichen Schaffens vorübergehen, die von der Kunst geleitet und befruchtet werden, um ihrerseits wieder der Kunst zum Ausdruck zu verhelfen, sie gewissermassen im bescheidenen Rahmen ihrer Tätigkeit zu ergänzen. Welch ungeheure Fülle befruchtender Keime von der neuen Kunst ausgegangen sind, lässt sich hier nicht sagen; was wir nachweisen wollen, ist, wie sie, die Schaffende, auf einzelnen Gebieten zerstörend wirkte.

Die Vergolderei war einer jener Zweige des Kunstgewerbes, die von ihrer zerstörenden Wirkung am schwersten betroffen wurden. Wie bereits erwähnt, nahm Wien auf diesem Gebiete eine dominierende Stellung ein, die Folgen, die hier eingetreten sind, sind also typisch, aber es würde gewiss nicht schwer fallen, auch in den anderen auf dem Gebiete künstlerischer Innendekoration führenden Orten, wie Paris, München etc., desgleichen Erscheinungen nachzuweisen. Der neue Stil mit seinem Grundprinzip der Materialechtheit machte die Vergoldung nahezu unmöglich, es erschiene heute als ein Anachronismus oder als eine Lästerung der hehren Gottheit Kunst, wollte man vergoldete Möbel herstellen. An die Stelle der Vergoldung sind die natürlichen, allerdings vielfach auch die unnatürlichsten Farben des Holzes getreten, Wände und Decken bleiben stilgerecht kahl, höchstens von einem Farbenton unterbrochen. Die Wirkungen auf das Vergoldergewerbe blieben auch nicht aus. Im Jahre 1898, zu einer Zeit also, wo sich die „Sezession“, um bei diesem Ausdruck zu bleiben, bereits durchzusetzen begann, waren in Wien 573 Arbeiter im Vergoldergewerbe beschäftigt. Rechnet man, um ein genaues Bild über den Beschäftigungsgrad zu erhalten, die Wochen der Arbeitslosigkeit und Krankheit der einzelnen Arbeiter ab, so ergibt sich ein Bestand von 541 Vollarbeitern zu 52 Arbeitswochen im Jahre. Im Jahre 1899 stieg dann vorübergehend die Zahl der Beschäftigten, weil während einer kurzen Zeit des Jahres dringende Renovierungsarbeiten in den kaiserlichen Schlössern ausgeführt wurden, die Zahl der Vollarbeiter sank aber



trotzdem, und seit der Zeit zeigt sich ein konstantes Sinken der Zahl der Vollarbeiter sowohl als auch des Höchststandes der Beschäftigten, wie aus den nachfolgenden Ziffern unzweifelhaft hervorgeht:

Jahr	Höchststand der Beschäftigten	Zahl der Vollarbeiter	Differenz
1898 . . . . .	573	541	32
1899 . . . . .	597	531	66
1900 . . . . .	576	520	56
1901 . . . . .	531	467	64
1902 . . . . .	474	453	21
1903 . . . . .	482	412	70
1904 . . . . .	483	380	102
1905 . . . . .	456	350	106
1906 . . . . .	402	348	54
1907 . . . . .	442	351	91
1908 . . . . .	393	322	71

Daraus ergibt sich, dass die Höchstzahl der Beschäftigten von 597 im Jahre 1899 auf 393 im Jahre 1908 gesunken ist, sich mithin um 204 oder 34·1 Prozent verringert hat, während in derselben Zeit die Zahl der Vollarbeiter sogar um 219 oder 40·4 Prozent abnahm. Die Differenz zwischen der Zahl der Vollarbeiter und der Höchstzahl der Beschäftigten liefert einen deutlichen Beweis von der furchtbaren Arbeitslosigkeit, der die Angehörigen des Berufes ausgesetzt waren und noch sind, obwohl sich die Arbeitslosigkeit in diesen Ziffern eigentlich gar nicht erschöpft, da ganz gewiss in jedem Jahre noch ein ziemlich erheblicher Prozentsatz derjenigen als arbeitslos zu zählen ist, um die sich die Höchstzahl der jeweils Beschäftigten verringert hat. Arbeitslos — Arbeiterlos. . . . .

Was ist nun mit jenen Leuten geschehen, die auf Grund der Ergebnisse dieser Zahlen alljährlich aus dem Gewerbe förmlich herausfallen, ohne dass sich konstatieren liesse, wo sie eigentlich hingekommen sind? In der Provinz ist für sie nichts zu holen, da dort Vergolder nur sehr selten angetroffen werden, gestorben, zum mindesten als Gewerbeangehörige gestorben, sind während dieser ganzen Zeit bloss 73, es sind also 131 in anderen Gewerben aufgegangen oder auch untergegangen, spurlos im Gewühle der Grossstadt. Aber nicht nur diese 131 sind spurlos verschwunden. Zuzuzählen sind noch 215 Lehrlinge, die während dieser Zeit freigesprochen wurden und trotz ihres Lehrbriefes — in der letzten Zeit erhalten sie sogar Gesellenbriefe — in dem Gewerbe keine Existenz finden konnten, das sie 3 bis 4 Jahre hindurch erlernten, um dann als Hilfsarbeiter oder Tagelöhner in einem anderen Berufe zu Konkurrenten zu werden. Das einzig Dauernde im Wechsel ist die Zahl der Unternehmer geblieben. Im Jahre 1898 waren es 137, im Jahre 1908 123. Zwar sind auch sie heruntergekommen wie die Gehilfen, Betriebe, wo noch vor Jahren 20 und mehr Leute standen, beschäftigten nunmehr kaum den dritten oder vierten Teil und vegetieren weiter. Zum grössten Teile sind auch sie keine Vergolder mehr, aber sie haben sich in die veränderten Verhältnisse gefunden. Mit Farbtöpf und Pinsel hantieren sie herum, um Rahmen und Möbel, der neuen Kunstrichtung entsprechend, dem Publikum mundgerecht zu machen, Vergoldung ist streng verpönt.

Allerdings hat ausser dem Stil auch die Technik dazu beigetragen, ein einst blühendes Kunstgewerbe dem Untergang zu weihen. Durch die Weltausstellung in Paris im Jahre 1900 wurde zum erstenmal dem grossen Publikum die Verwendung von Bronzepulver an Stelle der Blattvergoldung vor Augen geführt, eine eminent Arbeit sparende Methode, und seit der Zeit hat sie, im höchsten Grad vervollkommnet, ihren Siegeszug durch die Welt gehalten. Diese Technik lässt es zu, dort, wo sie anwendbar ist, mehr als die Hälfte der Arbeit zu ersparen und sie gelangt auch, dank der Profitsucht und der gewissenlosen Konkurrenz der Unternehmer, selbst dort zur Anwendung, wo echte Blattvergoldung verlangt und auch bezahlt wird. Dass die Arbeitslosigkeit dadurch vermehrt und das kaufende Publikum getäuscht wird, so dass es sich um so eher von der Vergoldung abwendet, ist eine Tatsache, die das Unternehmertum niemals begreifen lernen wird, wenigstens so lange nicht, bis ihm der Lebensfaden ganz abgeschnitten ist. Wie bald dieser Fall eintreten wird, lässt sich vorläufig nicht sagen, nach menschlicher

Voraussicht ist eine Besserung nicht zu erwarten. So zeigt uns die Entwicklung des Vergoldergewerbes, wie Revolutionen auf dem Gebiete der Kunst ebenso wirken, wie wirtschaftliche oder politische Umwälzungen, dass sie neue Werte schaffen, unbekümmert um das Schicksal dessen, was sie auf ihrem Siegeszug zerstören.

---

## Karl Erik Forsslund: Eine schwedische Volkshochschule

Nur drei Jahre hat die Volkshochschule in Brunsvik bisher existiert, und doch scheint es mir eine sehr schwere Aufgabe zu sein, sie zu schildern und in kurzen Zügen ihre Geschichte zu erzählen. Eine Schwierigkeit, die wohl auch gerade eine Folge ihrer kurzen Lebenszeit ist. Alles ist noch so neu, so ununterbrochen wachsend, siedend, fliessend; das Ganze hat sich noch nicht genügend gesammelt und Festigkeit gewonnen, um einen zusammenfassenden Ueberblick und eine Feststellung der Zellenkerne in diesem lebendigen Gewebe zu erlauben.

Die Volkshochschulbewegung ist jetzt in Schweden ungefähr 40 Jahre alt. Sie kam von Dänemark; die erst gegründete, und wenn ich richtig informiert bin, auch die meisten von den jetzt existierenden schwedischen Volkshochschulen (ungefähr 40) tragen das dänische, Grundtvigsche Gepräge — wenn auch möglicherweise einigermaßen verschwedischt. Das heisst, sie „ruhen auf einem nationalchristlichen Grunde“ und sind vor allem oder ausschliesslich für die Jugend auf dem Lande bestimmt. Sie sind im allgemeinen mit landwirtschaftlichen Schulen verbunden und sind mit äusserst wenigen Ausnahmen Spezialschulen für die Töchter und Söhne der Landwirte, der Bauern und der Pächter geworden. Viele sind auch dadurch und aus anderen Gründen erstarrt — sowohl was Inhalt als Form betrifft — und hinter den übrigen in ihrer Entwicklung zurückgeblieben.

Es war ein Versuch, Träume von frischeren Winden in diesem Zweig der Volksbildung zu realisieren, neue Kreise der Jugend in den Kreis der allgemeinen Bildung zu ziehen, und zwar nicht nur der Jugend vom Lande, sondern auch der der Stadt und der Industrie Zutritt zu dieser gründlicheren, allgemeinen, staatsbürgerlichen Bildung zu geben und zu einer wirklich zeitgemässen Bildung auf freiem Grunde und auf wissenschaftlichem Grunde, als die Volkshochschule in Brunsvik\* im Juli 1906 gegründet wurde. Der Platz ergab sich von selbst; auf dem Lande musste so eine Schule sein, in einer Gegend, die eine reiche und schöne Natur bietet, die aber zugleich die Möglichkeiten hat, selbst ein Kulturzentrum zu werden oder wenigstens leicht von den kulturellen und sozialen Bewegungen der Zeit erreicht werden zu können; eine Gegend, die die notwendige Ruhe für Arbeit und Zusammenleben gibt, aber auch von den frischen Winden des Tages durchbraust wird. Das Dorf Brunsvik im südlichen Dalekarlien in der Mitte des Bäragslagers\*\*, ungefähr in der Mitte des volkreichsten Teiles Schwedens, erfüllte diese Forderungen mit einer herrlichen Lage zwischen Wäldern und Gebirge, Gruben, Hütten und neueren industriellen Anlagen bei dem wunderschönen See Wäsmän. Ich, der einer der Hauptlehrer werden sollte, war dort seit acht Jahren zu Hause. Ein im Frühjahr eingeweihtes „Folkets hus“ (Volkshaus), Sammelpunkt für das neuerwachte Vereinsleben der Gegend, war auch als Hauptlokal und Vorlesungssaal für die Schule verwendbar. Ein kleines Gut in der Nähe wurde ebenfalls für die Wohnungen gemietet, ebenso Räume für einen Speisesaal und eine Schulküche. So fehlte es nur mehr an — Geld! Ein Subventionsgesuch wurde von der Ludwiko-Gemeinde der Regierung überreicht und abgewiesen; die Konservativen und Junker des Gemeinderates erklärten, dass sie zu Gott beten, dass er die Gemeinde vor so einer Schule behüte. Die Frucht dieser Abweisung war indessen, dass freiwillige Beiträge einzufließen begannen sowohl von Privatpersonen als von Organisationen, und dass die letzteren an-

\* V wird wie w ausgesprochen.

\*\* Der reichste Bergwerksdistrikt Schwedens.

fingen, Stipendien zu stiften und aus eingesammelten Mitteln ihre Mitglieder als Schüler zu der Schule sandten. Als das Gesuch der Schule um Subvention aus Staatsgeldern — eine Subvention, die alle übrigen Volkshochschulen im allgemeinen haben, — ohne zureichende Gründe von der konservativen Regierung abgeschlagen worden war, haben sich sowohl Vereinigungen als Privatpersonen, teils als Mitglieder in den Volkshochschulverein einschreiben lassen (Jahresgebühr mindestens 5 K für Vereine und mindestens 2 K für einzelne Mitglieder; einige haben jährliche Beiträge vorläufig von grösserem Betrage versprochen, zum Beispiel 25, 100 oder 200 K), andere haben Aktien der Bauaktiengesellschaft der Schule gezeichnet (à 500 K). Zufällige Beiträge und Gaben — 5, 10, 20 K, bisweilen weniger, bisweilen mehr — sind eingeströmt. Einige Mäzene haben grössere Gaben geschenkt, einer 2000 K. Die wirksamste Hilfe ist von den Genossenschaften des Landes gekommen, die teils durch ihre Zentralorganisation wiederholt grössere Beträge gegeben, teils eine subskribierte „Nationalgabe“ überreicht haben; und von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die der Schule auf ihrem Kongress 1908 eine jährliche Subvention bis zum nächsten Kongress von 5000 K zuerkannte.

Die Stipendien sind ebenfalls ununterbrochen vermehrt worden. Bei dem letzten Winterkursus (15. Oktober 1908 bis 1. Mai 1909) hatten von den 77 Schülern 45 Stipendien von Arbeiter-, Abstinenz- und kooperativen Organisationen. Zu dem Kursus, der im Herbst am 15. Oktober anfängt, waren 74 Schüler gemeldet und von diesen waren 58 Stipendiaten von denselben oder ähnlichen Organisationen, Arbeiterkommunen, vom Sozialdemokratischen Jugendverband, von Logen und Distrikten der Abstinenzvereine, männlichen und weiblichen genossenschaftlichen Vereinigungen.

Zeit und Raum erlauben keine Schilderung der ersten Jahre, von den ersten Schicksalen und den bis jetzt durchgekämpften Schwierigkeiten, Schwierigkeiten sowohl äusserlicher als innerer Art, Streitigkeiten sowohl nach oben als nach unten — gegen die Machthaber zur Rechten und gegen die anarchisierenden Phrasenmacher zur Linken. Ich kann nur in kurzen Zügen erzählen, wo wir jetzt stehen, und die wichtigsten Grundgedanken und Richtlinien für die Wirksamkeit der Schule vorlegen.

Die jährliche Subvention der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist an keine andere Bedingung geknüpft, als dass „der Unterricht im Geiste der freien Forschung fortgehen solle“. Die Schule ist infolgedessen nicht eine Parteischule; sie ist nicht eine sozialdemokratische Schule, es sei denn insoweit, als einige ihrer Lehrer in ihrer persönlichen Anschauung Sozialdemokraten sind, wie auch die meisten von ihren Schülern sich schon vorher dieser Partei angeschlossen haben. Ihre Aufgabe und ihr Zweck ist nicht, Agitatoren oder Spezialisten von irgend einer Art auszubilden; sie soll — nach der Formulierung eines älteren Prospekts — „so viel wie möglich dazu beitragen, die Schüler zu Mitmenschen und Mitbürgern zu machen“ — oder mit einem anderen Worte, einen Grund für eine Bildung zu bauen, die in doppelter Bedeutung eine wirkliche Allgemeinbildung ist: einmal so, dass sie alle Gebiete der Kultur umfasst, einen Ueberblick über alle Reiche des Lebens und Wissens gibt, dann so, dass sie diese bisher allzu abgeschlossenen Schätze zugänglich für alle macht, zu welcher Gesellschaftsklasse sie auch gehören. Der Zweck könnte auch so ausgedrückt werden, dass die Schule die Arbeiterjugend in intimeren Kontakt und in engere Wechselwirkung mit der heutigen Weltanschauung und Lebensauffassung, als die übrigen für diese Jugend geöffneten Bildungsanstalten bringen will, intimer als Zeitungen, Zeitschriften und andere popularisierende Schriften von verschiedener Art.

Diese Weltanschauung und Lebensauffassung hat ein doppeltes Gepräge — ein naturwissenschaftliches und ein soziales. Das bestimmt den Geist und das Programm der Schule. Entwicklung und Organisation — im Grunde genommen verschiedene Ausdrücke für ein und dasselbe Gesetz — sind die zwei roten Faden in der ganzen Wirksamkeit und im ganzen Unterricht der Schule.

So viel wie möglich suchen wir die verschiedenen Gegenstände, den einen aus dem anderen hervorzuwachsen zu lassen, so dass sie einander in der systematischen und organischen Ordnung folgen, so wie die verschiedenen Lebensgebiete, die sie behandeln, selbst einander in der Wirklichkeit gefolgt sind. Eine solche Reihenfolge vollständig konse-

quent durchzuführen, ist noch nicht gut möglich; ein Teil der Lehrgegenstände muss gleichzeitig betrieben werden, einige während des ganzen Kursus. Aber bis zu einem gewissen Grad lässt es sich machen, und wir beabsichtigen diesen Gedanken mehr und mehr planmässig und vollständig zu realisieren.

Auf diese Weise geordnet, umfasst der Unterricht folgende Gruppen von Gegenständen:

1. Erst kommt die Mathematik als der Grund für alles Wissen. Sodann werden Chemie und Physik als Grundgegenstände behandelt, Grundkräfte und Grundgesetze in allen Bereichen der Natur, also auch die der Kultur! Lehrer: August Wigart, der auch in Linearzeichnung (geometrische Konstruktionen, Möbel- und Bauzeichnung u. s. w.) und Feldmessungen unterrichtet.

2. Darnach folgen die eigentlichen Naturwissenschaften, geordnet auf folgende Weise: Erst Astronomie (in den Hauptabteilungen der Sternhimmel — unser Sonnensystem — die Erde als Himmelskörper, Kalender- und Zeitrechnung); dann Geologie (Mineralogie, Petrographie, Paläontologie und die Geschichte der Erde, speziell die Quartärzeit); ferner Biologie — Botanik und Zoologie — mit besonderem Raume für die Physiologie und die Entwicklungslehre. Am ausführlichsten wird natürlich der Mensch behandelt — seine Auto- und Phylogenie, seine Anatomie und Physiologie. Im Anschluss daran wird die Gesundheitslehre auseinandergesetzt, wo besondere Aufmerksamkeit der sexuellen und sozialen Hygiene und der Alkoholfrage gewidmet wird. Lehrer: Der Vorsteher der Schule Phil. Lic. Karl Erik Forsslund, der ausserdem das Turnen leitet und einen Kursus in Esperanto (Ilo) und im Ordnen und Pflegen einer Volksbibliothek gibt. (Die Schüler besorgen selbst unter der Leitung des Lehrers die Buchausleiher nach dem brownischen Taschenkartensystem.)

3. Jetzt kommen diejenigen Teile der Geographie, die nicht schon in der vorhergehenden Gruppe behandelt worden sind — Meteorologie und Klimatologie, Pflanzen- und Tiergeographie. Das ist hauptsächlich die Erde als Wohnsitz des Menschen, die jetzt besprochen wird, also die Anthropogeographie, vor allem aber die wirtschaftliche und politische. Und in nächstem Anschluss hieran die grosse, für uns besonders wichtige Wissenschaftsgruppe Soziologie und Nationalökonomie, wo speziell die Gesellschaftsauffassungen und die Theorien des 18. Jahrhunderts und der Gegenwart, die Arbeiterbewegung und andere soziale Bestrebungen gründlich durchgegangen und ausführlich geschildert werden. Lehrer: Rickard Sandler.

4. Darnach folgt (vorgetragen gleichzeitig mit einigen schon erwähnten Gegenständen) Kulturgeschichte, wo die Schicksale des eigenen Landes und die des Volkes in Zusammenhang mit der allgemeinen Kulturgeschichte und der Geschichte der Religionen und der Weltauffassungen, der Gesellschaft und der Literatur, der Wissenschaft und der Kunst in besonderer Ausführlichkeit geschildert werden. Derselbe Lehrer unterrichtet in Staats- und Kommunalkunde. Der Unterricht umfasst hier ausser den Vorlesungen auch praktische Uebungen, an welchen sämtliche Schüler aktiv teilnehmen, und zwar in der Form von Gemeinderats- Kirchenrats-<sup>\*</sup> und Reichstagssitzungen, Komitee- und Ausschusssitzungen u. s. w. Auf diese Weise werden während des Kursus drei kommunale Verwaltungsjahre mit Einrichtung von allen vorkommenden Registern, Protokollen, Rechenschaftsberichten u. s. w., Wahl von Reichstagsabgeordneten nach der neuen proportionalen Wahlmethode und den neuen Stimmrechtsbestimmungen vorgenommen, dann eine kräftige und ernstliche Reichstagsarbeit mit Regierung und Ausschuss, Parteien und Komitees. Lehrer: Torsten Fogelqvist, der auch in der schwedischen Sprache mit Rechtschreibung und Stil unterrichtet.

5. Schönschreiben und Formularschreiben, ein kürzerer Kurs als Einleitung zu einem gründlicheren in Buchführung (zwei bis drei Systeme werden durchgegangen). Lehrer: Der Kassier der Schule, Herr Karl Teyler.

In Zusammenhang damit werden die Schüler von einem der ersten Männer und Leiter der schwedischen Genossenschaften, dem Redakteur der Zeitung „Kooperatören“, Martin

<sup>\*</sup> Versammlung der Stimmberechtigten einer Gemeinde für kirchliche Zwecke.

Sunden, belehrt, der eine Serie Vorlesungen über das Genossenschaftswesen, seine Geschichte und Entwicklung in verschiedenen Ländern, den gegenwärtigen Standpunkt und die Zukunftsaussichten hält.

Ein kleiner Landwirtschaftskurs wird von einem anderen Gast, dem „Ackerbauapostel“, geleitet, dem grössten Talent und bedeutendsten Namen Schwedens auf diesem Gebiet.

In Freihandzeichnung und in Hausbau und Hauseinrichtung wird von einem Künstler, dem Herrn Karl Trotzig, Anleitung erteilt; in männlichem Slöjd (Kunstgewerbe) (besonders die Verfertigung von Möbeln nach eigenen Zeichnungen) von dem Tischler K. G. Lundberg; in weiblichem Slöjd (vor allem Weberei und Näharbeit) von den Frauen Fejan Forsslund und Alice Fogelqvist.

Frau Fejan Forsslund hat ausserdem einen konzentrierten Samariterkurs gegeben, Frau Alice Fogelqvist hat Privatunterricht in der deutschen Sprache erteilt.

So viel wie möglich wird der Unterricht durch Anschauungsmaterial illustriert und lebendig gemacht, vor allem durch Skioptikonbilder, Wandbilder und Karten. Etwa 80 Wandbilder und Tabellen sind in der Schule von den Lehrern selbst verfertigt. Ausserdem besitzt die Schule ein astronomisches Fernrohr, reiche und schöne naturwissenschaftliche Sammlungen (geologische Sammlung, ausgestopfte Tiere, Insekten, anatomische Präparate) und eine Sammlung guter Reproduktionen von Kunstwerken.

Es ist ein heiteres und frisches Leben, das in diesem grossen Heim während des Winters gelebt wird, in dieser Familie mit beinahe hundert Mitgliedern. Der Chorgesang — nicht schwere dunkle Psalmen, sondern kräftige Märsche und junge Lieder — klingt stark und rein, bei Vorlesungen und Mahlzeiten, bei Ausflügen und Gesellschaften. Musik wird fleissig betrieben, Ausflüge werden oft vorgenommen, auf Skie oder zu Fuss in die entzückend schöne Gegend, nach Gruben und Steinbrüchen, Aussichtspunkten oder industriellen Anlagen.

Eine Literatur- oder Musikstunde ist regelmässig jeden Sonntagvormittag abgehalten worden. Zuerst ein Vortrag über einen Dichter oder Musiker, dann wird eine Probe seiner Produktion ausgeführt oder vorgetragen. Wir messen besonders der Musik eine grosse Bedeutung als Kulturfaktor bei, als Bildungsmittel und veredelnde Kraft. Es scheint uns aufreizend, dass so vieles von den herrlichsten Früchten der Kultur unzugänglich für den grössten Teil des Volkes daliegen soll; das ist besonders der Fall mit der wirklich gediegenen und wertvollen Musik, der klassischen sowohl wie der modernen, während Salontänze, Operettenmelodien, Revuecouplets, kurz vollkommen leere und wertlose Gassenhauer zu Myriaden über das Land verbreitet werden. In der Ueberzeugung, dass einiger Verstand und einige Kenntnis von guter Musik — ebenso von anderer Kunst — ein notwendiger Bestandteil einer allseitigen „mitbürgerlichen“ Bildung ist, ordnen wir die Musikstunden in geschichtlicher Folge, beschäftigen uns jedesmal nur mit einem einzigen oder einer kleinen Gruppe von verwandten Tonkünstlern, schildern in einem kurzen Vortrag ihr Leben und ihre Produktion und behandeln dabei besonders diejenigen Gesänge oder instrumentalen Werke, die später ausgeführt werden. Das Resultat hat immer den Erwartungen entsprochen, es sind immer feierliche Stunden von tiefem Inhalt und grosser Bedeutung gewesen.

Ungefähr dasselbe gilt von der Dramatik. Bühnen werden nunmehr in fast allen „Folkets hus“ und Vereinslokalen eingerichtet; da aber werden fast ausschliesslich leere Possen, albern-witzige Revuen und anderes geistloses Zeug gespielt. Wir träumen davon, dass wir nach dem Masse unserer Kräfte zu einer Reform in dieser Sache beitragen können. Lehrer und Schüler führen dabei auf Festen und in Gesellschaften oder nur als Uebungen kleine Stücke auf, sowohl Trauerspiel und Lustspiel, alle aber von literarischem und kulturellem Wert, mit Inhalt und Gesinnung. Ein allerbestes Erziehungsmittel und eine vortreffliche Unterrichtsmethode.

Die Volkshochschule in Brunsvik ist nur noch ein Kind, ein Kind aber, das unerwartet rasch gewachsen und entwickelt ist und das schneller als man zu hoffen gewagt, Vertrauen und Zuversicht bei der aufgeweckten Jugend aller Eltern des Landes gewonnen hat. Mehr Schüler als aufgenommen werden konnten, haben sich jedes Jahr gemeldet; Geldgaben, Bücher, Beiträge zu den Sammlungen u. s. w. sind reichlich

eingekommen. Die Schule verfügt über ein verhältnismässig reiches Unterrichtsmaterial, über teilweise stattliche Lokale — drei geschmackvolle und gemütliche Schülerwohnungen, ein grosses Haus, mit Küche und Speisesaal, alle Einrichtungen für die Schule wurden ausgeführt von der Bauaktiengesellschaft, die während des Sommers die Schule in ein Pensionat für Arbeiter verwandelt.

Mit dem grossartigen jährlichen Beitrag der Arbeiterpartei wurde schliesslich der erste, wirklich feste Grundstein für die Schule gelegt, wurde die erste notwendige Voraussetzung für ihren zukünftigen Bestand gegeben. Aber mehr Grundsteine sind erforderlich. Noch reichen die jährlichen Beiträge bei weitem nicht aus; noch besteht Mangel an genügenden Unterrichtslokalen, noch sind Sammlungen und Materiale in gewissen Gegenständen allzu unzureichend.

Die eigenen Schultern des arbeitenden Volkes haben bisher die Schule getragen. Viele und schwere Bürden lasten in den gegenwärtig gedrückten und harten Zeiten auf diesen Schultern! Wir haben doch eine fröhliche und sichere Hoffnung, dass sie fortwährend uns helfen werden, unsere Pläne und Träume vorwärts zum Ziel zu tragen. Wir wissen, dass wir selbst alles tun wollen, damit diese Hilfe nicht weggeworfen werden soll. Die Befreiung der wirklichen Arbeiter und deren Teilnahme an den Früchten der Arbeit und Schätzen der Kultur, ist das Ziel, wohin auch unser Streben gerichtet ist. Wir können uns natürlich nicht selbst über das Resultat unserer Arbeit aussprechen; es dürfte jedenfalls auch zu zeitlich sein, sich bestimmt darüber zu äussern. Die Jugend, die zu uns kommt, hat in der Regel nur Volksschulbildung, oft eine sehr mangelhafte, wenn sie auch in einzelnen Fällen von achtenswertem Selbststudium ergänzt worden ist. Aber was sie immer hat — mit zusammen zwei bis drei Ausnahmen während der ganzen vergangenen Zeit — ist eine steigende Sehnsucht nach Wissen, ein bisweilen unauslöschlicher Durst nach Aufklärung, Kultur, Verbesserung. Es ist ein herrliches Material, mit dem man arbeitet, das dankbarste und am meisten verstehende Publikum, zu dem man reden kann. Man fühlt es wie eine Gunst vom Leben, eine solche Arbeit zu seiner Aufgabe bekommen zu haben!

## Bücherschau

### Geschichte des Sozialismus

Auf dem Gebiet der Geschichte des Sozialismus und der sozialen Bewegung grünt und blüht es in der letzten Zeit. Es sind nicht nur auf tiefdringender Quellenforschung beruhende Werke erschienen, sondern auch volkstümlich gehaltene Abhandlungen, die zum Teil auf recht anregende Weise das Verständnis für die grösste Kulturbewegung unserer Zeit zu wecken imstande sind. Frau Elisabeth Luzzatto verzichtet in ihrem im Wiener Parteiverlag erschienenen Buche: „Entwicklung und Wesen des Sozialismus, Band I, Sozialistische Bewegungen und Systeme bis zum Jahre 1848“ von vornherein darauf, die Wissenschaft durch neue Erkenntnisse zu fördern, sie will, sich stützend auf fremde Leistungen, „eine schlichte und anspruchslose, aber zusammenfassende, gemeinverständliche und, den Umständen entsprechend, knappe Erzählung und Schilderung des Ursprungs, der Entwicklung und des Wesens des modernen, wissenschaftlichen Sozialismus“ geben. In der Tat: die Verfasserin bietet eine Fülle lehrreichen Stoffes, sie führt uns auf einer oft anregenden Wanderung in die fernen Zeiten des griechisch-römischen und germanischen Altertums, macht uns mit den gesellschaftlichen Tendenzen des Urchristentums, mit den sozialen Strömungen des Mittelalters,

soweit sie für ihren Zweck zu berücksichtigen, bekannt, führt uns ein in das Wesen der gestaltenreichen sozialistischen Strebungen der neueren Zeiten bis zur französischen Revolution des Jahres 1848.

Das Interesse, das wir dem nützlichen Buche entgegenbringen, gebietet uns eine nachdrückliche Hervorhebung aber auch einzelner Mängel, durch deren Beseitigung es wohl an Wert gewinnen könnte. Um mit Aeusserlichkeiten zu beginnen: Lamennais schreibt die Verfasserin beharrlich mit „n“ statt „nn“, die Systeme Weitlings und Rodbertus' hätten behandelt werden müssen, ebenso das Bazards, in dem wir den Begründer des modernen Sozialismus erblicken. Die Behauptung: Sozialismus sei „eine soziale Bewegung und eine politische Partei, eine Geschichtslehre und eine Philosophie, eine Kulturbewegung und eine Weltanschauung“, ermangelt begrifflicher Schärfe, denn Sozialismus ist lediglich eine Gedankenrichtung. Das Wort „Sozialismus“ stammt nicht von Leroux, sondern, wie Grünberg nachgewiesen hat, von dem Saint-Simonisten Joncières. Dann weiter: es ist unrichtig, wenn die Verfasserin meint, Babeuf hätte das moderne Proletariat zum Kampfe aufgerufen: es waren die Besitzlosen schlechthin, an die er sich gewandt, das Proletariat als eigenartige, dem modernen Kapitalismus entsprungene Klasse

kannte er nicht. Eine ganze Anzahl Ideen, so die schroffe Betonung der Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie, die nach Frau Luzzatto Saint-Simon zugehören sollen, sind intellektuelles Eigentum seiner Schüler. Ueberhaupt hätte das Verhältnis Saint-Simons zu seinen Schülern, zu Bazard, Enfantin, Pecqueur, Leroux, Blanc, Lamennais, die er alle tief beeinflusst, herausgearbeitet werden müssen, ebenso hätten wir ausführlicheres über den Garantismus Fouriers — dieses Denkers, den die Bezeichnung „Fanatiker der Logik“ kaum richtig kennzeichnet — erwartet. Uebrigens haben Fourier und Saint-Simon durchaus nicht ihr letztes Ziel miteinander gemein, sondern scheiden sich gerade in dieser Hinsicht scharf voneinander, wie ferner der Einfluss dieser beiden Männer auf die Gestaltung der sozialen Bewegung, wenn auch nicht unmittelbar, ein ausserordentlicher war. Demgegenüber wird Owens gewiss hervorragende Bedeutung für die soziale Bewegung überschätzt, der Träumer, der rationale Utopist in den Hintergrund gerückt angesichts seiner leuchtenden Erfolge auf dem Gebiet der Sozialreform. Die tiefe Erkenntnis, dass die ausgebeutete Klasse die Trägerin des sozialen Fortschritts sein müsse, ist lange vor Bray geäussert worden, so von Hall und Thompson, der Ruhm, durch das Entwicklungsprinzip den Gedanken einer Neugestaltung der modernen Wirtschaftsordnung im Sinne des Sozialismus befruchtet zu haben, gebührt Saint-Simon, nicht Bray, ja selbst Godwin steht dieser realistischen Bewältigung des sozialistischen Problems nicht ferne. Die Girondisten als Vertreter der Intelligenz zu betrachten, ist nach Cunows überzeugenden Darlegungen in seinem trefflichen Buche über die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs nicht mehr zulässig, sie waren in erster Linie Vertreter der Geschäftsbourgeoisie, wie auch die Revolutionskriege anderen als den von der Verfasserin angegebenen Ursachen entstammten.

Schliesslich noch ein Wort über das Literaturverzeichnis. Das beste wäre wohl gewesen, wenn die Verfasserin unmittelbar nach jedem Abschnitt die Werke angegeben hätte, aus denen geschöpft worden ist. Dann fehlen wichtige, ja grundlegende Abhandlungen, so Diehls Proudhon (das angeführte Buch von Mühlberger ist wissenschaftlich bedeutungslos), die Arbeiten S. und B. Webbs über die englische Gewerkvereinsbewegung, Engels' „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, Carlyles „Vergangenheit und Gegenwart“, Cunows soeben genanntes Buch, Lux' „Cabet“, Nostiz' „Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England“ (der Stoffülle wegen), Lichtenbergers „Le socialisme au XVIII<sup>ème</sup> siècle“, Grünbergs Abhandlungen über Sozialdemokratie, Sozialismus und Kommunismus im Wörterbuch der Volkswirtschaft mit ihren wertvollen Literaturangaben und andere.

Arbeiterbibliotheken kann das Buch, dem noch zwei weitere Bände folgen sollen, trotz der angeführten Mängel zur Anschaffung empfohlen werden.

Franz Mehrings grundlegende Ausführungen über Schweitzer in seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie erfahren eine beachtenswerte Bestätigung und Erweiterung durch Gustav Mayers Buch: Johann Baptist von

Schweitzer und die Sozialdemokratie, ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Jena, Verlag von G. Fischer). Schweitzer war zweifellos eine der hervorragendsten Gestalten unter den Führern des deutschen Proletariats, ein reichveranlagter Geist, ein Mann von scharfem Verstand und ausgedehntem Wissen, der, obwohl er dichterisch veranlagt und von einem mächtigen Ehrgeiz beseelt war, kaum eine Spur von jener überschäumenden Kraft der Leidenschaft besass, die den Lebenstrieb gerade oft der Grossen ausmacht: des Strebens nach fernen Zielen, die eigener Sehnsucht, nicht dem Erfassen des Dranges der geschichtlichen Wirklichkeit ihre Entstehung verdanken. Mit seltenem Geschick verstand es Schweitzer, sich stets dem Wandel eingreifender politischer Vorgänge anzupassen, ihm war, wo andere, so sein Gegner Liebknacht, sich von dem Feuer ihres Temperaments fortreissen liessen, bei der Ergründung des politisch Möglichen eine Nüchternheit eigen, die einen Flug in das Reich der Träume ausschloss. Aber dieser helle Verstand wurde zuletzt getrübt durch diktatorische Gelüste, deren Unbändigkeit Schweitzer zur geschichtlichen Grösse emporhob, aber auch mit Schuld belud. Denn ihm mangelte zu einem Teil, als Gegengewicht gleichsam zu dieser unersättlichen Herrschbegierde, jene Liebe zu der grossen Sache des Proletariates, die die Kraft eingibt, dieser, wenn ihr Gedeihen es erheischt, sich selbst willig als Opfer darzubringen. Freilich ist es eine Ungeheuerlichkeit, einen Mann von Schweitzers Eigenart, wie es in der Hitze des politischen Kampfes geschehen, zu einem Werkzeug der Regierung zu stempeln. Nicht nur fehlen, wie Mayer darlegt, alle Beweise dafür, die Kenntnis seiner geschichtlichen Wirksamkeit auch verscheucht von vornherein jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit seines Wesens. Denn dieser glänzende Agitator war es, der dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“, nachdem der Fanatismus der Gräfin Hatzfeld nichts als Verwirrung gebracht, eine feste Organisation verliehen, er hat wie kein anderer damals in Deutschland, zu einer Zeit, wo selbst noch Liebknacht von einer Versöhnung der kämpfenden sozialen Klassen sprach, mit scharf geprägter Bestimmtheit immer und immer wieder in grosszügiger Weise den Klassenkampf des Proletariats verkündet als die vorherrschende Bewegung der kommenden Zeit, er hat schliesslich auch — unter dem Einfluss von Marx, dessen geistige Grösse er wie wenige erkannt — den internationalen Charakter der Arbeiterbewegung betont. Offenen Auges wusste er die Gewerkvereine sowie den Arbeiterschutz in ihrer Bedeutung für den proletarischen Befreiungskampf zu würdigen. Während Liebknacht den Parlamentarismus mit scharfer Waffe bekämpfte, ist es der viel verlästerte Schweitzer, der „mehr als jeder andere der eigentliche Schöpfer der parlamentarischen Taktik“ der Sozialdemokratie Deutschlands genannt werden muss.

Die Herrschbegier Schweitzers, sein cäsarischer Geist, der ursprünglich der Arbeiterbewegung so günstig war, hat das tragisch politische Geschick des Mannes mit Notwendigkeit gezeitigt. Sekten wohl beugen sich unter die Gewalt eines überlegenen Geistes, aber mitnichten lassen sich grosse, in stetigem Wachstum

begriffene soziale Strömungen wie die Arbeiterbewegung auf die Dauer lenken im Sinne der Willkür eines wenn auch noch so überragenden einzelnen. Indem Schweitzer sich dieser Erkenntnis verschloss oder, vielleicht richtiger gesprochen, indem seine Herrschgelüste ihn antrieben, dieser Erkenntnis zum Trotz seine diktatorische Gewalt mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten, griff er zu verwerflichen Mitteln, er schritt bis zur Verleugnung einzelner Grundsätze seiner Kulturanschauung, zu schlimmen, oft sinnlosen Verdächtigungen seiner Gegner, Liebknechts und Bebels besonders, die so seine erbittertesten Gegner wurden. So bekämpften ihn zuletzt selbst seine einstigen Freunde, und hart war das Los, dem er verfallen: er wurde aus dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“, der dank seiner ungewöhnlichen Tatkraft ein lebensfähiges Gebilde geworden, förmlich ausgestossen, für unwürdig erklärt, ihm weiter anzugehören.

Das Verdienst des Mayerschen Buches liegt darin, dass es für die Geschichte der Entwicklung der Deutschen Sozialdemokratie in den Jahren 1864 bis 1875 eine Reihe neuer Quellen erschlossen hat, die im allgemeinen mit Verständnis bewertet worden sind. Liebknechts und Bebels Anteil an der beginnenden sozialen Bewegung Deutschlands erfahren eine interessante Beleuchtung, auch das nationale Problem, das lange die trennende Schranke zwischen den beiden Hauptgruppen des klassenbewussten Proletariats aufrichtete, erfährt gebührende Beachtung. Dagegen vermissen wir eine Darstellung jener Gedankengruppen Marxens und Lassalles, die für die Gestaltung der Kämpfe der proletarischen Sekten in der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung von Bedeutung geworden sind, sie hätten den Untergrund abgeben müssen, auf dem sich das Buch aufbaut. Auch hätte die Persönlichkeit Schweitzers, so wertvoll die zerstreuten Schilderungen ihrer Wesensart sind, eine eingehendere Charakteristik verdient, die freilich, sollte sie uns ganz befriedigen, manche derbe Striche hätte entbehren müssen, die das von dem Verfasser entworfene psychologische Porträt etwas verunstalten.

Walter Lossberg.

## Frauenliteratur

Dr. Käthe Schirmacher: Die moderne Frauenbewegung. Zweite Auflage. Sammlung aus Natur und Geisteswelt. Preis geheftet 1 Mk., gebunden Mk. 1'25. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig. Der Verlag nennt mit nicht begründetem Selbstlob Dr. Schirmachers Buch einen „zuverlässigen, sorgfältig bearbeiteten Führer“. Wir müssen einige Richtigstellungen vornehmen, soweit sich das Buch auf Oesterreich und Ungarn bezieht. Vor allem ist es unrichtig, dass nur in Steiermark die Verheiratung österreichischer Lehrerinnen ein Ausscheiden aus dem Dienst bedingt. Niederösterreich hat unter der Führung der Christlich-sozialen vor einigen Jahren das Zölibat der Lehrerinnen eingeführt. Und einige andere Landtage haben das schlechte Beispiel befolgt. Auch über die Organisation der österreichischen Arbeiterinnen sind die Angaben unrichtig. Wenn eine Textilarbeiterin Käthe Schirmachers Buch in die Hand

bekommt, wird sie sich nicht wenig wundern, zu lesen, dass gerade in Schlesien die Textilarbeiterinnen vor allem organisiert sein sollen. Aber auch die Angaben für Wien stimmen nicht, am allerwenigsten aber, dass die Arbeiterinnenorganisation am weitesten bei den Glas- und Perlenarbeiterinnen Nord- und Westböhmens vorgeschritten ist. Das Gegenteil wäre richtiger. Lange ehe Käthe Schirmachers Buch in erster Auflage erschienen ist, sind die Organisationsansätze bei diesen Arbeiterinnen durch eine verheerende Krise und andere Umstände zusammengebrochen. Erst jetzt beginnen sie sich wieder aufzuraffen. „Es gibt Gewerbeassistentinnen, die sich bewähren“, heisst es auf Seite 90. Diesen Ruhm wollen wir der österreichischen Regierung nicht lassen. Noch 1909 gab es nur eine einzige Gewerbeassistentin und diese nur für die Wiener Konfektions- und Putzwarenindustrie. Dass Doktor Kronawetter ein sozialistischer Abgeordneter genannt wird, wollen wir noch hingehen lassen. Wie sich aber Belehrung Suchende belehren sollen, wenn sie lesen: Bei Verleihung des allgemeinen Wahlrechtes (V. Kurie) wurden die Frauen 1906 übergangen. Daraus muss doch geschlossen werden, dass die V. Kurie das 1906 verliehene allgemeine Wahlrecht ist. Wie kommt aber Doktor Schirmacher dazu, über Ungarn zu sagen: „Bekämpft wird das Frauenstimmrecht durch die Klerikalen und die Sozialdemokratie.“ Wo und wann hat sich die ungarische Sozialdemokratie gegen das Frauenstimmrecht ausgesprochen?

Aus der Gedankenwelt einer Arbeiterfrau. Von ihr selbst erzählt. Herausgegeben von Moszeck, Pfarrer. Verlag Runge in Gross-Lichterfelde bei Berlin. 2 Mk. Man muss sich das Buch trotz des verlockenden Titels nicht kaufen. Ein Pfarrer lässt sich von einer 69-jährigen Proletarierin erzählen, wie sie über „Arm und reich“, über „Arbeit und Lohn“, über „Ehe und Familie“, „Schule und Haus“, „Religion“, „Sittlichkeit“, Politik und Kunst“ und noch vieles andere denkt. Es ist eine ostpreussische Arbeiterfrau, die von dem Pfarrer befragt wird. Ihre Gedankenwelt ist so wie bei den meisten 69-jährigen Leuten. Einige Beispiele seien erzählt: „Gott ist ein Geist. Er ist überall, er sieht alles und hört, was ich rede. Meinen Sie, er ist nicht in dieser Stube? Seine Hilfe spürt jede Mutter bei der Entbindung. Die Hebamme allein kann nichts machen.“ Selbstverständlich ist die 69-jährige Frau von der Notwendigkeit und Nützlichkeit des Königtums überzeugt, denn der Kaiser „hält das ganze Land in Ordnung“. Ebenso ist es mit dem Militär, wäre dieses nicht, so würde eines den anderen totschiessen! Gewiss hat diese Frau, wie jede andere Arbeiterfrau auch, viele vernünftige Ansichten über die Welt, in der sie lebt. Das erklärt aber noch nicht die Notwendigkeit dieses Buches. Das meiste, was uns der Herr Pfarrer als die Gedanken der ostpreussischen Arbeiterfrau erzählt, trägt ganz den Stempel muckerischer Erziehung. Das Licht der Sozialdemokratie wird dort erst gründlich leuchten müssen, um solchen Anschauungen ein Ende zu bereiten. Wird uns doch sogar erzählt, dass manche schon gesund geworden sind, wenn sie den Kopf in eine „warme Ofenröhre steckten“.